Bayerisches Landesamt für
Statistik

Bayern in Zahlen

Ausgabe 04 | 2015

- Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Methodik I
- Zensus 2011: Ermittlung der Einwohnerzahlen
- Aktuelle Entwicklung der Verbraucherpreise

Bestell-Nummer Z10001 201504
Preis 4,80 €

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Mit ihnen wird vor allem die informationelle Grundversorgung der Bevölkerung mit statistischen Daten gesichert.

Kostenlos
ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig
sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z.B. Verzeichnisse, Beiträge, Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen
Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop
Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 146. (69.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis Umschlagseite 1
© Pavel Losevsky, fotolia.com

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2015**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
–	nichts vorhanden
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
·	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
...	Angabe fällt später an
X	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
( )	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
p	vorläufiges Ergebnis
r	berichtigtes Ergebnis
s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
≙	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

nahezu täglich werden wir derzeit mit den Themenfeldern „Migration“, „Ausländer“ und „Asyl“ konfrontiert. Dabei werden oftmals die Begrifflichkeiten munter durcheinander geworfen und zum Beispiel häufig nicht zwischen Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund differenziert. Will man jedoch fundierte Aussagen zur demographischen Entwicklung eines Staates oder einer Region treffen, ist eine genaue Betrachtung der einzelnen Komponenten – und deren definitorische Beschreibung – eine grundlegende Voraussetzung. Gerade die zunehmende Internationalisierung der bayerischen Bevölkerung wirkt dämpfend auf die (langfristige) Schrumpfung der Einwohnerzahl und die (bereits aktuelle) Alterung der Gesellschaft. Seit vielen Jahren begleitet unser Amt den demographischen Wandel mit Bevölkerungsvorausberechnungen. Aus gutem Grund widmen wir dabei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine eigene Vorausberechnung, ihre demographischen Kennzahlen unterscheiden sich deutlich von denen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In dieser Ausgabe der „Bayern in Zahlen“ finden Sie den Auftakt zu einer kleinen Serie, in der wir Ihnen die Methodik und die Besonderheiten dieser speziellen Vorausberechnung näher bringen wollen. Den Anfang bildet ein Beitrag zum Thema „Rückrechnung des Zensus 2011“, der unter anderem die Konsequenzen für die Berechnung demographischer Indikatoren im Vergleich zu einer Nutzung von Bestandsdaten auf Basis der Volkszählung 1987 aufzeigt.
Apropos Zensus 2011: Auch ihm haben wir erneut einen umfangreichen Artikel gewidmet, speziell dem grundlegenden Methodenwechsel im Vergleich zu früheren Volkszählungen.
Abgerundet wird die April-Ausgabe von einem Beitrag zu den aktuellen Entwicklungen der Verbraucherpreise in Bayern. Die geringe Inflationsrate – im Jahr 2014 lag sie in Bayern gerade einmal bei 0,8 % – wurde ebenfalls ausführlich in den Medien und in der Öffentlichkeit diskutiert. Dabei ist, wie Sie in dem Artikel erfahren werden, die vergleichsweise niedrige Inflationsrate vor allem auf die kräftigen Preisrückgänge für Energie zurückzuführen, stagnierende oder zurückgehende Preise auf breiter Front sind dagegen nicht zu beobachten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

Marion Frisch

Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für Statistik

Statistik aktuell

190 Kurzmitteilungen

Nachrichten

203 Zensus 2011: Bevölkerungs- und Wohndaten für ganz Deutschland jetzt auf Basis eines Ein-Kilometer-Gitters downloadbar

Beiträge aus der Statistik

205 Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2032 – Methodik I: Rückrechnung des Zensus 2011

Gastbeitrag
216 Zensus 2011
Ermittlung der Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen

227 Aktuelle Entwicklung der Verbraucherpreise in Bayern

Historische Beiträge aus der Statistik

232 Starke Zunahme der Ausländergeburten

Bayerischer Zahlenspiegel

235 Tabellen

244 Graphiken

Neuerscheinungen
3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Zum Tag der älteren Generation am 1. April 2015

Seit 1968 wird jeweils am ersten Mittwoch im April auf die Verdienste und Lebensleistung älterer Menschen aufmerksam gemacht. In Bayern lebten 2013 rund 2,51 Millionen Menschen, die 65 Jahre alt oder älter waren. Dies entspricht in etwa einem Fünftel der Gesamtbevölkerung Bayerns. Diese Ergebnisse stammen aus dem Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung.

Die derzeitige Seniorengeneration ist von Frauen geprägt. 1,42 Millionen (56 %) aller 65-Jährigen oder Älteren im Freistaat waren weiblich. Der Frauenüberschuss steigt dabei mit zunehmendem Alter immer weiter an. Bei den 65- bis unter 75-Jährigen kamen die Frauen auf einen Anteil von 52 %, bei den 75- bis unter 85-Jährigen waren es bereits knapp 58 %. Bei den Hochbetagten ab 85 Jahren betrug das Verhältnis Männer zu Frauen etwa drei zu sieben (71 % Frauen). Insgesamt sicherten Renten und Pensionen für knapp 87 % der älteren Menschen den überwiegenden Lebensunterhalt. Rund sechs Prozent der Seniorengeneration gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Auf Einkünfte von Angehörigen als Hauptquelle des Lebensunterhalts waren fast acht Prozent der älteren Generation angewiesen, wobei sich darunter fast ausschließlich Frauen befanden (97 %).

Erwerbseinkommen stellten für rund zwei Prozent der Älteren das Gros des Lebensunterhalts dar. Sonstige Einnahmen wie z. B. eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen und Altenteil oder laufende Hilfe zum Lebensunterhalt machten 2013 für weitere drei Prozent der Senioren die hauptsächliche Quelle ihres Lebensunterhalts aus.

Frauen der älteren Generation gingen im Vergleich zu Männern häufiger in geringerem zeitlichem Umfang einer Berufstätigkeit nach, was sich auch in ihrer heutigen Einkommenssituation widerspiegelt. So verfügte im Jahr 2013 etwa jede vierte Frau im Alter von 65 oder mehr Jahren (24 %) über ein persönliches Nettoeinkommen von weniger als 500 Euro pro Monat. Demgegenüber bezogen nur gut drei Prozent der gleichaltrigen Männer ein solches Niedrigeinkommen. Ein Einkommen von 500 bis unter 1 500 Euro wiesen 51 % der Männer und 56 % der Frauen auf. Ein persönliches Nettoeinkommen von 1500 oder mehr Euro gaben knapp 46 % der Senioren und 20 % der Seniorinnen an.

Erwerbstätigkeit

Bayerische Erwerbstätige leisteten im vergangenen Jahr 9,86 Milliarden Arbeitsstunden

Im Jahr 2014 wurden von 7,16 Millionen Erwerbstätigen insgesamt 9,86 Milliarden Arbeitsstunden erbracht. Damit wurde der Wert aus dem Jahr 2013 um 1,7 % übertroffen. Der Zuwachs setzt sich zusammen aus einer um 1,1 % gestiegenen Erwerbstätigenzahl sowie einer um 0,6 % erhöhten Stundenzahl je Erwerbstätigen.

Mit dem Anstieg des Arbeitsvolumens lag Bayern oberhalb des gesamtdeutschen Zuwachses sowie der Zunahme in den alten Bundesländern (ohne Berlin) in Höhe von jeweils 1,5 %. In einem Vergleich der Länder lag Bayern zusammen mit Hessen hinter Berlin, Hamburg, Brandenburg und Rheinland-Pfalz auf dem fünften Rang.

Die Stundenzahl je Erwerbstätigen stieg 2014 in Bayern, in Deutschland insgesamt sowie den alten Bundesländer (ohne Berlin) um jeweils 0,6 %. Damit wurde die in den letzten Jahren zu beobachtende Tendenz abnehmender Arbeitszeiten je Erwerbstätigen unterbrochen. Dennoch liegt die Stundenzahl je Erwerbstätigen

Arbeitsvolumen und Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen 2014 in den Bundesländern und in Deutschland

Land	Arbeitsvolumen 2014		Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen 2014	
	insgesamt in Mrd. Stunden	Änderung ggü. dem Vorjahr in Prozent	insgesamt in Stunden	Änderung ggü. dem Vorjahr in Prozent
Baden-Württemberg	8,20	1,3	1 363	0,0
Bayern	**9,86**	**1,7**	**1 377**	**0,6**
Berlin	2,54	2,3	1 409	0,5
Brandenburg	1,57	1,8	1 445	1,5
Bremen	0,56	1,1	1 329	0,0
Hamburg	1,68	2,0	1 405	0,9
Hessen	4,54	1,7	1 372	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,05	1,5	1 429	1,2
Niedersachsen	5,32	1,5	1 353	0,3
Nordrhein-Westfalen	12,12	1,4	1 334	0,9
Rheinland-Pfalz	2,64	1,8	1 341	1,0
Saarland	0,69	1,1	1 331	0,8
Sachsen	2,90	1,6	1 432	1,0
Sachsen-Anhalt	1,45	0,2	1 436	0,9
Schleswig-Holstein	1,84	1,3	1 368	0,7
Thüringen	1,52	0,8	1 454	0,7
Deutschland	**58,48**	**1,5**	**1 371**	**0,6**
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer				
ohne Berlin	47,45	1,5	1 358	0,6
einschließlich Berlin	49,99	1,6	1 360	0,6
Neue Bundesländer				
ohne Berlin	8,48	1,2	1 439	1,0
einschließlich Berlin	11,03	1,5	1 432	0,9

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).

noch immer um 3,6 % niedriger als im Jahr 2008, dem Jahr vor der letzten Rezession.

Unter den alten Bundesländern (ohne Berlin) lag Bayern mit 1 377 Stunden je Erwerbstätigen im Jahr 2014 hinter Hamburg auf dem zweiten Rang. In den neuen Bundesländern liegen die Arbeitszeiten je Erwerbstätigen höher als in den alten. Den Spitzenplatz nahm hier Thüringen mit 1 454 Stunden ein. Die geleistete Stundenzahl unterscheidet sich auch in den Wirtschaftszweigen. So arbeiteten die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in Bayern im Schnitt 1 816 Stunden, im Verarbeitenden Gewerbe 1 449 Stunden, im Baugewerbe 1 610 Stunden und in den Dienstleistungsbereichen 1 322 Stunden. Die niedrigen Werte für die Dienstleistungsbereiche dürften mit einem dort höheren Anteil von Teilzeitarbeit zusammenhängen.

Hinweis
Die hier vorgelegten Daten beruhen auf einer Berechnung des Arbeitsvolumens 2014 des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Weitere Ergebnisse zum Arbeitsvolumen können auf der Homepage des AK ETR unter www.ak-etr.de abgerufen werden.

Soziales, Gesundheit

2014 mehr Schwangerschaftsabbrüche in Bayern

Im Jahr 2014 wurden in den Arztpraxen bzw. OP-Zentren oder Krankenhäusern insgesamt 12 102 Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen mit einem Wohnsitz in Bayern durchgeführt. Das waren 1,8 % mehr als im Vorjahr (2013: 11 886). Damit setzte sich der seit dem Jahr 2004 rückläufige Trend erstmals nicht weiter fort, dessen Ausnahmen bisher die Jahre 2011 und 2014 mit jeweils einem Anstieg darstellten.

Annähernd drei Viertel (70,4 %) der betroffenen Frauen waren zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruches zwischen 18 und 34 Jahre alt, damit blieb der Anteil dieser Altersgruppe gegenüber dem Jahr 2000 (71,8 %) fast unverändert. 17,5 % der Frauen, die einen Abbruch vornehmen ließen, waren 35 bis 39 Jahre alt, im Ver-

Schwangerschaftsabbrüche von Frauen mit Wohnsitz in Bayern 1996, 2000 und 2004 bis 2014 nach Alter, Familienstand der Schwangeren sowie Ort des Eingriffs

Alter / Familienstand / Ort des Eingriffs	1996	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Schwangerschaftsabbrüche insgesamt	**12 726**	**16 603**	**16 155**	**14 294**	**13 593**	**13 364**	**12 736**	**12 054**	**11 696**	**12 325**	**12 040**	**11 886**	**12 102**
davon nach Alter der Schwangeren													
unter 18 Jahre	436	715	918	820	669	674	600	540	476	464	432	482	395
18 bis 34 Jahre	9 350	11 919	11 182	9 825	9 386	9 312	8 873	8 566	8 354	8 785	8 571	8 399	8 524
35 bis 39 Jahre	2 124	2.827	2.852	2 486	2 395	2 290	2 118	1 932	1 835	1 993	1 943	1 999	2 113
40 oder mehr Jahre	816	1 142	1 203	1 163	1 143	1 088	1 145	1 016	1 031	1 083	1 094	1 006	1 070
davon nach Familienstand der Schwangeren													
ledig	5 397	7 298	7 859	6 959	6 602	6 794	6 511	6 169	6 017	6 354	6 390	6 395	6 356
verheiratet	6 251	8 020	7 240	6 405	6 027	5 616	5 228	4 965	4 795	5 144	4 833	4 799	4 952
verwitwet	111	98	75	60	55	38	55	40	51	40	47	36	37
geschieden	967	1 187	981	870	909	916	942	880	833	787	770	656	757
davon nach dem Ort des Eingriffs													
gynäkologische Praxis	9 414	13 570	14 364	12 317	12 037	11 655	11 011	10 637	10 175	10 642	10 510	10 442	10 721
Krankenhaus (ambulant)	2 595	2 159	1 264	1 483	1 123	1 211	1 183	865	957	1 028	927	863	746
Krankenhaus (stationär)	717	874	527	494	433	498	542	552	564	655	603	581	635

gleich dazu waren es 2000 in dieser Altersgruppe 17,0 %. In 8,8 % der Fälle waren die Frauen 40 Jahre alt oder älter (2000: 6,9 %). Bemerkenswert ist, dass 2014 der Anteil der unter 18-Jährigen mit 3,3 %, nach dem einmaligen Anstieg im Vorjahr wieder gesunken ist.

Differenziert nach dem Familienstand, machten verheiratete Frauen im Jahr 2014 einen Anteil von 40,9 % unter den Schwangerschaftsabbrüchen aus. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der verheirateten Frauen sogar 48,3 %.

88,6 % der Schwangerschaftsabbrüche führten die Ärzte in gynäkologischen Arztpraxen bzw. OP-Zentren ambulant durch. Im Jahr 2000 wurden mit 81,7 % etwas weniger Abbrüche in gynäkologischen Praxen/OP-Zentren vorgenommen. Nur 746 und damit 6,2 % der Schwangerschaftsabbrüche fanden 2014 ambulant in Krankenhäusern statt (2000: 2 159 bzw. 13,0 %). In 635 Fällen bzw. 5,2 % der Schwangerschaftsabbrüche war der Eingriff im Jahr 2014 mit einem stationären Krankenhausaufenthalt verbunden (2000: 874 bzw. 5,3 %).

Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (72,4 %) wurden mit der Absaugmethode (Vakuumaspiration) durchgeführt, bei 15,3 % kamen medikamentöse Verfahren zum Einsatz.

Verarbeitendes Gewerbe

Bayerns Bauhauptgewerbe startet mit schwachem Ergebnis in das Jahr 2015

Das Bauhauptgewerbe in Bayern erzielte im Januar 2015 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 532,0 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht dies einem Umsatzrückgang von 32,9 Millionen Euro bzw. 5,8 %, woran allein der gewerbliche und industrielle Hochbau (+7,6 % auf 179,1 Millionen Euro) sowie der öffentliche Hochbau (+3,3 % auf 49,3 Millionen Euro) nicht partizipierten. Alle anderen Bausparten hatten zwischen 0,8 % (Wohnungsbau) und 34,3 % (gewerblicher und industrieller Tiefbau) niedrigere baugewerbliche Umsätze hinzunehmen.

Die Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe bezifferten sich Ende Januar 2015 auf einen Gesamtwert von 657,3 Millionen Euro und verfehlten damit das Vorjahresergebnis um 7,8 %. Für dieses Minus zeichneten sich drei von sechs Bausparten verantwortlich, darunter relativ am stärksten der öffentliche Hochbau (-53,9 % auf 36,6 Millionen Euro), wogegen der Straßenbau und der Wohnungsbau (+1,5 % bzw. +6,0 %) sowie insbesondere der gewerbliche und industrielle Tiefbau (+30,1 %) ihre Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat steigern konnten.

Bauhauptgewerbe in Bayern im Januar 2015
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen

Gebiet	Bauhauptgewerbe in Bayern im Januar 2015						
	insgesamt	davon					
		Wohnungsbau	gewerbl. und industr. Hochbau[1]	gewerbl. und industr. Tiefbau	öffentlicher Hochbau	Straßenbau	Tiefbau f. Gebietskörperschaften u. Sozialvers.
	1 000 €						
	Baugewerblicher Umsatz[2]						
Oberbayern	126 742	41 587	34 409	17 704	6 959	7 676	18 408
Niederbayern	71 389	15 595	20 447	2 822	5 719	5 917	20 890
Oberpfalz	73 348	18 405	32 722	6 492	6 791	3 685	5 253
Oberfranken	54 000	8 115	29 776	4 206	4 372	3 089	4 442
Mittelfranken	49 213	12 255	11 250	2 982	4 622	4 641	13 463
Unterfranken	62 637	18 898	19 029	3 136	12 259	2 629	6 686
Schwaben	94 628	33 572	31 509	8 078	8 606	7 079	5 783
Bayern	**531 957**	**148 426**	**179 143**	**45 420**	**49 326**	**34 717**	**74 925**
Veränderung ggü. Januar 2014 in Prozent	*- 5,8*	*- 0,8*	*7,6*	*- 34,3*	*3,3*	*- 16,5*	*- 17,0*
	Auftragseingänge						
Oberbayern	144 892	51 095	23 729	28 750	12 537	12 108	16 673
Niederbayern	113 396	28 440	35 310	21 132	4 522	4 785	19 206
Oberpfalz	89 431	39 912	19 339	10 384	1 926	13 939	3 932
Oberfranken	60 269	8 630	33 750	10 340	1 311	1 912	4 325
Mittelfranken	57 423	14 388	20 541	8 362	4 887	5 766	3 481
Unterfranken	68 268	16 225	28 461	7 125	5 741	4 761	5 955
Schwaben	123 602	43 944	31 387	25 596	5 658	6 292	10 724
Bayern	**657 282**	**202 634**	**192 518**	**111 689**	**36 581**	**49 563**	**64 296**
Veränderung ggü. Januar 2014 in Prozent	*- 7,8*	*6,0*	*- 19,8*	*30,1*	*- 53,9*	*1,5*	*- 4,7*

1 Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.
2 Ohne Umsatzsteuer.

Einer insgesamt rückläufigen Entwicklung beim baugewerblichen Umsatz und beim Auftragseingang im bayerischen Bauhauptgewerbe im Januar 2015 stand ein moderater Beschäftigtenzuwachs gegenüber. Am Ende des aktuellen Berichtsmonats waren mit 74 832 tätigen Personen insgesamt 1 234 Menschen mehr in diesem Wirtschaftssektor beschäftigt (+1,7%) als Ende Januar 2014. Die aktuell im Bauhauptgewerbe tätigen Personen arbeiteten an 21 Werktagen (wie im Vorjahresmonat) insgesamt 3,9 Millionen Stunden (-9,7%), darunter 1,2 Millionen Stunden im Wohnungsbau (-9,0%), und bezogen dafür eine Bruttoentgeltsumme in Höhe von 201,1 Millionen Euro (+1,9%).

Hinweis
Die Berichterstattung basiert auf den Ergebnissen des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe. Im Rahmen dieser Erhebung werden die bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen befragt.

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im Januar 2015“ (Bestellnummer: E2100C 201501, nur als Datei).*

Handel und Dienstleistungen

Bayerns Außenhandel startet 2015 unter Vorjahresniveau

Die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft sanken im Januar 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,5% auf knapp 12,6 Milliarden Euro. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden Waren im Wert von über 7,0 Milliarden Euro in die EU-Mitgliedsstaaten exportiert (-2,4%). In die Euro-Länder gingen Waren im Wert von knapp 4,3 Milliarden Euro (-9,0%). Zeitgleich importierte Bayerns Wirtschaft Waren im

Bayerns Außenhandel im Januar 2015
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land ——— Warenuntergruppe	Ausfuhr		Einfuhr	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres-zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres-zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Europa	7 890 212	*- 4,1*	8 357 168	*- 4,8*
dar. EU-Länder (EU-28)	7 012 878	*- 2,4*	7 120 654	*- 0,9*
dar. Euro-Länder	4 263 190	*- 9,0*	4 232 563	*- 4,9*
dar. Frankreich	855 676	*- 11,8*	489 832	*- 6,3*
Niederlande	446 304	*- 1,7*	607 554	*- 11,8*
Italien	794 030	*- 7,8*	766 424	*- 10,5*
Österreich	948 610	*- 7,8*	1 151 608	*- 3,0*
Vereinigtes Königreich	1 141 502	*24,6*	422 938	*- 10,5*
Polen	440 590	*20,4*	605 855	*53,6*
Tschechische Republik	422 000	*- 2,3*	832 561	*- 2,1*
Ungarn	222 358	*- 9,0*	608 535	*2,3*
Russische Föderation	160 707	*- 35,6*	535 640	*- 35,3*
Afrika	187 428	*- 8,0*	341 012	*- 17,9*
Amerika	1 869 625	*5,7*	996 288	*23,6*
dar. USA	1 461 063	*6,7*	842 440	*25,4*
Asien	2 499 197	*- 7,4*	2 653 185	*- 1,7*
dar. Volksrepublik China	1 214 721	*- 4,6*	1 158 202	*- 0,8*
Australien-Ozeanien	110 551	*4,9*	5 230	*- 36,3*
Verschiedenes[1]	605	*33,8*	–	*0,0*
Insgesamt	**12 557 619**	***- 3,5***	**12 352 884**	***- 2,8***
dar. Erdöl und Erdgas	–	*0,0*	1 105 208	*- 33,4*
Maschinen	1 833 215	*- 7,4*	1 260 965	*- 12,4*
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dgl.	1 131 083	*- 1,0*	882 892	*- 6,4*
Personenkraftwagen und Wohnmobile	2 310 899	*- 8,8*	659 377	*18,6*

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

Wert von fast 12,4 Milliarden Euro (-2,8%). Waren im Wert von gut 7,1 Milliarden Euro (-0,9%) bezog sie aus den Ländern der Europäischen Union. Aus den Ländern der Euro-Zone importierte sie Waren im Wert von über 4,2 Milliarden Euro (-4,9%).

Die höchsten Exportergebnisse erzielte Bayerns Wirtschaft im Handel mit den USA (1,5 Milliarden Euro; +6,7%), China (1,2 Milliarden Euro; -4,6%) und dem Vereinigten Königreich (1,1 Milliarden Euro; +24,6%). Die wertmäßig bedeutendsten Importländer waren China (1,2 Milliarden Euro; -0,8%), Österreich (1,2 Milliarden Euro; -3,0%) und die USA (0,8 Milliarden Euro; +25,4%).

Die höchsten Exportergebnisse erwirtschaftete Bayern im Januar 2015 mit „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“ (2,3 Milliarden Euro; -8,8%), „Maschinen“ (1,8 Milliarden Euro; -7,4%) und „Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (1,1 Milliarden Euro; -1,0%). Die wichtigsten Importgüter waren „Maschinen“ (1,3 Milliarden Euro; -12,4%), „Erdöl und Erdgas“ (1,1 Milliarden Euro; -33,4%) und „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (0,9 Milliarden Euro; -6,4%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Januar 2015“ (Bestellnummer: G3000C 201501, nur als Datei).*

Umsatz der bayerischen Kfz-Händler im Jahr 2014 um knapp drei Prozent gestiegen

Der Umsatz des bayerischen Kraftfahrzeughandels erhöhte sich im Jahr 2014 nach vorläufigen Ergebnissen nominal um 2,8 % und preisbereinigt um 2,6 %. Die Beschäftigtenzahl nahm um 0,5 % zu. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg dabei um 0,1 % und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,2 %.

Der „Handel mit Kraftwagen“ verzeichnete 2014 einen Umsatzzuwachs von rund vier Prozent (nominal: +4,2 %; real: +3,9 %). Auch im „Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern“ lag der Umsatz deutlich über dem Vorjahresergebnis (nominal: +5,1 %; real: +4,0 %). In der „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ (nominal: -0,3 %; real: -0,6 %) und im „Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör“ (nominal: -0,6 %; -0,3 %) nahm der Umsatz jeweils ab.

Hinweis
Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.
Die monatliche Kraftfahrzeughandelsstatistik wird im Mixmodell durchgeführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Dezember 2014“ (Bestellnummer: G1200C 201412, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte des Kraftfahrzeughandels in Bayern im Jahr 2014
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis Dezember				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real[1]		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Handel mit Kraftwagen	*4,2*	*3,9*	*0,6*	*0,3*	*2,0*
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	*- 0,3*	*- 0,6*	*0,8*	*0,3*	*2,0*
Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	*- 0,6*	*- 0,3*	*- 0,4*	*- 1,2*	*2,6*
Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	*5,1*	*4,0*	*1,6*	*0,5*	*4,0*
Kraftfahrzeughandel insgesamt[2]	***2,8***	***2,6***	***0,5***	***0,1***	***2,2***

1 In Preisen des Jahres 2010.
2 Ohne Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen).

Tourismus

Mehr Gäste und Übernachtungen in Bayern zum Jahresstart 2015

Das neue Jahr begann für Bayerns Fremdenverkehr wie das alte Jahr endete: Nach vorläufigen Ergebnissen stieg die Zahl der Gästeankünfte in den gut 11 300 geöffneten Beherbergungsbetrieben* im Januar 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,7 % auf rund 1,9 Millionen, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 2,2 % auf knapp 5,1 Millionen. Deutliche Zuwächse verzeichnete hierbei der Inländerreiseverkehr (Gästeankünfte: +5,8 %; Übernachtungen: +3,2 %). Im Ausländerreiseverkehr nahm hingegen die Zahl der Übernachtungen ab (Gästeankünfte: +1,3 %; Übernachtungen: -1,9 %).

Die Campingplätze (Gästeankünfte: +18,3 %; Übernachtungen: +14,3 %), die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (Gästeankünfte: +20,7 %; Übernachtungen: +4,0 %) und die Jugendherbergen und Hütten (Gästeankünfte: +11,2 %; Übernachtungen: +7,9 %) verzeichneten im Januar die höchsten Zuwachsraten unter den Betriebsarten der Beherbergung.

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Bayerns Fremdenverkehr im Januar 2015
Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Januar 2015					
	geöffnete Betriebe	angebotene Betten (ohne Campingplätze)	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
			insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent
Hotels	2 114	204 976	1 021 306	*5,9*	2 186 820	*2,9*
Hotels garnis	2 028	76 657	329 754	*0,5*	752 264	*- 1,4*
Gasthöfe	2 402	69 381	181 448	*2,1*	396 083	*0,1*
Pensionen	1 211	33 518	80 590	*0,0*	246 492	*- 0,7*
Hotellerie zusammen	**7 755**	**384 532**	**1 613 098**	***4,0***	**3 581 659**	***1,4***
Jugendherbergen und Hütten	228	16 990	53 772	*11,2*	134 537	*7,9*
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	446	34 836	113 673	*4,5*	333 984	*2,5*
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	2 520	63 922	74 321	*20,7*	403 297	*4,0*
Campingplätze	217	x	13 568	*18,3*	77 692	*14,3*
Vorsorge- und Reha-Kliniken	174	27 176	31 493	*- 3,5*	549 328	*3,0*
Insgesamt	**11 340**	**527 456**	**1 899 925**	***4,7***	**5 080 497**	***2,2***
davon aus dem						
Inland	x	x	1 455 606	*5,8*	4 106 838	*3,2*
Ausland	x	x	444 319	*1,3*	973 659	*- 1,9*
davon						
Oberbayern	3 933	206 890	958 030	*6,0*	2 285 919	*3,6*
dar. München	401	62 224	439 130	*4,2*	894 229	*3,8*
Niederbayern	1 763	77 715	160 916	*2,5*	661 971	*1,1*
Oberpfalz	846	37 462	101 196	*4,2*	263 962	*1,9*
Oberfranken	819	32 978	89 992	*2,2*	237 658	*0,4*
Mittelfranken	900	46 115	189 607	*- 0,9*	402 818	*- 1,1*
dar. Nürnberg	147	16 101	86 871	*- 3,3*	171 720	*- 4,2*
Unterfranken	844	41 124	135 273	*7,8*	359 447	*5,4*
Schwaben	2 235	85 172	264 911	*5,3*	868 722	*0,3*

Tourismusregionen* in Bayern
Stand: 1. Januar 2014

* Die Festlegung und Abgrenzung der Tourismusregionen basiert auf Angaben der vier bayerischen Tourismusverbände (München-Oberbayern, Ostbayern, Franken und Allgäu/Bayerisch-Schwaben).
Daran beteiligt waren das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.
** Diese Gebiete bilden eine gemeinsame Tourismusregion.

Unterfranken (Gästeankünfte: +7,8 %; Übernachtungen: +5,4 %) und Oberbayern (Gästeankünfte: +6,0 %; Übernachtungen: +3,6 %) meldeten im Januar 2015 die höchsten Zuwächse unter den sieben bayerischen Regierungsbezirken. Auch die weiteren Regierungsbezirke verbuchten teilweise deutliche Zunahmen. Lediglich in Mittelfranken gingen die Gästezahlen leicht zurück (Gästeankünfte: -0,9 %; Übernachtungen: -1,1 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Januar 2015“ (Bestellnummer: G41003 201501, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*

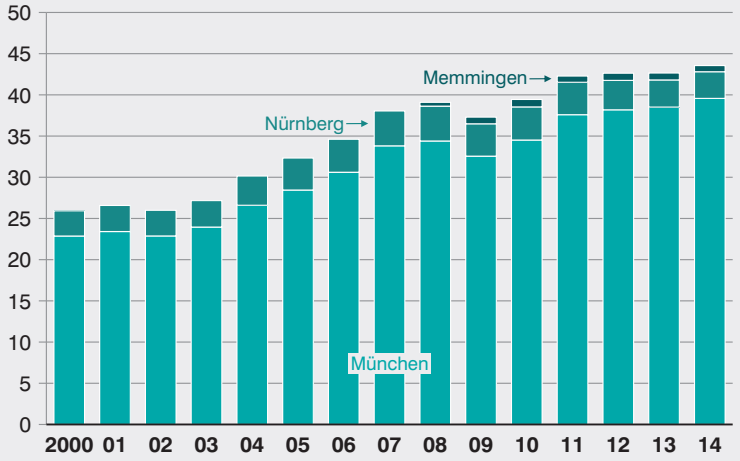
Verkehr

Mehr Passagiere an bayerischen Großflughäfen 2014

Im Jahr 2014 starteten bzw. landeten insgesamt 414 684 Flugzeuge auf den drei bayerischen Großflughäfen* München, Nürnberg und Memmingen. Das waren 2,3 % weniger als im Vorjahr. Insgesamt flogen mehr als 43 Millionen Passagiere von diesen drei Flughäfen ab oder landeten dort (einschl. Durchgangsverkehr). Dies entspricht einer Steigerung um 2,1 % gegenüber 2013. Das Fracht- und Postaufkommen stieg an diesen Flughäfen insgesamt um 6,3 % auf rund 332 000 Tonnen.

* Hauptverkehrsflughäfen mit mehr als 150 000 Fluggasteinheiten (Einsteiger- und Aussteiger, je 100 kg Fracht und Post) im Jahr.

Passagiere der bayerischen Hauptverkehrsflughäfen seit 2000*
in Millionen



* Ohne Transitverkehr.

Hinweis
Die monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr beruht auf dem Verkehrsstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004 (§ 12, 1 VerkStatG).

Bayerns Hauptverkehrsflughäfen im Jahr 2014

Starts/Landungen — Passagiere — Fracht/Post	Flughafen: München		Nürnberg		Memmingen		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent
Starts und Landungen insgesamt	**363 496**	*- 1,3*	**42 648**	*- 9,9*	**8 540**	*- 0,1*	**414 684**	*- 2,3*
davon Starts	181 881	*- 1,4*	21 107	*- 10,1*	4 271	*- 0,1*	207 259	*- 2,3*
Landungen	181 615	*- 1,3*	21 541	*- 9,6*	4 269	*0,0*	207 425	*- 2,2*
Passagiere an Bord in 1 000	**39 678**	*2,7*	**3 255**	*- 1,6*	**748**	*- 10,6*	**43 682**	*2,1*
davon Einsteiger	19 750	*2,6*	1 621	*- 1,7*	373	*- 10,7*	21 744	*2,0*
davon ins Inland	4 669	*- 0,3*	539	*- 6,1*	13	*x*	5 221	*- 0,7*
ins Ausland	15 081	*3,6*	1 082	*0,6*	360	*- 13,7*	16 523	*2,9*
Aussteiger	19 821	*2,8*	1 616	*- 1,7*	374	*- 10,7*	21 811	*2,2*
aus dem Inland	4 641	*0,1*	538	*- 5,0*	13	*x*	5 192	*- 0,2*
aus dem Ausland	15 180	*3,7*	1 078	*0,0*	362	*- 13,5*	16 619	*3,0*
Transitverkehr[1]	107	*- 8,7*	18	*27,8*	1	*x*	126	*- 3,8*
Fracht und Post an Bord (in to)	**323 232**	*6,9*	**8 742**	*- 12,3*	–	–	**331 974**	*6,3*
davon Einladung	181 946	*10,1*	3 758	*- 19,8*	–	–	185 704	*9,2*
Ausladung	127 272	*4,0*	2 711	*1,6*	–	–	129 983	*3,9*
Transitverkehr[1]	14 014	*- 3,8*	2 273	*- 13,1*	–	–	16 287	*- 5,2*

1 Direkter Durchgangsverkehr (gleiche Flugnummer).

Über elf Prozent mehr Güterumschlag in Bayerns Häfen 2014

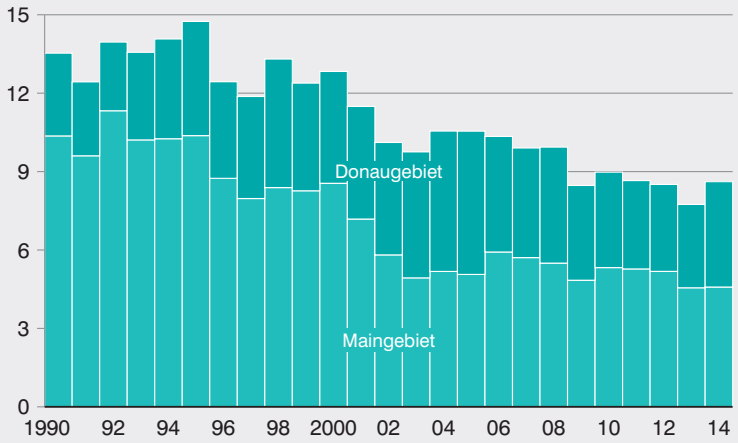
Im Jahr 2014 schlugen die bayerischen Häfen der Bundeswasserstraßen von Passau über Nürnberg bis Aschaffenburg 2014 8,6 Millionen Tonnen Güter um und somit 11,3 % mehr als im Vorjahr. Es wurden über fünf Millionen Tonnen Güter ausgeladen und knapp 3,3 Millionen Tonnen eingeladen. Der Güterumschlag im Maingebiet lag bei 4,6 Millionen Tonnen und entsprach einem Anteil von 53,2 %.

In den Mainhäfen erhöhte sich der Güterumschlag im Jahr 2014 um 0,6 %, an der Donau lag ein Anstieg um 26,4 % auf 4,0 Millionen Tonnen vor. Die umschlagstärksten Häfen waren Regensburg mit 2,2 Millionen und Aschaffenburg mit 0,8 Millionen Tonnen. Insgesamt meldeten sich 10 446 Schiffe mit Umschlagsgütern an und ab, davon befuhren mit 56,3 % mehr als die Hälfte der Schiffe (5 879) die Donau.

Zu Wasser werden hauptsächlich „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei“ (2,14 Millionen Tonnen bzw. 24,9 %) und „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ (1,61 Millionen Tonnen bzw. 18,7 %) transportiert. Weitere 12,2 % bzw. 1,05 Millionen Tonnen entfallen auf Schüttgüter und Flüssigkeiten der Abteilungen „Chemische Erzeugnisse etc.“.

Betrachtet man die Entwicklung der bayerischen Binnenschifffahrt seit 1990, so liegt der Güterumschlag an der Donau aktuell genau im langfristigen Mittel von 4,0 Millionen Tonnen. Auf dem Main hat sich der Güterumschlag im selben Zeitraum etwa halbiert, wobei aktuell zumindest das Vorjahresniveau leicht übertroffen wurde.

Entwicklung des Güterumschlags der Binnenschifffahrt in Bayern seit 1990 im Donau- und Maingebiet
in Millionen Tonnen



Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis Dezember 2013 und 2014 nach Verkehrsgebieten und ausgewählten Häfen

Verkehrsgebiet / Hafen	Güterumschlag Januar bis Dezember 2013 (Tonnen)	2014 (Tonnen)	Veränderung gegenüber 2013 in Prozent
Maingebiet	**4 554 705**	**4 583 229**	***0,6***
dar. Nürnberg	529 382	379 245	*- 28,4*
Bamberg	308 899	341 862	*10,7*
Schweinfurt	358 198	350 132	*- 2,3*
Würzburg	251 260	277 316	*10,4*
Karlstadt	362 146	340 732	*- 5,9*
Lengfurt	500 119	578 390	*15,7*
Aschaffenburg	787 502	781 230	*- 0,8*
Donaugebiet	**3 188 111**	**4 030 992**	***26,4***
dar. Kelheim	401 879	457 171	*13,8*
Regensburg	1 644 911	2 198 446	*33,7*
Straubing - Sand	486 277	654 626	*34,6*
Deggendorf	259 439	239 675	*- 7,6*
Passau	280 670	360 281	*28,4*
Bayern insgesamt	**7 742 816**	**8 614 221**	***11,3***

Die Ausweisung der in der Binnenschifffahrt transportierten Güter erfolgt nach der NST-2007.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Binnenschifffahrt in Bayern im Dezember und im Jahr 2014“ (Bestellnummer: H2100C 201412, nur als Datei).*

13 % weniger Verunglückte im Straßenverkehr in Bayern im Januar 2015

Im Januar 2015 stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,2 %. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 27 999 Unfälle (Januar 2014: 26 865). Bei 2 765 dieser Unfälle kamen Personen zu Schaden – gegenüber Januar 2014 ein Rückgang um 13,2 %.

Überwiegend traten lediglich Sachschäden (25 234 Unfälle) auf, davon rund 96 % (24 102 übrige Sachschadensunfälle) Bagatellschäden.

Verglichen mit Januar 2014 ergab sich damit eine Zunahme der Sachschadensunfälle um 6,6 %, es wurden aber 11,3 % weniger Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel polizeilich aufgenommen.

Die Zahl der Verunglückten sank im Januar 2015 um 13 % auf 3 800 Menschen. Am stärksten ging mit 34,3 % die Zahl der Getöteten (23; Januar 2014: 35) zurück. Es wurden 560 Verkehrsteilnehmer schwer (-15,9 %) und 3 217 leicht verletzt (-12,2 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Januar 2015“ (Bestellnummer: H1101C 201501, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Januar 2015
Vorläufige Ergebnisse

Unfälle — Verunglückte	Januar 2015	Januar 2014	Veränderung	
	Anzahl			%
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	**27 999**	**26 865**	**1 134**	***4,2***
dav. Unfälle mit Personenschaden	2 765	3 186	- 421	*- 13,2*
Unfälle mit nur Sachschaden	25 234	23 679	1 555	*6,6*
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	1 007	958	49	*5,1*
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	125	141	- 16	*- 11,3*
übrige Sachschadensunfälle	24 102	22 580	1 522	*6,7*
Verunglückte insgesamt	**3 800**	**4 367**	**- 567**	***- 13,0***
dav. Getötete	23	35	- 12	*- 34,3*
Verletzte	3 777	4 332	- 555	*- 12,8*
dav. Schwerverletzte	560	666	- 106	*- 15,9*
Leichtverletzte	3 217	3 666	- 449	*- 12,2*

Preise

Inflationsrate in Bayern im März 2015 bei 0,5 %

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im März 2015 bei +0,5 %; im vorangegangenen Februar hatte sie bei +0,3 % gelegen. Ohne Kraftstoffe und Heizöl gerechnet, hätte sich der Verbraucherpreisindex im Vergleich zum März des Vorjahres um 1,1 % erhöht.

Die Preise für Nahrungsmittel sind gegenüber dem März des Vorjahres im Gesamtdurchschnitt um 1,1 % gestiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung teilweise wiederum sehr unterschiedlich. Deutlich billiger als im Vorjahr waren u. a. Butter (-8,3 %) und Vollmilch (-7,7 %), während sich die Preise für Obst (+7,0 %) und Bohnenkaffee (+17,3 %) spürbar erhöhten.

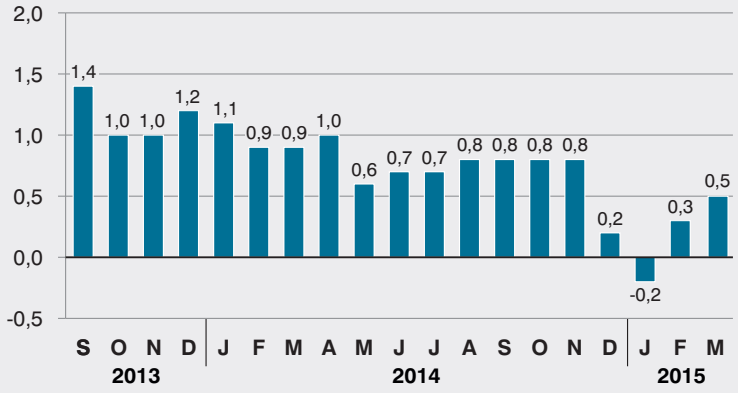
Im Energiesektor sind die Preise für Heizöl gegenüber dem März des Vorjahres um 19,0 % gefallen. Auch Kraftstoffe (-9,4 %) haben sich binnen Jahresfrist spürbar verbilligt. Ein leichter Preisrückgang war bei Strom (-1,3 %) zu beobachten. Das Preisniveau für Gas (+0,2 %) blieb nahezu unverändert.

Weiterhin entspannt verlief im Landesdurchschnitt die Preisentwick-

lung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem März des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,7%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im März weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher Festplattenrecorder (-4,7%), Fernsehgeräte (-9,9%) und tragbare Computer (-12,5%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtniveau ebenfalls um 0,5% erhöht. Bei Kraftstoffen (+4,0%) und Heizöl (+2,1%) konnten wie schon im Februar so auch im März kurzfristige Preiserhöhungen beobachtet werden. Die Preise für Nahrungsmittel (-0,4%) sind im Durchschnitt leicht gefallen. Dabei hat sich Gemüse (-3,5%) spürbar verbilligt. Nach Auslaufen des Winterschlussverkaufs und der Einführung der Frühjahrs- und Sommerkollektion sind im März hingegen die Preise für Bekleidungsartikel (+6,4%) weiter gestiegen.

Verbraucherpreisindex für Bayern von September 2013 bis März 2015
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(2010 ≙ 100)



Hinweis
Die Kurzmitteilung zum Berichtsmonat März 2015 enthält vorläufige Ergebnisse.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, März 2015 mit Jahreswerten von 2011 bis 2014 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201503, nur als Datei)* und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2010 bis März 2015 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201503, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*

Verdienste

Reallöhne in Bayern im Jahr 2014 deutlich um 2,5% gestiegen

In Bayern lag der Bruttoverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) aller Arbeitnehmer, also der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie der geringfügig Beschäftigten, im Jahr 2014 durchschnittlich real um 2,5% höher als im Jahr 2013. Dabei stiegen die Nominallöhne um 3,3%. Da sich im gleichen Zeitraum die Verbraucherpreise nur um 0,8% erhöhten, ergibt sich eine Steigerung der Reallöhne um 2,5%.

Verglichen mit früheren Jahren waren 2008 sowie 2011 mit jeweils 3,5% etwas höhere Veränderungsraten der Nominallöhne zu verzeichnen als 2014 (3,3%). Preisbereinigt fielen die Verdienstzuwächse in diesen Jahren aufgrund höherer Inflationsraten aber deutlich geringer aus (2008: 0,8%; 2011: 1,4%).

Entwicklung der Real- und Nominallöhne aller Arbeitnehmer* und der Verbraucherpreise in Bayern seit 2008

Jahr	Reallohnindex	Nominallohnindex	Verbraucherpreisindex
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent		
2008	*0,8*	*3,5*	*2,7*
2009	*- 1,1*	*- 0,6*	*0,5*
2010	*1,9*	*3,1*	*1,1*
2011	*1,4*	*3,5*	*2,1*
2012	*0,5*	*2,7*	*2,2*
2013	*0,2*	*1,6*	*1,4*
2014	*2,5*	*3,3*	*0,8*

* Bruttomonatsverdienste der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie der geringfügig Beschäftigten.

Hinweis
Die Daten zur Verdienstentwicklung sind Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung. Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Die Nominal- und Reallohnindizes werden ab dem Berichtsjahr 2007 berechnet.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2014“ (Bestellnummer: N1100C 201444, nur als Datei).*

Öffentliche Finanzen, Steuern, kommunaler Finanzausgleich

Kommunale Steuereinnahmen stiegen in Bayern 2014 um 5,1 %

Nach Ergebnissen der kommunalen Kassenstatistik verzeichneten im Jahr 2014 die bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Steuereinnahmen ein Plus von 5,1 % auf 15 862,5 Millionen Euro.

Dabei sind die Einnahmen der Kommunen aus ihrer bedeutendsten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer, im Vorjahresvergleich um 3,9 % auf 6 961,8 Millionen Euro angestiegen. Vom Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 8 550,4 Millionen Euro führten die Kommunen gut 1 588,5 Millionen Euro Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund ab, sodass in den Gemeindekassen netto besagte 6 961,8 Millionen Euro verblieben. Gegenüber dem Jahr 2013 ergibt das ein Plus von knapp 261,1 Millionen Euro.

Die Einnahmen aus dem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer, der vom Volumen her zweitwichtigsten Steuerquelle der bayerischen Städte und Gemeinden, lagen mit 6 480,1 Millionen Euro um 7,6 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergab sich 2014 mit 631,9 Millionen Euro ein Zuwachs von 2,7 %.

Zugenommen hat auch das Steueraufkommen aus den Grundsteuern. Während die kommunalen Einnahmen aus der Grundsteuer B um 1,7 % auf 1 652,7 Millionen Euro anstiegen, lagen die Einnahmen aus der Grundsteuer A bei knapp 84,3 Millionen Euro und damit nur um 0,3 % über dem Vorjahresergebnis.

Die übrigen Gemeindesteuern wie Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer und sonstige Steuern erhöhten sich im Vorjahresvergleich um knapp 1,5 Millionen Euro bzw. 3,0 % auf 51,7 Millionen Euro.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 2014“ (Bestellnummer: L22003 20144, Preis der Druckausgabe: 13,60 €).*

Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

Zum Tag des Wassers am 22. März 2015

Von den öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen und Betrieben aller Wirtschaftsbereiche in Bayern wurden im Jahr 2013 knapp 3,5 Milliarden Kubikmeter Wasser gewonnen, darunter gut 2,2 Milliarden Kubikmeter Flusswasser und knapp 870 Millionen Kubikmeter Grundwasser.

Nach Abzug von Wasserverlusten, Wasserwerkseigenverbrauch und ungenutzt abgeleitetem Wasser wurden in Bayern im Jahr 2013 von den Betrieben aller Wirtschaftsbereiche und den privaten Haushalten insgesamt rund 3,2 Milliarden Kubikmeter Frischwasser eingesetzt. Davon wurde mit 1,8 Milliarden Kubikmetern im Rahmen der Energieversorgung die größte Menge, überwiegend zu Kühlzwecken, gebraucht. Im Verarbeitenden Gewerbe einschließlich der Gewinnung von Steinen und Erden wurden rund 773 Millionen Kubikmeter eingesetzt, in der Landwirtschaft zur Bewässerung, soweit statistisch erfasst, knapp 5 Millionen Kubikmeter. Gegenüber 2001 ist die Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe trotz gestiegener Bevölkerung um rund 1,5 % auf knapp 586 Millionen Kubikmeter zurückgegangen. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Trinkwasser war im Jahr 2013 mit 129,5 Litern am Tag um 4,5 Liter niedriger als noch im Jahr 2001.

Der durchschnittliche Preis für den Kubikmeter Wasser lag 2013 in Bayern bei 1,45 Euro (Bundesdurchschnitt 1,69 Euro). Die durchschnittlich zu entrichtende jährliche Grundgebühr lag bei 46,56 Euro (Bundesdurchschnitt 70,98 Euro). In der amtlichen Statistik werden die Wasserentgelte ab dem Berichtsjahr 2005 erhoben; damals lag in Bayern die durchschnittliche mengenabhängige Gebühr pro Kubikmeter Frischwasser noch bei 1,22 Euro, die durchschnittliche Grundgebühr bei 33,24 Euro. Innerhalb von neun Jahren erhöhten sich die mengenabhängigen Gebühren für Trinkwasser somit um 18,9 %, die Grundgebühren um 40,1 %.

Ausführliche Ergebnisse enthalten der Statistische Bericht „Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern 2013“ (Bestellnummer: Q1100C 201351, nur als Datei) bzw. der Statistische Bericht „Wasser- und Abwasserentgelte in Bayern 2013“ (Bestellnummer: Q1300C 201351, nur als Datei).*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich.
Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Zensus 2011: Bevölkerungs- und Wohndaten für ganz Deutschland jetzt auf Basis eines Ein-Kilometer-Gitters downloadbar

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen unter https://atlas.zensus2011.de erstmals einen interaktiven Zensus-Atlas mit Ergebnissen zu Bevölkerung und Wohnen auf Basis eines Ein-Kilometer-Gitters. Es standen Informationen aus dem Zensus 2011 zum Alter der Bevölkerung, zur Staatsangehörigkeit oder zu den Wohnverhältnissen bisher nur für administrative Einheiten, das heißt für Bund, Länder, Kreise und Kommunen zur Verfügung. Gerade für kleinräumige Planungszwecke gibt es jetzt eine detailliertere Informationsgrundlage, die nicht an administrative Grenzen gebunden ist.

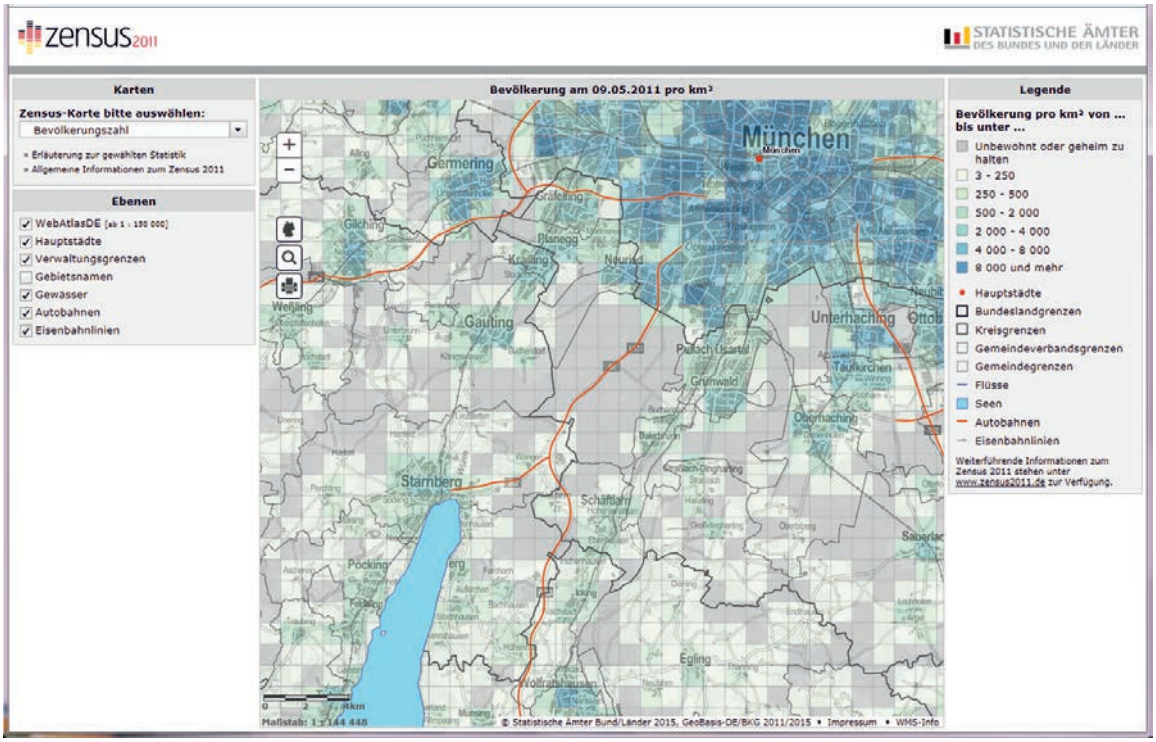


Abbildung: Bevölkerung am 9. Mai 2011 pro km²

Bislang standen Informationen aus dem Zensus 2011 zum Alter der Bevölkerung, zur Staatsangehörigkeit oder zu den Wohnverhältnissen nur für administrative Einheiten, das heißt für Bund, Länder, Kreise und Kommunen zur Verfügung. Jetzt kommt zu diesen administrativen Abgrenzungen noch eine neue Auswertungsebene hinzu.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben ihr Datenangebot mit dem unter https://atlas.zensus2011.de veröffentlichten interaktiven Zensus-Atlas ausgebaut und bieten erstmals auch Ergebnisse auf Basis eines Ein-Kilometer-Gitters.

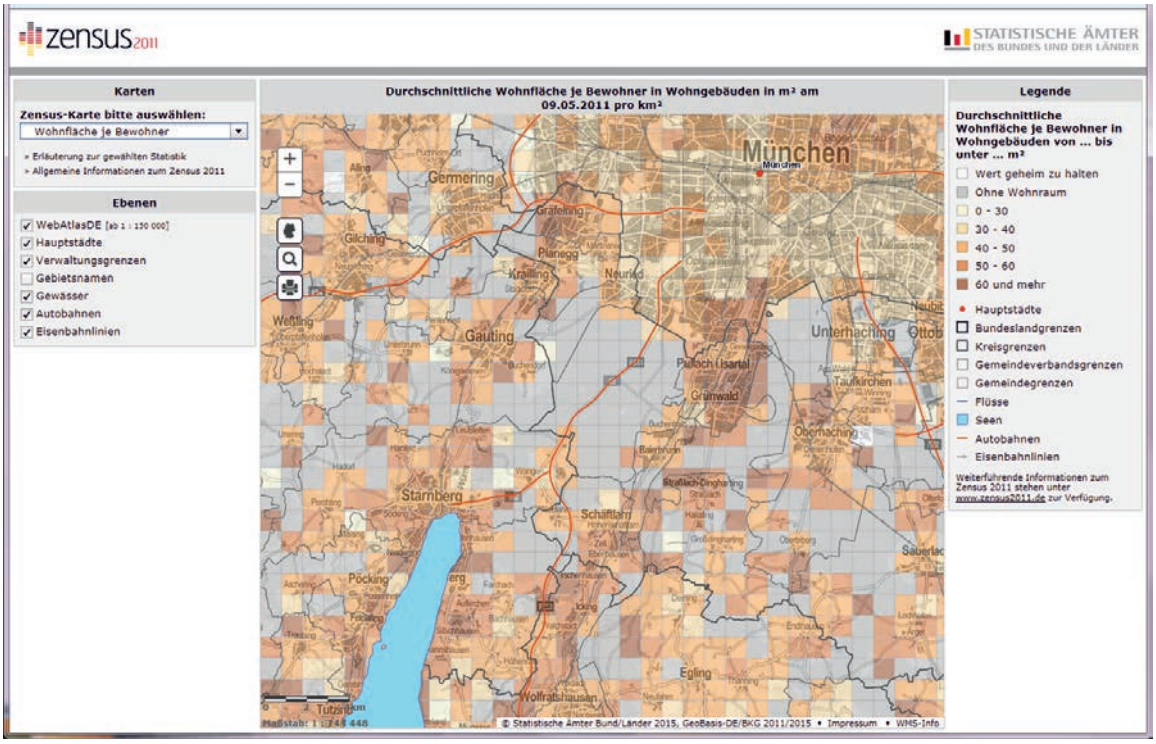


Abbildung: Durchschnittliche Wohnfläche je Bewohner in Wohngebäuden in m² am 9. Mai 2011 pro km²

Der Zensus-Atlas schafft so eine bessere Vergleichbarkeit, die nicht an (Stadt-)Grenzen halt macht. Gerade für kleinräumige Planungszwecke an der Grenze von Stadt und Umland ergibt sich hiermit eine detailliertere Informationsgrundlage. Auch für zeitliche Vergleiche – speziell nach Gebietsreformen – bietet das zeitlich stabile und europaweit einheitlich definierte Gitter ganz neue Möglichkeiten.

Im Atlas lassen sich verschiedene Informationen wie etwa große Seen und Flüsse, Autobahnen, Eisenbahnlinien oder eine Hintergrundkarte zur besseren Orientierung einblenden. Neben der üblichen Bedienung einer Kartenanwendung im Internet können sich interessierte Nutzerinnen und Nutzer die Karten in ihr eigenes Geografisches Informationssystem (GIS) als „Web Map Service“ (WMS) einbinden.

Die Zahlen für diesen Atlas stammen aus dem Zensus 2011, mit dem Daten zu Bevölkerung und Wohnen für jede Anschrift in Deutschland ermittelt wurden. Nur mit einer solchen Statistik ist es möglich, Informationen in hoch aufgelöster Form auf einem Ein-Kilometer-Gitter darzustellen. Ein spezielles Geheimhaltungsverfahren stellt dabei sicher, dass von den veröffentlichten Ergebnissen niemals auf Informationen über Einzelpersonen zurückgeschlossen werden kann.

Unter www.zensus2011.de können die dem Atlas zugrunde liegenden Daten heruntergeladen werden. Zusätzlich stehen dort die Bevölkerungszahlen für ganz Deutschland auf Basis eines 100-Meter-Gitters zum Download bereit. Auch für diese Ergebnisse ist die statistische Geheimhaltung sichergestellt.

Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2032

Methodik I: Rückrechnung des Zensus 2011

Dipl.-Pol. Daniela Lamprecht

Schrumpfung, Alterung und Internationalisierung sind die drei Säulen des demographischen Wandels. Um das Zusammenspiel dieser drei Elemente und insbesondere die Rolle der Zuwanderer aus dem Ausland sowie ihrer Nachkommen für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung Bayerns sichtbar zu machen, erstellt das Bayerische Landesamt für Statistik seit 2009 regelmäßig aktualisierte Vorausberechnungen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern (vgl. LfStaD 2013). Als zentraler Bestandteil des von den Bayerischen Staatsministerien des Inneren, für Bau und Verkehr (StMI) sowie für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) beauftragten Projekts „Analyse- und Prognosemöglichkeiten zu Personen mit Migrationshintergrund“ wird auch zur Vorausberechnung bis 2032 auf Basis der Zensus-Haushaltsstichprobe ein ausführlicher Ergebnisbericht veröffentlicht werden. Die methodischen Schritte und Bestandteile des erstmals auf Regionsebene erstellten Vorausberechnungsmodells werden dagegen sukzessive in gesonderten Artikeln in der Zeitschrift „Bayern in Zahlen“ veröffentlicht. Den Anfang macht der vorliegende Methodenbeitrag zum Thema „Rückrechnung des Zensus 2011“. Dabei wird der Bedarf für diesen methodischen Schritt und die Vorgehensweise bei der Programmierung ebenso dargelegt wie die Konsequenzen für die Berechnung demographischer Indikatoren im Vergleich zu einer Nutzung von Bestandsdaten aus der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987.

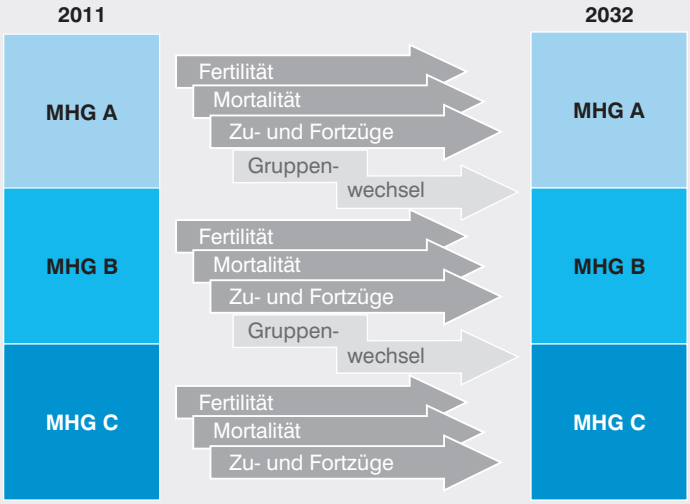
1. Warum rückrechnen?

Methodik und Datenquellen der Vorausberechnung

Grundsätzlich geht es bei der Aufstellung von demographischen Vorausberechnungsmodellen in der amtlichen Statistik darum, die beobachtete Dynamik demographischer Prozesse fortzuschreiben. Die zentrale Frage lautet: Was wäre, wenn sich die aktuell feststellbaren Trends im Bereich des Geburtenverhaltens, der Sterblichkeit sowie der Zu- und Abwanderung konstant in die Zukunft fortsetzen? Es handelt sich also um Modellrechnungen, die auf Basis der demographischen Grundgleichung veranschaulichen, wie sich die Bevölkerung und ihre Zusammensetzung ohne Änderungen an den grundlegenden Parametern der Fertilität, Mortalität und Migration innerhalb einer Raumeinheit über einen bestimmten Zeitraum hinweg entwickeln würden. Für die Berechnung benötigt man zum einen Informationen über die Zusammensetzung der Ausgangsbevölkerung und zum anderen über das Geburten-, Sterbe-, und Migrationsverhalten der interessierenden Bevölkerungsgruppen (vgl. Abbildung 1).

Im vorliegenden Fall liefert die Zensus-Haushaltsstichprobe die benötigten Informationen zur Ausgangsbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (MHG), die amtlichen Bevölkerungsbewegungsstatistiken und die Bevölkerungsfortschreibung jedoch nicht. Eine Näherung und Schätzung der benötigten Fertilitäts-, Mortalitäts- und Migrationsraten 2007 bis 2013 (siebenjährige sog. Basisperiode) kann daher lediglich auf Basis des Merkmals „Nationalität“ vorgenommen werden.

Abb. 1
Vorausberechnungsmodell für Personengruppen mit Migrationshintergrund (MHG)*



* Vereinfachte Darstellung.

Methodik und Fehlerquellen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung

Bevölkerungsfortschreibungen dienen der amtlichen Feststellung der Einwohnerzahlen zwischen zwei Erhebungen des Gesamtbestandes durch eine Volkszählung bzw. einen Zensus. Dazu wird der festgestellte Anfangsbestand der Bevölkerung nach bestimmten Strukturmerkmalen unterteilt und auf diese sogenannten Kohorten die absolute Zahl der bestandsverändernden Bewegungen angerechnet. Dadurch erhält man den fortgeschriebenen Endbestand aller lebenden Jahrgänge, der dann als neuer Anfangsbestand für den nächsten Fortschreibungsturnus herangezogen wird (vgl. Dinkel 1989). Gemäß Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG) vom 14. März 1980 wurde die Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung von 1987 beispielweise monatlich für nach Geschlecht, Einzelaltersjahr und Nationalität differenzierte Kohorten auf Gemeindeebene durchgeführt.

Während die natürlichen Bevölkerungsbewegungen bei den Standesämtern beurkundungsbedingt relativ genau registriert und an das zuständige Statistische Landesamt gemeldet werden können, sind bei der Erfassung von Wanderungsbewegungen insbesondere über Bundesgrenzen bestimmte Fehlerquellen unvermeidlich (vgl. Dinkel 1989). Beispielhaft seien hier Verstöße gegen das Melderecht genannt, die dazu führen, dass nicht abgemeldete Auswanderer als Karteileichen in den Melderegistern und der amtlichen Fortschreibung verbleiben, oder Nachlässigkeiten bei der Datenübermittlung, die eine korrekte Verbuchung in der Fortschreibung erschweren. Da sich diese Fehler über die Jahre kumulieren, überschätzt die Fortschreibung den tatsächlichen Gesamtbestand mit zunehmender Entfernung zur zugrunde liegenden Vollerhebung. Besonders betroffen von Fehlerfassungen sind mobile Kohorten, also idealtypisch Männer zwischen 20 und 30 Jahren mit ausländischer Nationalität.

Bereits während der Zeit des Deutschen Reichs, aber auch später in der Bundesrepublik, hatte sich für die Durchführung von Volkzählungen ein etwa zehnjähriger Rhythmus eingebürgert. Durch eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts (sog. „Volkszählungsurteil“ vom 15. Dezember 1983) infolge einer intensiven öffentlichen Datenschutzdiskussion, fand die ursprünglich für 1981 geplante Volkszählung jedoch erst 1987 statt. Die Spanne der Fortschreibung der Volkszählung 1970 betrug entsprechend 17 Jahre. Die massiven Proteste in den 1980er-Jahren führten zudem zu politischen Vorbehalten gegenüber Volkszählungen: Trotz Wiedervereinigung, Fall des Eisernen Vorhangs und Zuwanderungswellen aus dem zerfallenden Jugoslawien erfolgte die nächste Neujustierung der Fortschrei-

Abb. 2
Modell der Rückrechnung des Zensus 2011 auf die Volkszählung 1987*

* Vereinfachte Darstellung.

bung daher erst 24 Jahre später im Rahmen der europaweiten Zensusrunde 2011 (vgl. Dinkel 1989, Engelhardt 2011).

Zwar betrug die Differenz zwischen der Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 und dem Zensus 2011 insgesamt nur 1,8 % der Gesamtbevölkerung, der Teufel steckt jedoch im (Kohorten-) Detail: Während die Abweichung bei Deutschen im Bund nur -0,6 % betrug, lag sie bei Ausländern bei -14,9 %. In Bayern musste die Zahl der Ausländer sogar um -15,7 % nach unten korrigiert werden, Deutsche gab es dagegen mehr als angenommen (+0,4 %). Zudem sind die Fehlerfassungen abhängig von der Qualität der kommunalen Melderegister und der daraus abgeleiteten Meldungen an die Statistik: In Würzburg belief sich die Abweichung zum Zensus beispielsweise auf -6,8 % und in Nürnberg auf -4,0 %, während Fürth ein Plus von 0,3 % und Augsburg sogar von 1,1 % erzielte (vgl. StBA 2013).

Folgen des Fortschreibungsfehlers für die Vorausberechnung

Es reicht bei der Berechnung demographischer Indikatoren und Parameter also nicht, auf den relativ geringen Gesamtfehler der Fortschreibung zu verweisen, wenn eine Differenzierung nach besonders fehleranfälligen Strukturmerkmalen wie der Nationalität und eine möglichst kleinräumige Betrachtung angestrebt wird. Insbesondere bei der Berechnung nach Migrationshintergrund differenzierter Vorausberechnungsparametern würde die durch den Fortschreibungsfehler verursachte Verzerrung aus der Basisperiode in die Zukunft kumuliert.

Für das Projekt „Analyse- und Prognosemöglichkeiten zu Personen mit Migrationshintergrund“ wurde daher eine differenzierte Rückrechnung des Zensus 2011 auf die Volkszählung 1987 durchgeführt. Dabei werden die mit der Fortschreibungsmethode ermittelten Endjahresbestände der Bevölkerung 1987 bis 2010 nach Einzelaltersjahren, Geschlecht und Nationalität auf Kreisebene um den jeweiligen jahresspezifischen Fortschreibungsfehler bereinigt.

2. Wie rückrechnen?

Vom Prinzip her handelt es sich bei einer Rückrechnung um eine umgekehrte Fortschreibung (vgl. Abbildung 2): Bestandserhöhende Bewegungen wie Geburten, Zuzüge und Staatsangehörigkeits-

(zu)wechsel werden vom Ausgangsbestand abgezogen und bestandsverringerende Sterbefälle, Wegzüge und Staatsangehörigkeits(weg)wechsel addiert. Nach Abschluss eines Turnus, der für die Rückrechnung auf ein Jahr festgelegt wurde, wird die Altersstruktur um ein Jahr verjüngt.

Dadurch wird der errechnete Jahresanfangsbestand zum Vorjahresendbestand, der wiederum als Ausgangsdatenbasis für den nächsten Turnus herangezogen wird. Nachfolgend werden die nötigen Programmschritte, wie sie in der Statistik-Software SAS realisiert wurden, kurz beschrieben.

Schritt 1:
Datenaufbereitung
Sowohl die Bevölkerungsbestände des Zensus 2011 und der Volkzählung 1987 als auch die jährlichen Bevölkerungsbewegungen wurden als identische Summensätze aufbereitet. Das bedeutet, dass neben den Identifikatoren für Kreisschlüssel, Nationalität, Geschlecht und Altersjahr der jeweiligen Kohorte in einer zusätzlichen Spalte die Anzahl der Personen angegeben wird, die diese spezielle Merkmalskombination aufweisen. Für die Bewegungen 2011 und 1987 wurden jeweils nur die Bewegungen bis zum Stichtag des Zensus bzw. der Volkszählung einbezogen. Dort, wo erhebungsbedingt keine stichtagsgenauen Informationen vorlagen (wie etwa in der Einbürgerungsstatistik), wurde unter Annahme einer Gleichverteilung über das Berichtsjahr eine Schätzung der anteiligen Vor-Zensus- bzw. Nach-Volkszählungsbewegungen vorgenommen. Die Einbürgerungen mussten zudem als Staatsangehörigkeitswegwechsel von Ausländern und gleichzeitig als Staatsangehörigkeitszuwechsel hin zu Deutschen modelliert werden.

Schritt 2:
Rückrechnung (Runde 1)
Mithilfe der Identifikatorvariablen wurde der Ausgangsdatenbestand des Zensus 2011 mit den Bevölkerungsbewegungen zusammengeführt und verrechnet. Nach Verjüngung des angegebenen Alters der Kohorten um ein Jahr wurde der Vorgang bis zum Endpunkt, dem rückgerechneten Bestand der Volkszählung 1987, wiederholt.

Gesondert zu berücksichtigen waren dabei kreisgrenzenübergreifende Gebietsreformen. In Bayern fand derartiges zwischen 1987 und 2011 nur einmal statt: Der Wechsel von Gebiet und Einwohnern der Gemeinde Baar (Schwaben) vom Landkreis Augsburg zum Landkreis Aichach-Friedberg am 1. Januar 1994 wurde dabei wie eine Sonderwanderung des Vorjahres verbucht.

Schritt 3:
Bestimmung des Wanderungsfehlers
Zur Bestimmung des Gesamtwanderungsfehlers wurde die Differenz aus dem tatsächlichen und dem rückgerechneten Bestand der Volkszählung 1987 gebildet. Sie beläuft sich für Bayern insgesamt auf 569,3 Tausend Personen (vgl. Tabelle 1). Betrachtet man den Fehler der einzelnen Kohorten relativ zu ihrem Bestand laut Volkszählung 1987, fällt auf, dass der Fehler erwartungsgemäß bei Deutschen geringer ist als bei Ausländern, innerhalb dieser Gruppe überraschenderweise aber bei älteren Frauen höher als bei Männern. Die größten absoluten Abweichungen auf Kreisebene finden sich in den großen Städten München und Nürnberg, während die strukturschwächeren Landkreise Kronach und Tirschenreuth sehr geringe Differenzen aufweisen, die fast ausschließlich auf die (generell schwierigere) Registrierung von Bewegungen von Ausländern zurückzuführen sind.

Um den festgestellten Wanderungsfehler nun sinnvoll über die Fortschreibungsspanne zu verteilen, wurde entsprechend eines Vorschlags des Statistischen Bundesamts das relative Wanderungsvolumen zwischen den Stichtagen der Volkszählung 1987 und des Zensus 2011 herangezogen. Dazu wurden die Quoten bestimmt, nach denen sich das Gesamtwanderungsvolumen eines Geburtsjahrgangs über den Rückrechnungszeitraum hinweg auf die einzelnen Jahre verteilt. Diese Quoten wurden auf den Gesamtfehler, der für diesen Zweck ebenfalls nach Geburtsjahrgängen dargestellt wurde, umgelegt. Die dadurch gewonnen absoluten Fehlervolumina nach Geburtsjahrgang wurden für jedes Rückrechnungsjahr in altersspezifische Fehlervolumina umgerechnet und mit dem Wegzugssummensatz (Eingabedaten aus Schritt 1) verrechnet.

Tab. 1 **Wanderungsfehler der Rückrechnung auf Kreisebene für Bayern (Runde 1)**
In Tausend und relativ zum jeweiligen Kohortenbestand der Volkzählung 1987

Altersjahre / Gebiet	Insgesamt		Deutsche		Ausländer	
			männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000	%				
Altersgruppen von …						
unter 10	- 121,3	*- 11,5*	*- 5,2*	*- 4,4*	*- 99,1*	*- 101,9*
10 bis unter 20	- 136,5	*- 10,6*	*- 5,1*	*- 4,6*	*- 87,5*	*- 83,0*
20 bis unter 30	- 116,3	*- 6,3*	*- 3,7*	*- 3,1*	*- 53,9*	*- 51,5*
30 bis unter 40	- 82,9	*- 5,4*	*- 3,6*	*- 3,2*	*- 27,4*	*- 25,9*
40 bis unter 50	- 39,7	*- 2,6*	*- 1,8*	*- 1,6*	*- 10,3*	*- 17,8*
50 bis unter 60	- 35,0	*- 2,6*	*- 2,1*	*- 1,8*	*- 10,9*	*- 27,8*
60 bis unter 70	- 24,7	*- 2,2*	*- 2,1*	*- 1,5*	*- 23,1*	*- 40,1*
70 oder älter	- 13,0	*- 1,1*	*- 1,4*	*- 0,4*	*- 33,5*	*- 48,5*
Insgesamt	**- 569,3**	***- 5,2***	***- 3,2***	***- 2,4***	***- 43,1***	***- 49,5***
Maximum						
München, Landeshauptstadt	- 57,1	*- 4,8*	*1,4*	*0,6*	*- 37,3*	*- 37,6*
Nürnberg, krfr.St.	- 55,7	*- 11,8*	*- 10,3*	*- 7,5*	*- 33,4*	*- 38,3*
Minimum						
Tirschenreuth, Lkr.	- 0,6	*- 0,8*	*0,0*	*0,3*	*- 63,0*	*- 89,8*
Kronach, Lkr.	- 1,0	*- 1,4*	*- 0,6*	*0,4*	*- 95,0*	*- 79,6*

Hinweis: Der absolute Wanderungsfehler errechnet sich als Differenz aus dem rückgerechneten Bestand (Runde 1 ohne Korrekturen) und dem Volkszählungsbestand 1987. Negative Werte sagen aus, dass der rückgerechnete Bestand niedriger ausfällt als der Volkszählungsbestand. Dies lässt darauf schließen, dass die aus den Bewegungsstatistiken ermittelte Bevölkerungsbilanz zur Berechnung der amtlichen Fortschreibung 1987 bis 2011 überschätzt und der Fortschreibungsbestand somit überhöht ausgewiesen wurde.

Natürlich ist der ermittelte sogenannte Wanderungsfehler der Rückrechnung nicht allein ein Wanderungs- oder Wegzugsfehler. Fehler können auch bei der Verbuchung von Sterbefällen oder insbesondere auch bei Staatsangehörigkeitswechseln entstehen.[1] Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Statistik der Fortzüge tatsächlich die im Vergleich niedrigere Qualität bei gleichzeitig sehr hohem Fallvolumen aufweist, sodass in der Programmierung die vereinfachte Annahme einer alleinigen Zuordnung zu den Wegzügen realisiert wurde. Dies ist insofern unproblematisch, als es für das Rückrechnungsergebnis unerheblich ist, wie genau der Wanderungsfehler in das Modell eingeführt wird, und eine Weiterverwendung der korrigierten Wegzugseingabedaten für andere Zwecke nicht vorgesehen ist.

Schritt 4:
Korrigierte Rückrechnung (Runde 2)
In Schritt 4 wurde die in Schritt 2 bereits beschriebene Rückrechnung erneut mit den korrigierten Wegzugseingabedaten aus Schritt 3 durchgeführt.

Schritt 5:
Bestimmung des Nulljährigenfehlers
Ein Aspekt, der in der bisherigen Fehlerbestimmung und -korrektur noch nicht berücksichtigt werden konnte, ist der sog. Nulljährigenfehler: Entspricht der rückgerechnete Bestand der Nulljährigen zum 1. Januar eines Jahres auch nach Korrektur des jährlichen Wanderungsfehlers nicht 0, ist von einem zusätzlichen Fehler, z. B. in der Geburtenstatistik, auszugehen.

In der Geburtenstatistik können Probleme bei der Verbuchung der Kinder nach dem Wohnort der Mutter anstatt nach dem im Standesamtswesen gebräuchlichen Merkmal des Geburtsortes (meist der Ort des von der Mutter genutzten Kranken- oder Geburtshauses) die Qualität der amtlichen Geburtenstatistik beeinträchtigen. Weitere Fehlerquellen sind in Deutschland nicht nachbeurkundete Geburten im Ausland (insbesondere auch von deutschen Lebendgeborenen in den Grenzregionen zu Österreich) oder fälschlicherweise verbuchte Geburten von Angehörigen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer und berufskonsularischer Vertretungen.

Des Weiteren kann es zu Qualitätseinbußen kommen, wenn Kinder ausländischer Eltern durch die Standesämter vorläufig als ausländisch erfasst werden. Diese sind jedoch seit 2000 aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsrechts nach entsprechender Prüfung durch die Ausländerbehörden mehrheitlich als deutsch einzustufen (sog. Optionskinder). Wird diese abschließende Erkenntnis zur Nationali-

1 Darüber hinaus werden in die Fortschreibung Einwendungen der Gemeinden eingepflegt und Negativausgleiche vorgenommen, die nicht in die Bewegungsstatistiken zurückwirken.

Tab. 2 **Nulljährigenfehler aus der Rückrechnung auf Kreisebene für Bayern (Runde 2)**
In Tausend und relativ zum Fortschreibungsbestand des jeweiligen Berichtsjahres

Jahr / Gebiet	Insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Jahre von …						
1988 bis 1991	- 39,6	*- 7,5*	- 11,8	*- 2,5*	- 27,8	*- 61,8*
1992 bis 1995	- 21,5	*- 4,1*	- 3,8	*- 0,8*	- 17,8	*- 32,4*
1996 bis 1999	- 15,0	*- 2,9*	0,9	*0,2*	- 15,9	*- 27,8*
2000 bis 2003	- 2,1	*- 0,5*	5,3	*1,2*	- 7,4	*- 34,4*
2004 bis 2007	- 2,3	*- 0,5*	2,0	*0,5*	- 4,3	*- 34,7*
2008 bis 2011	- 1,4	*- 0,3*	3,3	*0,8*	- 4,7	*- 30,4*
Insgesamt	**- 82,0**	***- 2,9***	**- 4,1**	***- 0,2***	**- 77,8**	***- 37,7***
Maximum						
Regensburg, krfr.St.	0,8	*2,7*	1,7	*6,4*	- 0,9	*- 48,6*
Bamberg, krfr.St.	0,4	*2,7*	1,1	*8,3*	- 0,7	*- 54,6*
Minimum						
München, Landeshauptstadt	- 17,6	*- 5,8*	1,5	*0,6*	- 19,1	*- 37,2*
Nürnberg, krfr.St.	- 8,4	*- 7,8*	- 2,4	*- 2,6*	- 6,1	*- 34,4*

Hinweis: Der absolute Nulljährigenfehler entspricht dem rückgerechneten Bestand (Runde 2 mit Wanderungskorrekturen) der Nulljährigen zum 1. Januar des Berichtsjahres. Negative Werte sagen aus, dass der rückgerechnete Bestand niedriger ausfällt als der für den Beginn eines Jahres korrekte Anfangsbestand von 0 Personen. Dies lässt darauf schließen, dass die aus den Bewegungsstatistiken ermittelte Bevölkerungsbilanz der Nulljährigen überschätzt wurde. Positive Werte stehen für einen rückgerechneten Bestand größer 0 und damit für eine Unterschätzung der Bevölkerungsbilanz.

tät eines Kindes von den Standesämtern nicht als Korrekturmeldung an die Statistik weitergegeben, kommt es zu einer Überschätzung der Zahl ausländischer und einer Untererfassung deutscher Neugeborener in der amtlichen Geburtenstatistik. Dennoch können diese Korrekturen über die Meldeämter und die Einwendungsmöglichkeit von Kommunen gegen die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl aber Eingang in die amtliche Fortschreibung finden.

Wie Tabelle 2 und der darin aufgeführte negative Nulljährigenfehler zeigen, wurde die Bevölkerungsbilanz bei ausländischen unter Einjährigen nicht erst seit 2000, sondern über den gesamten Fortschreibungszeitraum hinweg überschätzt: Er beläuft sich insgesamt auf etwa ein Drittel des altersspezifischen Fortschreibungsbestandes. Seit 2000 hat sich der absolute Fehler bei dieser Gruppe jedoch deutlich vermindert. Zudem fällt auf, dass der Betrag des Fehlers seitdem in etwa demjenigen bei deutschen Säuglingen entspricht. Deren Nulljährigenfehler ist seit 1998 positiv, die Bevölkerungsbilanz fällt also zu niedrig aus. In der Zusammenschau könnte dies darauf hindeuten, dass Ende der 1990er-Jahre generell Verbesserungen bei der Erfassung von Nulljährigen erzielt werden konnten, seit Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts aber teilweise noch Kinder als ausländisch an die Statistik gemeldet werden, obwohl sie den Deutschen zuzurechnen wären.

Trotz der großen Verbesserungen ergibt sich über alle 24 Fortschreibungsjahre ein Nulljährigenfehler von insgesamt 82 Tausend Fällen (vgl. Tabelle 2). Zum Ausgleich wurden die Geburteneingabedaten für die Rückrechnung jahres-, kreis-, nationalitäts- und geschlechtsspezifisch um den jeweils ermittelten Fehler korrigiert. Wie schon beim Wanderungsfehler dargelegt, kann natürlich auch der Nulljährigenfehler durch fehlerhafte Verbuchungen in anderen Bewegungsstatistiken entstehen. Die alleinige Realisierung der notwendigen Korrekturen über die Geburten ist für das Rückrechnungsergebnis jedoch unerheblich.

Schritt 6:
Korrigierte Rückrechnung (Runde 3)

In Schritt 6 wurde die in Schritt 2 bereits beschriebene Rückrechnung erneut vorgenommen, und zwar sowohl mit den korrigierten Wegzugseingabedaten aus Schritt 3 als auch mit den korrigierten Geburteneingabedaten aus Schritt 5. Der relative Gesamtwanderungsfehler und der relative Gesamtnulljährigenfehler lagen nach diesem Durchgang auf Landes- und auf Kreisebene bei jeweils 0 %. Der absolute Wanderungsfehler belief sich für Bayern insgesamt noch auf - 1 505 Fälle und variierte auf Kreisebene zwischen - 67 und + 3 Fällen. Das Ziel einer annähernd vollständigen Korrektur der Bevölkerungsbestände wurde somit erreicht.

Abb. 3
Bevölkerungsentwicklung in Bayern laut amtlicher Fortschreibung und Rückrechnung von 1987 bis 2011: Personen mit deutscher Nationalität
in Tausend

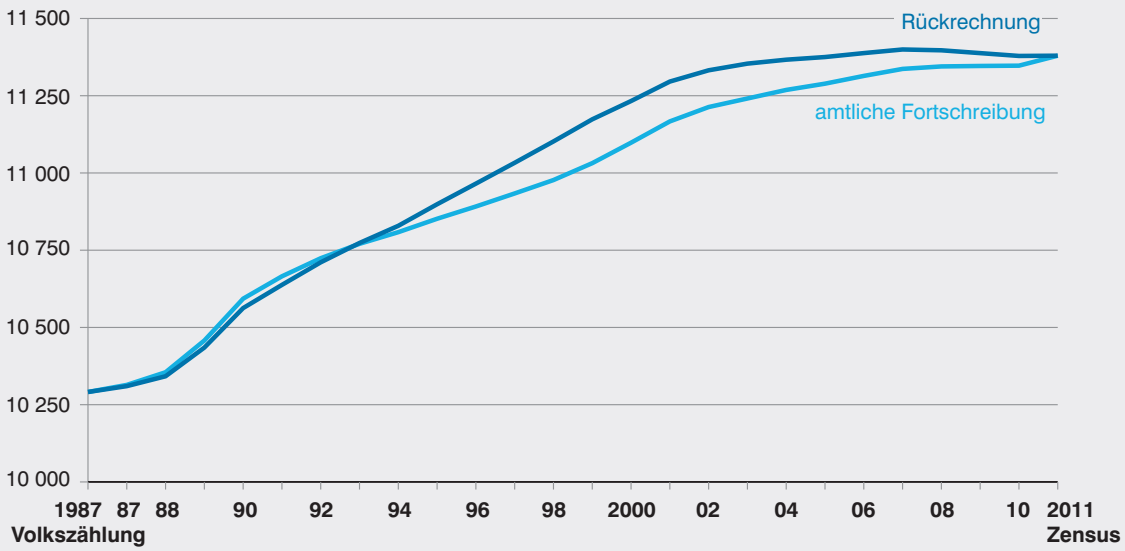
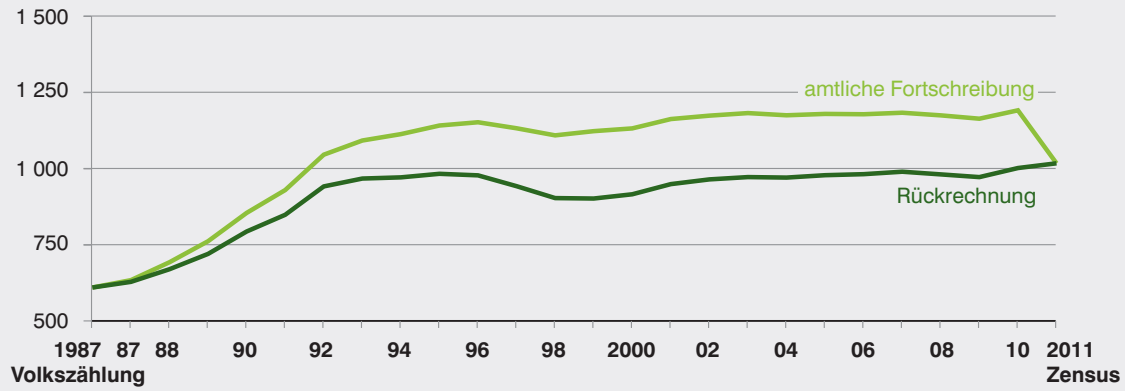


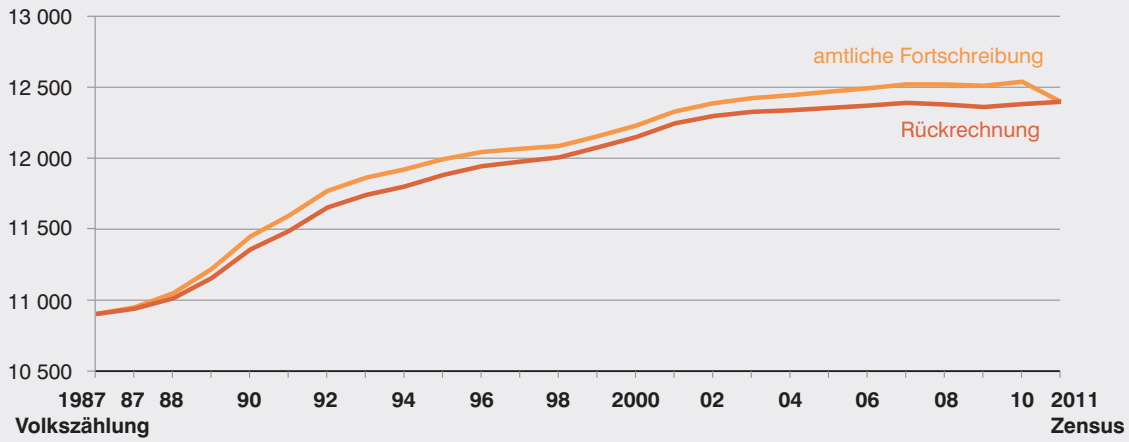
Abb. 4
Bevölkerungsentwicklung in Bayern laut amtlicher Fortschreibung und Rückrechnung von 1987 bis 2011: Personen mit ausländischer Nationalität
in Tausend



Vergleicht man die Ergebnisse der amtlichen Fortschreibung für Bayern mit denen der Rückrechnung, so bleibt die rückgerechnete Bevölkerungsentwicklung der Deutschen zunächst hinter der fortgeschriebenen zurück. Ab 1993 weist die Rückrechnung jedoch höhere Personenbestände aus als die Fortschreibung: Der Abstand zwischen beiden Datenquellen nimmt dabei bis 1999 auf 142 Tausend Personen zu und reduziert sich bis zum Zensus 2011 stetig wieder. (vgl. Abbildung 3)

Wie Abbildung 4 entnommen werden kann, liegt die Ausländerzahl laut Rückrechnung zwischen Ende 1987 und 2010 durchgehend unter der amtlichen Fortschreibung. Der Abstand zwischen beiden Datenquellen steigt dabei bis 1993 auf 220 Tausend Personen und geht bis 2010 nur leicht auf knapp 189 Tausend Personen zurück. Dadurch wird die große Überschätzung des Ausländerbestandes und damit auch des Gesamtbevölkerungsbestandes zum Ende des Fortschreibungszeitraumes, der zum charak-

Abb. 5
Gesamtbevölkerungsentwicklung in Bayern laut amtlicher Fortschreibung und Rückrechnung von 1987 bis 2011
in Tausend



teristischen „Knick“ in der Bevölkerungsentwicklung zwischen Zensusstichtag und Vorjahr führt, sanft korrigiert (vgl. Abbildungen 4 und 5).

3. Welche demographischen Auswirkungen hat die Rückrechnung?

Am Beispiel der Berechnung von altersspezifischen und zusammengefassten Geburtenraten für Bayern soll nun gezeigt werden, welche enormen demographischen Auswirkungen die Verzerrung der Fortschreibung und ihre Korrektur durch die Rückrechnung insbesondere auf die Abschätzung der Fertilität ausländischer Frauen und damit auf einen essentiellen Parameter der Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat.

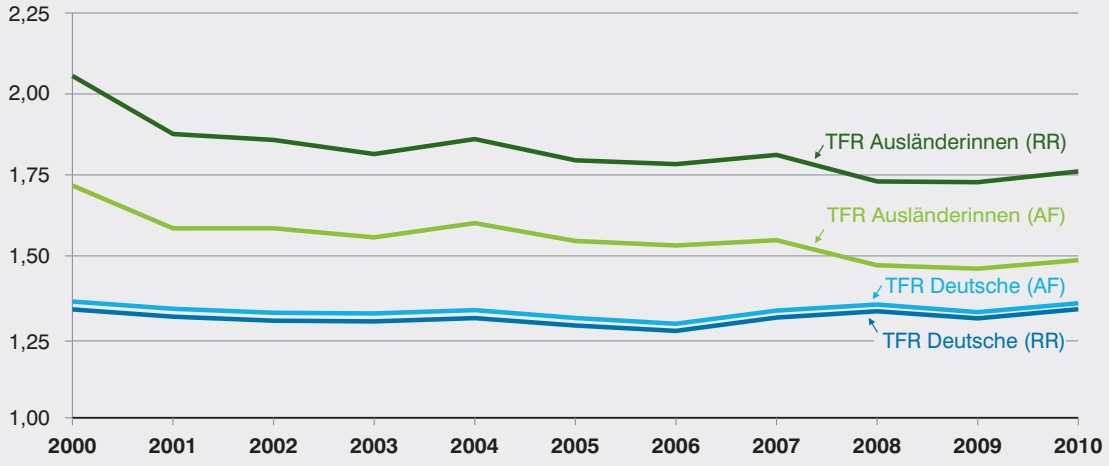
Dazu wurde für die Jahre 2000 bis 2010 die durchschnittliche Zahl der 15- bis 49-jährigen Frauen als arithmetisches Mittel aus Jahresanfangs- und Jahresendbestand bestimmt: zum einen auf Grundlage der amtlichen Fortschreibung, zum anderen auf Basis der Rückrechnungsergebnisse. Diese durchschnittlichen altersspezifischen Bestände der deutschen und ausländischen Frauen wurden auf die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen, die von Müttern im jeweiligen Alter im Laufe des betreffenden Berichtsjahres zur Welt gebracht wurden.[2] Die Summe der altersspezifischen Geburtenraten ergibt die sog. zusammengefasste Geburtenziffer bzw. Total Fertility Rate (TFR). Sie gibt hypothetisch an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden.

Wie Abbildung 6 zeigt, führt die TFR-Berechnung mit den durchschnittlichen Beständen aus der Rückrechnung bei den deutschen Frauen zu einem um durchgängig etwa 0,02 Kinder pro Frau niedrigeren und damit nur marginal geringeren Wert als bei einer Berechnung auf Fortschreibungsbasis. So lag die Geburtenziffer deutscher Frauen im Jahr 2010 beispielsweise nicht bei 1,354 Kindern, sondern bestandsbereinigt nur bei 1,336 Kindern pro Frau. Da deutsche Frauen etwa 90 % aller 15- bis 49-Jährigen in Bayern ausmachen, fiel die Differenz bei der Gesamt-TFR ähnlich gering aus (ohne Abbildung). Bei Vorausberechnungen auf Landesebene, die nicht nach Nationalität differenzieren, könnten also die althergebrachten Raten auf Fortschreibungsbasis weiterhin zur Bildung von Fertilitätsannahmen herangezogen werden.

Betrachtet man aber die zehn Prozent der Frauen im gebährfähigen Alter, die eine ausländische Nationalität haben, ergeben sich gravierende Abweichungen zwischen Fortschreibungs- und Rückrechnungs-TFR: Demnach wurde die Geburtenziffer der Ausländerinnen zwischen 2000 und 2010 um etwa

2 Das Alter der Mutter wurde nicht als Alter zum Zeitpunkt der Geburt (Altersjahrmethode), sondern als Alter zum 31. Dezember im Jahr der Geburt (Geburtsjahrmethode) bestimmt.

Abb. 6
Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer (TFR*) deutscher und ausländischer Frauen in Bayern auf Basis von amtlicher Fortschreibung (AF) und Rückrechnung (RR) von 2000 bis 2010



* Total Fertility Rate.

+0,3 Kinder pro Frau unterschätzt (vgl. Abbildung 6). So lag sie beispielsweise 2010 nicht bei einem Wert von 1,49, sondern laut Rückrechnung bei 1,76 Kindern je Frau.

Da für das Vorausberechnungsmodell eine Regionalisierung angestrebt wird, stellt sich darüber hinaus die Frage, wie sich die Differenzen zwischen der zusammengefassten Geburtenziffer auf Rückrechnungs- und auf Fortschreibungsbasis in den bayerischen Regionen[3] darstellen. Den Karten für die Situation im Jahr 2010 in Abbildung 7 kann entnommen werden, dass die Abstände zwischen den beiden Berechnungen auf Regionsebene bei den deutschen Frauen durchaus variieren: von -0,11 in der Stadt Augsburg bis +0,04 in der Stadt Nürnberg, während für den gesamten Freistaat eine Abweichung von -0,02 ermittelt wurde. Das heißt, dass die Verwendung von Rückrechnungswerten bei der Parameterspezifikation auch bei regionalisierten Vorausberechnungsmodellen ohne Nationalitätsdifferenzierung durchaus in Betracht gezogen werden sollte. Wenn eine derartige Gruppenabgrenzung vorgenommen wird, ist die Nutzung korrigierter Indikatoren auf regionaler Ebene sogar unumgänglich, wie die datenquellenbedingten TFR-Differenzen für die ausländischen Frauen zeigen: Sie schwanken zwischen +0,07 in der Stadt Nürnberg und +0,61 in der Region Oberpfalz-Nord bei einem Bayern-Wert von +0,27 (vgl. Abbildung 7).

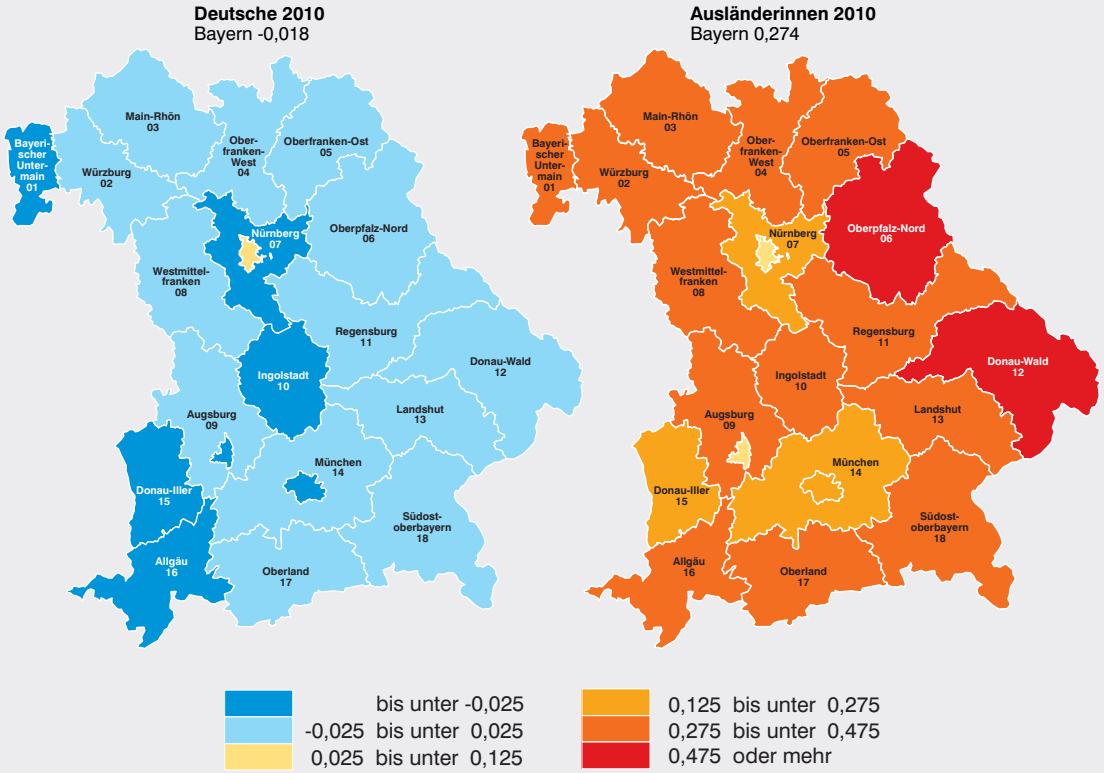
Doch nicht nur die Gesamtfertilität von Ausländerinnen wird durch die Bestandskorrektur beeinflusst, sondern auch die altersspezifischen Raten (vgl. Abbildung 8). Während bei deutschen Frauen beispielsweise im Jahr 2010 quasi keine altersstrukturellen Unterschiede festgestellt werden können, war die Fertilität unter den 20- bis 33-jährigen Ausländerinnen deutlich höher als die Berechnung auf Basis der Fortschreibung vermuten ließ. Interessant ist weiterhin, dass die nationalitätsspezifischen Altersverteilungen jenseits eines Alters von 30 Jahren auf Rückrechnungsbasis quasi identisch sind. Das heißt, dass Ausländerinnen 2010 in höheren fertilen Altersjahren eben nicht – wie fortschreibungsbedingt bisher angenommen – weniger Kinder geboren haben als deutsche Frauen, sondern eigentlich ein ähnliches Geburtenverhalten an den Tag legten.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Die Notwendigkeit der Erstellung einer differenzierten, regionalisierten Rückrechnung des Zensus 2011 auf die Volkszählung 1987 ergibt sich aus dem Datenbedarf für die Modellspezifikation der Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern: Während der Zensus 2011 die für die Aktualisierung der Vorausberechnung benötigten Informationen zur Ausgangsbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund enthält, müssen die Bewegungsparameter für das Kohorten-Komponentenmodell auf Grundlage der amtlichen Be-

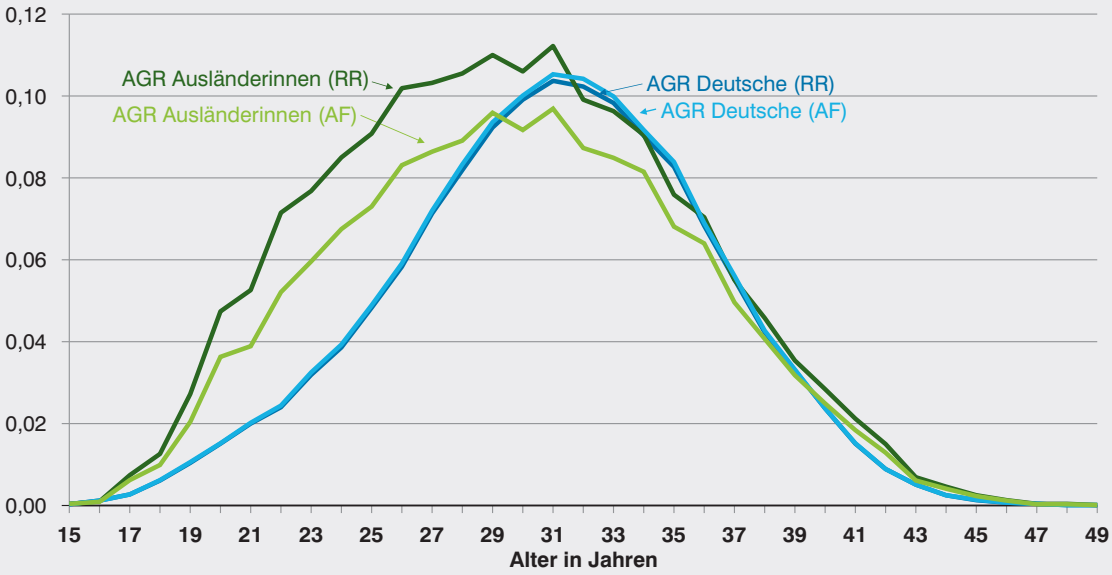
3 Für die Regionalisierung des Modells wurden auf Basis der kreisscharfen Raumordnungssystematik für Bayern 21 Regionen gebildet: Dazu wurden aus den 3 Ballungsraumregionen unter den insgesamt 18 Planungsregionen die Stadtkreise München, Nürnberg und Augsburg ausgegliedert und als gesonderte Einheiten behandelt.

Abb. 7
Datenbasisbedingte TFR*-Differenzen deutscher und ausländischer Frauen in den bayerischen Regionen für das Jahr 2010



* Total Fertility Rate.

Abb. 8
Altersspezifische Geburtenraten (AGR) deutscher und ausländischer Frauen in Bayern für das Jahr 2010 auf Basis von amtlicher Fortschreibung (AF) und Rückrechnung (RR)



völkerungsstatistiken näherungsweise unter Zuhilfenahme des Merkmals Nationalität bestimmt werden. Zwar hat der Zensus 2011 die amtliche Einwohnerzahl – regional höchst unterschiedlich und insbesondere in den Ausländerkohorten – deutlich nach unten korrigiert. Für die Jahre 2007 bis 2010 der Basisperiode der Vorausberechnung liegen jedoch nur unbereinigte Bevölkerungsbestandsdaten vor, sodass sich die durch den Fortschreibungsfehler verursachten Verzerrungen der regions-, alters-, geschlechts- und nationalitätsspezifischen Bewegungsparameter in die Zukunft kumulieren würden. Die Rückrechnung des Zensus 2011 auf die Volkszählung 1987 dient der Korrektur dieser Verzerrungen.

Das dazu erarbeitete Rückrechnungsmodell bereinigt die Fortschreibungsbestände 1987 bis 2010 der Bevölkerung nach Einzelaltersjahren, Geschlecht und Nationalität auf Kreisebene in sechs Arbeitsschritten um den jeweiligen jahresspezifischen wanderungs- und geburtenbedingten Fortschreibungsfehler:

1. Datenaufbereitung der jährlichen Bewegungsdaten, des Zensus 2011 und der Volkszählung 1987
2. Rückrechnung durch wiederholte jährliche alterungssensible Verrechnung der Bewegungs- mit den Ausgangsdaten
3. Bestimmung des Wanderungsfehlers als Differenz aus Rückrechnungs- und Volkszählungsbestand 1987
4. Erneute Rückrechnung mit um den Wanderungsfehler korrigierten Eingabedaten
5. Bestimmung des Nulljährigenfehlers als jährliche Abweichung des altersspezifischen Bestandes zum 1. Januar vom Zielwert 0
6. Erneute Rückrechnung mit um den Wanderungs- und den Nulljährigenfehler korrigierten Eingabedaten

Im Ergebnis nivelliert die Rückrechnung den „Zensus-Knick“ und bereinigt im Zeitverlauf insbesondere die Entwicklung der Ausländerbestände.

Am Beispiel der Berechnung von altersspezifischen und zusammengefassten Geburtenraten für Bayern und seine Regionen wurde gezeigt, welche enormen demographischen Auswirkungen die Verzerrung der Fortschreibung und ihre Korrektur durch die Rückrechnung auf die Abschätzung der Fertilität ausländischer Frauen hat. Ohne die Korrektur dieses Parameters, aber auch der anderen Bewegungskomponenten, würde das Potential der Zensus-Stichprobe, die durch ihre schiere Größe erstmals eine weitergehende Regionalisierung des Vorausberechnungsmodells der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erlaubt, durch verzerrte Bevölkerungsentwicklungen in den sozialstrukturell und räumlich abgegrenzten Vorausberechnungskohorten teilweise wieder verspielt. Daher werden die notwendigen Berechnungen und Schätzungen fortan auf Basis rückrechnungskorrigierter Parameter vorgenommen.

In nachfolgenden Beiträgen in „Bayern in Zahlen“ werden die weiteren methodischen Vorbereitungsschritte der Modellspezifikation der Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beschrieben. Der nächste Artikel wird sich speziell mit der Definition und Operationalisierung des Merkmals Migrationshintergrund in der Zensus-Haushaltsstichprobe 2011 im Unterschied zur bisherigen Datenbasis des Mikrozensus sowie den daraus resultierenden Konsequenzen für die Differenzierungsalternativen der Vorausberechnung auseinandersetzen.

Literatur

Dinkel, Reiner Hans (1989), Demographie. Band 1. Bevölkerungsdynamik. München.

Engelhardt, Henriette (2011), Einführung in die Bevölkerungswissenschaft und Demographie. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 42. Würzburg.

LfStaD Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2013), Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2024. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 545. München.

StBA Statistisches Bundesamt (2013), Zensus 2011. Ausgewählte Ergebnisse. Tabellenband zur Pressekonferenz am 31. Mai 2013 in Berlin. Wiesbaden.

Bildnachweise Abbildung 2:
© Galina Barskaya – fotolia.com
© M.Rosenwirth – fotolia.com
© babimu – fotolia.com
© kolotype – fotolia.com
© Franz Pfluegl – fotolia.com

Gastbeitrag*

Zensus 2011 Ermittlung der Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen

Präsident a. D. Karlheinz Anding, Dr. Michael Fürnrohr

Mit großem zeitlichem Abstand zu den letzten Volkszählungen in den alten Bundesländern im Jahr 1987 und in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Jahr 1981 wurde zum Stichtag 9. Mai 2011 der Zensus 2011 durchgeführt. Dabei wurde ein grundlegender Methodenwechsel weg von der vollständigen Datenbeschaffung durch primärstatistische Vollerhebungen hin zur Verwendung von Verwaltungsdaten, soweit solche in geeigneter Form zur Verfügung standen, vollzogen. Das völlig neue Verfahren hat die amtliche Statistik vor eine Vielzahl von Herausforderungen gestellt und einen umfangreichen Erläuterungsbedarf begründet. Der Beitrag stellt rechtliche Grundlagen und grundlegendes Wissen zur Ermittlung der Einwohnerzahlen beim Zensus 2011 dar und geht auf vorgebrachte Kritikpunkte ein.

1. Einleitung

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde mit dem registergestützten Zensus 2011 in Deutschland eine Volkszählung durchgeführt, mit der Basisdaten zu Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wohnsituation aktualisiert wurden. Die letzten Volkszählungen davor fanden statt in den alten Bundesländern im Jahr 1987, in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Jahr 1981.

Mit dem registergestützten Zensus 2011 hat die amtliche Statistik in Deutschland einen grundlegenden Methodenwechsel vollzogen. Während frühere Volkszählungen für alle Erhebungseinheiten (Personen, Haushalte, Gebäude und Wohnungen) vollständig in Form einer primärstatistischen Vollerhebung (Befragung) bei den jeweiligen Auskunftspflichtigen durchgeführt wurden, griff der registergestützte Zensus 2011 soweit möglich auf vorhandene Verwaltungsdaten, in erster Linie auf die Melderegister der Gemeinden und die erwerbsstatistischen Register der Arbeitsverwaltung und der öffentlichen Arbeitgeber zurück. Primärstatistische Vollerhebungen wurden dort durchgeführt, wo keine geeigneten Verwaltungsregister existieren (Gebäude, Wohnungen) oder wo diese nicht den Anforderungen an die statistischen Qualitätsmaßstäbe genügen (z. B. bei der Einwohnerzahl in bestimmten Gemeinschafts- und Anstaltseinrichtungen). Zur Korrektur der Verwaltungsregisterdaten war außerdem eine primärstatistische Stichprobenerhebung der privaten Haushalte notwendig.

Die Methodik des registergestützten Zensus 2011 ist in ihren Einzelheiten und Verästelungen außerordentlich komplex und schwierig. Konsequenz ist ein umfangreicher fachlicher Erklärungsbedarf insbesondere bei Nichtstatistikern. Ziel dieser Veröffentlichung ist eine Erläuterung der fachlichen Grund-

* Dieser Gastbeitrag unseres ehemaligen Präsidenten, Herrn Karlheinz Anding, und unseres Abteilungsdirektors, Herrn Dr. Michael Fürnrohr, ist mit gleichem Titel in der Reihe der Zeitschrift „Bayerische Verwaltungsblätter“ (BayVBl.), Heft 23/2014 erschienen. Er wird hier mit freundlicher Genehmigung der beiden Autoren sowie der BayVBl.-Redaktion und des Boorberg-Verlags abgedruckt.

lagen und Zusammenhänge, deren Verständnis vor allem für die anstehende juristische Aufarbeitung der Thematik im Rahmen von Verwaltungsstreitverfahren nützlich sein kann. Juristische Ausführungen werden deshalb auf Grundlagen und Hinweise beschränkt.

Die fachlichen Ausführungen werden auf die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen konzentriert, die derzeit im Fokus des öffentlichen Interesses stehen. Die amtliche Einwohnerzahl hat eine Vielzahl von unmittelbaren Auswirkungen auf Gebietskörperschaften, auch mit direkten finanziellen Folgen. Die festgestellten amtlichen Einwohnerzahlen sind nicht nur einmalig für die Ergebnisse zum Zensusstichtag von Bedeutung. Sie bilden vielmehr die Grundlage für die Bevölkerungsfortschreibung, mit der zwischen den Zensen in regelmäßigen Abständen die amtliche Einwohnerzahl für Bund, Länder und Gemeinden nachgewiesen wird. Die amtliche Einwohnerzahl wird in 45 Bundes- und Landesgesetzen und -verordnungen als eine wichtige Bemessungsgrundlage verwendet. Sie ist unter anderem die Richtgröße für den Länderfinanzausgleich, für die Wahlkreiseinteilung und dient der Berechnung der Stimmen der Länder im Bundesrat. Auf Ebene der Städte und Gemeinden beeinflusst die Einwohnerzahl beispielsweise die Höhe der Schlüsselzuweisung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, die Sitze in den Vertretungen der kommunalen Gebietskörperschaften oder die Besoldung der Bürgermeister.

Seit dem 31. Mai 2013 liegen die Ergebnisse zu den Einwohnerzahlen aus dem Zensus 2011 vor. Insgesamt musste die Einwohnerzahl Bayerns im Vergleich zur Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Volkszählung 1987 um 152 519 Einwohner nach unten korrigiert werden. Für die amtliche Statistik in Bayern war dieses Ergebnis nicht unerwartet. Das nicht immer gesetzeskonforme Meldeverhalten der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch beim Fortzug von Ausländern in ihre Heimatländer ohne behördliche Abmeldung, hat zusammen mit anderen Ursachen zu einer gewissen Über- und Untererfassung geführt. Eine Rolle hat sicherlich auch die Tatsache gespielt, dass die letzte „Inventur“ der Einwohnerzahlen durch eine Zählung 24 Jahre zurückliegt. Entsprechend ergaben sich Verschiebungen bei den Einwohnerzahlen der Städte und Gemeinden. So konnten 727 Gemeinden einen Einwohnerzuwachs oder eine gleichbleibende Einwohnerzahl verbuchen. Bei 1 329 Gemeinden mussten hingegen die Einwohnerzahlen nach unten korrigiert werden.

Die amtliche Einwohnerzahl wird in Bayern auf der Grundlage der Zensusergebnisse durch Verwaltungsakt festgestellt. Angesichts der Folgen, vor allem in finanzieller Hinsicht, verwundert es nicht, dass die Methodik zur Ermittlung der Einwohnerzahl beim Zensus 2011 im Rahmen eines Anhörverfahrens, das Teil des Verwaltungsverfahrens zur Feststellung der Einwohnerzahlen war, von den Kommunen kritisch hinterfragt wurde. Hauptkritikpunkte waren „Intransparenz des Verfahrens“, „Ungleichbehandlung großer und kleiner Gemeinden“ sowie „Nichteinhaltung gesetzlich vorgegebener Qualitätsvorgaben“. Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung konnte bei 85 Städten und Gemeinden die Bedenken ausräumen. 54 Städte und Gemeinden haben gegen die durch Bescheid festgesetzte Einwohnerzahl Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht eingereicht.

Im Folgenden soll zunächst die Entwicklung in Deutschland von der letzten traditionellen Volkszählung im Jahr 1987 bis hin zum registergestützten Zensus 2011 nachgezeichnet werden. Dem schließt sich eine Beschreibung der Grundzüge des Verfahrens zur Ermittlung der Einwohnerzahlen beim Zensus 2011 an. Schließlich wird auf die wichtigsten der von den Städten und Gemeinden vorgebrachten Kritikpunkte eingegangen.

2. Vom Volkszählungsurteil zum registergestützten Zensus 2011

2.1 Rechtliche Grundlagen

Zur Vorbereitung des Zensus hat der Bundesgesetzgeber folgende Gesetze erlassen:

- Zensustestgesetz vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1882),
- Zensusvorbereitungsgesetz 2011 vom 8. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2808), das durch Art. 3 des Gesetzes vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781) geändert worden ist.

Nationale rechtliche Grundlagen für die Durchführung des registergestützten Zensus in Deutschland sind

- das Zensusgesetz 2011 vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781),
- die „Stichprobenverordnung Zensusgesetz 2011 vom 25. Juni 2010 (BGBl. I S. 830)“,
- die Ausführungsgesetze der Länder, in Bayern das Bayerische Statistikgesetz (BayStatG) vom 10. August 1990, zuletzt geändert am 8. April 2013 (GVBl. 2013, S. 174).

Mit der Durchführung des Zensus 2011 kam Deutschland der Verordnung der EU 763/2008 vom 9. Juli 2008 nach, die allen Mitgliedsländern für 2010/2011 und künftig alle 10 Jahre die Durchführung einer Volks- und Gebäude- und Wohnungszählung verbindlich vorschreibt.

Für das Verständnis der nationalen rechtlichen Grundlagen und die darin realisierte Erhebungskonzeption ist zunächst ein Blick auf das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig.

2.2 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung 1983

Am 27. April 1983 sollte in Deutschland eine Volkszählung durchgeführt werden. Die geplante Befragung jedes einzelnen Volljährigen unter anderem über Wohnsituation und Erwerbstätigkeit durch Zähler führte im Vorfeld der Zählung zu erheblichen Akzeptanzproblemen bei der Bevölkerung. Vielfältige Protestaktionen, die Gründung von Volkszählungsboykott-Initiativen und Slogans wie „Nur Schafe lassen sich zählen“ spiegelten ein zunehmendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Sammlung persönlicher Daten durch staatliche Organe wider. Aufgrund einer Verfassungsbeschwerde durch Volkszählungsgegner stoppte das Bundesverfassungsgericht am 13. April 1983 durch einstweilige Verfügung die geplante Volkszählung. In der Hauptsacheentscheidung, dem sogenannten Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65,1), formulierte das Bundesverfassungsgericht nicht nur das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, sondern auch weitere Leitsätze in Hinblick auf die Erhebung, Speicherung und Nutzung von persönlichen Daten. Die geplante Volkszählung wurde schließlich 1987 in verfassungskonformer Form durchgeführt.

Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber aufgefordert, bei der Planung künftiger Zensen auch „weichere Mittel“ als die vollständige Erhebung aller Bürgerinnen und Bürger durch Zähler zu prüfen. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts heißt es: „…dass sich der Gesetzgeber vor künftigen Entscheidungen für eine Erhebung erneut mit dem dann erreichten Stand der Methodendiskussion auseinandersetzen muss, um festzustellen, ob und in welchem Umfang die herkömmlichen Methoden der Informationserhebung und -verarbeitung beibehalten werden können. Die Methoden der amtlichen Statistik und der Sozialforschung entwickeln sich stetig weiter. Diese Entwicklung darf der Gesetzgeber nicht unberücksichtigt lassen (...). Ebenso muss er bei der Anordnung einer statistischen Erhebung anhand des erreichbaren Materials prüfen, ob eine Totalerhebung trotz einer inzwischen fortgeschrittenen Entwicklung der statistischen und sozialwissenschaftlichen Methoden noch verhältnismäßig ist. Es reicht insoweit zur Begründung nicht aus, lediglich darauf zu verweisen, dass Volkszählungen schon immer in Form von Totalerhebungen durchgeführt worden seien.“

2.3 Die gemeinschaftsweite Zensusrunde 2001

Mitte der neunziger Jahre stellte die Europäische Union (EU) Überlegungen zu einem gemeinschaftsweiten Zensus zur Jahrtausendwende in allen Mitgliedsstaaten an. Mit der Vorlage eines Verordnungsentwurfes des Statistischen Amts der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) im Frühjahr 1996 rückte das Thema „Volkszählung“ auch in Deutschland in die Diskussion. Nur wenige Monate später, im Sommer 1996, entschied die Bundesregierung, dass in Deutschland aus Kosten- und Akzeptanzgründen, aber letztlich auch aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, keine herkömmliche Vollerhebung durchgeführt wird. Der Verzicht auf die direkte Befragung von Bürgern bedeutete letztlich, dass die benötigten Daten in der Form eines registergestützten Zensus, also durch vollständige oder teilweise Nutzung von Verwaltungsregistern, erhoben werden sollen. Dass es möglich war, einen registergestützten Zensus durchzuführen, haben bereits

Tab. 1 **Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung laut Melderegister (MR) sowie festgestellte Über- und Untererfassungen nach Gemeindegrößenklassen (Ergebnisse des Zensustests 2001)**

Gemeindegrößenklasse	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung					
	Personen im MR	Karteileichen		Fehlbestände		Bereinigte MR-Daten
	1 000	1 000	%	1 000	%	1 000
Gemeinden mit … Einwohnern						
unter 10 000	22 947,5	459,5	*2,0*	303,6	*1,3*	22 791,6
von 10 000 bis unter 50 000	26 112,7	643,4	*2,5*	348,4	*1,3*	28 817,7
von 50 000 bis unter 800 000	23 944,5	801,6	*3,4*	509,3	*2,1*	23 652,2
800 000 oder mehr	6 980,2	416,3	*6,0*	207,1	*3,0*	6 771,0
Deutschland	79 984,9	2 320,8	*2,9*	1 368,4	*1,7*	79 032,5

in den 1990er-Jahren die skandinavischen Länder bewiesen. In Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark wurde bereits ein vollständig bzw. teilweise registergestütztes Verfahren zur Ermittlung der Einwohnerzahlen eingesetzt.[1]

In erster Linie auf Drängen Deutschlands sah die EU schließlich von einer rechtsverbindlichen Verordnung ab und legte stattdessen im November 1997 in Form eines „Gentlemen's Agreement" unverbindliche „Leitlinien für das gemeinschaftliche Programm der Volks- und Wohnungszählungen im Jahre 2001" vor. In der Folgezeit wurde eine intensive und auch kontroverse Diskussion um die Machbarkeit und Ausgestaltung eines registergestützten Zensus in Deutschland geführt. Schließlich entschied im März 1999 die Bundesregierung, zum einen auf eine Teilnahme an der EU-weiten Zensusrunde 2001 zu verzichten und die Datenanforderungen der EU soweit möglich aus laufenden Statistiken zu erfüllen. Zum anderen sollte im Rahmen eines Zensustests die Tauglichkeit der Melderegister für statistische Auswertungen sowie weitere Verfahrenselemente eines registergestützten Zensusmodells getestet werden.

2.4 Der Zensustest

Mit dem Gesetz zur Erprobung eines registergestützten Zensus vom 27. Juli 2001 hat der Gesetzgeber bundesweit durchzuführende Tests angeordnet. Dazu wurden die Daten der Einwohnermelderegister mit den Ergebnissen verschiedener Interviewerbefragungen und einer postalisch durchgeführten Gebäude- und Wohnungsstichprobe verglichen und ausgewertet. Die Überprüfung der Qualität der Melderegister, die als vornehmliche Quelle alle Einwohnerinnen und Einwohner auf Gemeindeebene erfassen sollte (Registertest), war neben der Bewertung von verschiedenen statistischen Verfahren (Verfahrenstest) und der Mehrfachfallprüfung ein wesentliches Ziel. In Deutschland wurden für den Registertest 555 Gemeinden mit 37 961 Anschriften, bei der Gebäude- und Wohnungszählung 15 673 Anschriften und für den Verfahrenstest 230 Gemeinden ausgewählt.

An die Qualität der Einwohnerzahlen sind schon aufgrund der erheblichen finanziellen Auswirkungen besonders hohe Anforderungen zu stellen. Die Ergebnisse des Zensustests zeigten, dass ein bloßes Auszählen der Melderegister diesem Qualitätspostulat nicht gerecht wird. Bundesweit wiesen die Melderegister etwa 2,3 Millionen Übererfassungen (Karteileichen), also Personen, die an einer Anschrift gemeldet, aber dort nicht wohnhaft waren, auf. Im Gegenzug wurden knapp 1,4 Millionen Untererfassungen (Fehlbestände), also Personen, die an einer Anschrift wohnhaft, aber dort nicht gemeldet waren, festgestellt.

Des Weiteren ergab der Zensustest, dass die Anzahl der Über- und Untererfassungen in kleineren Gemeinden geringer ausfällt als in größeren Gemeinden. Während der Zensustest für Gemeinden unter 10 000 Einwohnern eine Karteileichenquote von 2,0 % in den Melderegistern ermittelte, waren es in Gemeinden mit 800 000 und mehr Einwohnern bereits 6,0 %. Ebenso verhielt es sich bei den Fehlbeständen. Der Maximalwert von 3,0 % wurde in Gemeinden mit 800 000 oder mehr Einwohnern erreicht, während es in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern lediglich 1,3 % waren. Die Qualität der Melderegisterdaten hängt folglich mit der Gemeindegröße zusammen (vgl. Tabelle 1).

1 Vgl. Forster: Die Zukunft der Volkszählung in Deutschland. Traditionelle Zählung oder registergestützter Zensus?, in: Statistische Analysen und Studien NRW 4/2001, S.16.

2.5 Die Entscheidung für das registergestützte Zensusverfahren

In ihren Empfehlungen zur Durchführung eines Zensus kam die amtliche Statistik zu dem Schluss, dass die Melderegister zwar grundsätzlich als Basis zur Ermittlung der Einwohnerzahlen geeignet sind, zur Sicherstellung einer hohen Ergebnisqualität aber zusätzliche Maßnahmen, insbesondere primärstatistische Erhebungen, erforderlich sind.

Letztendlich ließ sich das Spannungsfeld aus dem im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts geforderten „milderen Mittel“ und den Kostenvorteilen eines registergestützten Zensusmodells einerseits und den zwingend hohen Qualitätsansprüchen an die Zensusergebnisse andererseits nur durch einen komplexen Ansatz lösen.

3. Ermittlung der Einwohnerzahlen beim Zensus 2011

Die Ausgangsbasis für die Ermittlung der Einwohnerzahl ist zunächst unabhängig von der Gemeindegröße für alle Kommunen in Deutschland gleich, sie wird durch die kommunalen Melderegister gebildet, für bestimmte Sonderbereiche wird allerdings eine Erhebung durchgeführt.

Karteileichen und Fehlbestände werden mithilfe der im Zensusgesetz geregelten Erhebungen und Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Zensusergebnisse (Verfahren nach §§ 7, 8 und §§ 15,16 ZensG 2011) ermittelt und statistisch korrigiert. Hierzu sieht das Zensusgesetz 2011 ein gestuftes Vorgehen vor, das sich in seinen beiden letzten Stufen nach Gemeindegrößenklassen unterscheidet. Dabei wird aufgrund der Erfahrungen des Zensustests 2001 differenziert nach Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern. Im Folgenden werden die Grundzüge des Vorgehens beschrieben (vgl. Abbildung).

3.1 Schritt 1: Registerdaten

Die Meldebehörden waren laut § 3 ZensG 2011 verpflichtet, die Personendatensätze aus den Melderegistern zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, und zum 9. August 2011 an die jeweiligen Landesämter zu liefern. Die zweite Datenlieferung war notwendig, um temporäre Mehrfachfälle, also Personen, die sich erst im Nachhinein in der jeweiligen Gemeinde ab- oder anmelden, zu erfassen. Der Zensustest 2001 hatte gezeigt, dass die gesetzliche Meldepflicht oft überschritten wird und der Großteil der Anmeldungen in den ersten drei Monaten nach dem Umzug erfolgt. Bei der zweimaligen Lieferung der Melderegisterdaten handelte es sich also um eine qualitätssichernde Maßnahme, in welcher schon die ersten Korrekturen der stichtagsrelevanten Daten erfolgte. Dadurch entstand der sogenannte konsolidierte Melderegisterbestand, der um die stichtagsrelevanten Zuzüge in den jeweiligen Gemeinden erweitert wurde, welche im Zeitraum von drei Monaten erfolgten.

3.2 Schritt 2: Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen (§ 8 ZensG 2011)

Sonderbereiche sind laut § 2 Abs. 5 Satz 1 und 2 ZensG 2011 definiert als „Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Unterkünfte, die in der Regel der längerfristigen Unterbringung und Versorgung von Personen mit einem spezifischen Unterbringungsbedarf dienen“. Bei dieser Wohnungsart wurde bereits bei der Volkszählung 1987 und durch weitere nicht repräsentative Untersuchungen eine hohe Anzahl von Über- und Untererfassungen in den Melderegistern festgestellt. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber festgelegt, dass Personen an Anschriften mit Sonderbereichen durch eine Vollerhebung erfasst werden sollen, um eine ausreichende Qualität der Ergebnisse zu gewährleisten. Eine Abstufung der Gemeinschaftsunterkünfte in sensible und nichtsensible Bereiche wurde vorgenommen.

Bei sensiblen Sonderbereichen handelt es sich um Einrichtungen, in welchen nach § 2 Abs. 5 Satz 4 ZensG 2011 „die Information über die Zugehörigkeit für Betroffene die Gefahr einer sozialen Benachteiligung hervorrufen könnte“, so etwa Justizvollzugsanstalten oder psychiatrische Einrichtungen. In diesen Fällen erfolgte die Erhebung über die Einrichtungsleitung, während die Bewohner nichtsensibler Sonderbereiche (z. B. Klöster oder Studentenwohnheime) in der Regel selbst befragt wurden.

3.3 Schritt 3: Mehrfachfalluntersuchung (§ 15 ZensG 2011)

Die Melderegister werden in Deutschland dezentral auf der kommunalen Ebene geführt. Es kann deshalb vorkommen, dass Personen in mehreren Melderegistern unterschiedlicher Gemeinden mit alleinigem Wohnsitz oder mit Hauptwohnsitz gemeldet sind. Die Folge wären unzulässige Mehrfachzählungen. Um diese zu vermeiden, prüfte „das Statistische Bundesamt (…) anhand der von den Meldebehörden übermittelten Daten, ob Personen mit mehr als einer alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung (Mehrfachfälle) oder nur mit Nebenwohnung gemeldet sind“.[2] Die Mehrfachfälle in den Melderegistern wurden erfasst und bereinigt, sodass für jede Person zum Stichtag 9. Mai 2011 nur eine Hauptwohnung vorlag. Um die Register von den gefundenen Mehrfachfällen zu bereinigen, wurden zwei unterschiedliche Verfahren durchgeführt.

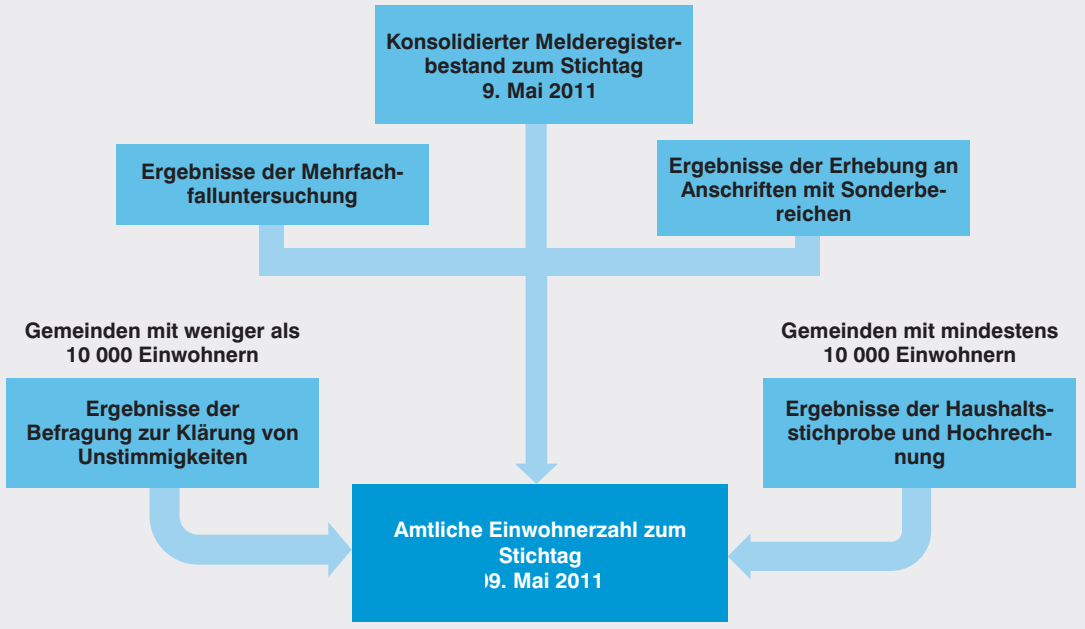
In Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern wurden die Mehrfachfälle maschinell bereinigt. Diejenige Anschrift mit dem älteren Einzugsdatum wurde hierbei gelöscht. Die dort gemeldeten Personen wurden in der Gemeinde als Übererfassungen verbucht und von der Einwohnerzahl abgezogen. Bei mehreren Hauptwohnungen in mindestens einer Gemeinde mit weniger als 1 000 Einwohnern oder bei alleinigem Nebenwohnsitz wurde dagegen primärstatistisch, mithilfe einer postalischen Befragung vorgegangen. Durch diese Methode konnte sichergestellt werden, dass Personen nur am Ort ihrer alleinigen bzw. Hauptwohnung gezählt wurden.

3.4 Schritt 4a: Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten (§ 16 ZensG 2011)

Der Zensustest 2001 hatte gezeigt, dass die Über- und Untererfassungen in kleinen Gemeinden tendenziell geringer ausfallen als in großen Gemeinden. Der Grund hierfür ist, dass die Fluktuationsrate der Bevölkerung mit der Gemeindegröße zusammenhängt, das heißt es gibt in kleineren Gemeinden eine geringere Anzahl von Zu- und Fortzügen und damit auch weniger Fehlerquellen. Dennoch ist die Qualität der Melderegisterdaten auch in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern nicht ausreichend, um diese als alleinige Quelle zur Ermittlung der Einwohnerzahlen heranzuziehen. Die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten prüfte die Inkonsistenzen bezüglich der Angaben der Melderegisterdaten und der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung, welche alle Gebäude mit Wohnraum

2 Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011, § 15 ZensG 2011.

Abb.
Verfahren zur Ermittlung der Einwohnerzahlen beim Zensus 2011



zum Stichtag 9. Mai 2011 erfasste. An Anschriften mit nur einer bewohnten Wohnung (in der Regel Einfamilienhäuser), an welchen die Personendaten der beiden Datengrundlagen nicht übereinstimmten, wurde eine postalische Befragung durchgeführt, um die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort festzustellen.

3.5 Schritt 4b: Haushaltsstichprobe (§ 7 ZensG 2011 und Stichprobenverordnung ZensG 2011)

Dagegen wurde in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern zur Qualitätssicherung eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis (Haushaltsstichprobe) durchgeführt. Mithilfe eines mathematisch-statistischen Zufallsverfahrens wurden Anschriften ausgewählt und alle Personen, die am 9. Mai 2011 dort wohnhaft waren, von Interviewern befragt. Insgesamt nahmen bundesdurchschnittlich rund 9,6 % der Bevölkerung in Deutschland an dieser Befragung teil, wobei das Stichprobenmodell lokal durchaus unterschiedliche Stichprobenumfänge vorsah. Insgesamt blieb der erhobene Stichprobenumfang bundesdurchschnittlich unter dem vom Gesetzgeber in § 7 ZensG festgelegten Maximalwert von 10 Prozent der Bevölkerung. Neben der Ermittlung der korrekten Einwohnerzahl zum Stichtag wurden mithilfe der Haushaltsstichprobe diverse andere Merkmale erhoben, die nicht oder nicht ausreichend in Registern vorlagen, z. B. Schul- oder Berufsabschlüsse. Die auf Basis der Stichprobe ermittelten Ergebnisse wurden mittels eines mathematischen Verfahrens auf die gesamte Gemeinde hochgerechnet, vergleichbar etwa mit dem Vorgehen bei Wahlprognosen. Durch dieses komplexe Verfahren war es möglich, die Belastung für die Bevölkerung zu minimieren und gleichzeitig eine verlässliche Datengrundlage für die Ermittlung der Einwohnerzahlen in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern zu schaffen.

4. Kritikpunkte

4.1 Weniger in Deutschland lebende Personen als laut Fortschreibung angenommen

Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 lebten in Deutschland am 9. Mai 2011 rund 80,2 Millionen Menschen. Dies sind etwa 1,5 Millionen (1,85 %) weniger als durch die auf der Volkszählung 1987 basierende Bevölkerungsfortschreibung zum 30. April 2011 nachgewiesen wurden.

Bereits in früheren Volkszählungen hat sich gezeigt, dass die durch die Fortschreibung ermittelten Einwohnerzahlen im Zeitraum zwischen zwei Volkszählungen tendenziell überschätzt werden. So betrug die Bevölkerungsveränderung zwischen Fortschreibung und Volkszählung 1987 in Bayern -1,20 %, während sich diese Zahl 2011 nur geringfügig auf -1,21 % veränderte. 1987 lebten somit 132 468 Personen weniger in Bayern als von der Fortschreibung angenommen. Beim Zensus 2011 hat die Differenz zwischen Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 und Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 zum 31. Dezember 2011 152 519 Personen betragen (vgl. Tabelle 2).

4.2 Intransparenz des Verfahrens

Einer der häufigsten Kritikpunkte am Zensusmodell betrifft die Komplexität des Verfahrens und damit zusammenhängend die für den statistischen Laien fehlende Nachvollziehbarkeit. Durch die verschiedenen Qualitätssicherungsschritte sei es wenig ersichtlich, wie die Zahlen zustande gekommen sind. Insbesondere die Haushaltsstichprobe und das damit verbundene Hochrechnungsverfahren werden immer wieder kritisiert.

Tab. 2 **Abweichungen zwischen fortgeschriebener und durch Zensus ermittelter Einwohnerzahlen 1987 und 2011**

Gemeindegrößenklasse	Bevölkerung und Fortschreibung							
	25. Mai 1987 Volkszählung 1987	24. Mai 1987 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1970	Differenz Fortschreibung zu Volkszählung 1987	Saldo 1987 in Prozent	31. Dezember 2011 Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011	31. Dezember 2011 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987	Differenz Fortschreibung zu Zensus 2011	Saldo 2011 in Prozent
Gemeinden mit … Einwohnern								
unter 10 000	5 283 360	5 279 101	4 259	*0,08*	5 688 752	5 731 480	- 42 728	*- 0,75*
von 10 000 bis unter 50 000	2 712 821	2 755 697	- 42 876	*- 1,56*	3 519 450	3 581 652	- 62 202	*- 1,74*
von 50 000 bis unter 100 000	765 276	761 793	3 483	*0,46*	502 934	507 574	- 4 640	*- 0,91*
über 100 000	2 141 186	2 238 520	- 97 334	*- 4,35*	2 732 236	2 775 185	- 42 949	*- 1,55*
Bayern gesamt	10 902 643	11 035 111	- 132 468	*- 1,20*	12 443 372	12 595 891	- 152 519	*- 1,21*

Angesichts des sehr komplexen Verfahrens ist die Kritik durchaus nachvollziehbar. Die in der modernen Statistik verwendeten Methoden (Stichproben, Hochrechnungen, Schätzungen, Verwendung komplizierter mathematischer Modelle etc.) sind für den Laien kaum mehr verständlich. Dies führt zwangsläufig zu Problemen mit der Akzeptanz von Ergebnissen, zumal wenn sie wie z. B. im Fall des Einwohnerrückgangs ungünstig ausfallen. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Ergebnisse des Verfahrens falsch sind.

Was die Kritik am Design und an der Hochrechnung der Haushaltsstichprobe betrifft, ist darauf hinzuweisen, dass das Stichprobendesign im Auftrag des Statistischen Bundesamts von zwei international anerkannten Experten auf dem Gebiet der Stichprobentheorie, Prof. Münnich (Universität Trier) und PD Dr. Gabler (GESIS Mannheim), entwickelt wurde. Es handelt sich um ein geschichtetes Stichprobenmodell, bei dem eine regionale und eine Schichtung nach Anschriftengröße (Zahl der gemeldeten Personen) zur Anwendung kamen. Durch diesen aus statistischer Sicht adäquaten Ansatz ist die Schätzgenauigkeit merklich größer als bei einer einfachen ungeschichteten Zufallsstichprobe. Bei statistischen Laien hat hierbei allerdings Verwunderung ausgelöst, dass die prozentualen Auswahlsätze regional höchst unterschiedlich ausfielen. Während in Großstädten wie München der Anteil der ausgewählten (und zu erhebenden) Anschriften gerade einmal bei etwa 4 % lag, betrug der Auswahlsatz bei kleineren Gemeinden häufig 20 % oder darüber. Dies trägt dem statistischen Grundsatz Rechnung, dass der Informationsgehalt und die Qualität letztlich nicht an den prozentualen Auswahlsatz, sondern an die absolute Zahl der erhobenen Einheiten geknüpft sind.
Des Weiteren erfolgt die Hochrechnung der Ergebnisse mit einem Regressionsschätzer (GREG-Schätzer). Das Ergebnis der Schätzungen der Karteileichen kann bei diesem Verfahrensansatz nicht einfach durch Multiplikation der tatsächlich festgestellten Fälle mit dem Kehrwert der Auswahlwahrscheinlichkeit (z. B. bei Auswahlsatz von 1 % Multiplikation mit 100) nachgerechnet werden, sondern erfordert sehr viel kompliziertere Berechnungen. Dies geht bei statistischen Laien zu Lasten der Nachvollziehbarkeit.

Häufig wird argumentiert, der Zensus 2011 sei schon deswegen intransparent, weil den betroffenen Kommunen sowohl die Einzeldaten zur Grundgesamtheit, also das im Vorfeld des Zensus von der amtlichen Statistik aufgebaute Anschriften- und Gebäuderegister, als auch die Einzeldaten aus der Haushaltsstichprobe vorenthalten würden.

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Kommunen die ihnen übermittelten Einwohnerzahlen anhand der gleichzeitig übersandten Datenblätter durchaus nachvollziehen können. Die Datenblätter enthalten u. a. die Ergebnisse der einzelnen Korrekturschritte von den Melderegisterlieferungen bis hin zu den amtlichen Einwohnerzahlen. Dadurch können die Kommunen den Beitrag der einzelnen Korrekturen für das Zustandekommen ihrer Einwohnerzahlen erkennen.

Die Forderung nach Nachvollziehbarkeit stößt jedoch dort an Grenzen, wo statistische Einzeldaten, die nicht anonymisiert sind, eingesehen werden sollen. Dies widerspräche grundlegenden Prinzipien des Datenschutzes bzw. des Statistikgeheimnisses. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass eine Reihe persönlicher Angaben der Befragten, die als Hilfsmerkmale der Erhebungsdurchführung dienten, gemäß den Bestimmungen des ZensG und BStatG von den Statistischen Landesämtern bereits gelöscht werden mussten.

Nach überwiegender Auffassung der Statistischen Landesämter würde eine Weitergabe personenbezogener, nicht anonymisierter Daten das im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts formulierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung der im Zensus befragten Personen verletzen. Darüber hinaus steht einer Übermittlung von Einzeldaten aus dem Zensus an die Kommunen das vom Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil postulierte Rückspielverbot entgegen, wonach aus statistischen Erhebungen gewonnene Erkenntnisse nicht in den Verwaltungsvollzug zurückfließen dürfen.

4.3 Ungleichbehandlung der Gemeinden bei der Korrektur der Registerdaten

Neben der Problematik der Nachvollziehbarkeit ist die verfahrensmäßige „Ungleichbehandlung“ von

Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern im Gegensatz zu Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern einer der Hauptkritikpunkte am Verfahren des Zensus 2011. Die Gemeinden und Städte sehen den Gleichheitsgrundsatz bei der Durchführung des Zensus als verletzt an, da kein identischer Qualitätsstandard erfüllt sei. So kommen Hoppe und Spandel aufgrund ihrer regressionsanalytischen Untersuchungen zu dem Schluss, dass „… ein zusätzlicher gemeldeter Einwohner je Gemeinde keinen Effekt auf die Veränderung der amtlichen Einwohnerzahl zwischen alter und neuer Berechnung hat. Das bedeutet somit auch, dass die Qualität der Melderegister sich nicht hinsichtlich der Gemeindegröße signifikant unterscheidet …“[3].

Dem ist entgegenzuhalten, dass der Gleichheitsgrundsatz die willkürliche, sachlich nicht vertretbare Differenzierung verbietet. Eine solche ist hier aber gerade nicht gegeben, da der vom Gesetzgeber normierten Differenzierung überzeugende sachliche und empirisch belegte Gründe zugrunde liegen, die sich aus den Erfahrungen des Zensustests 2001 ableiten. Dort hat sich gezeigt, dass sich Über- und Untererfassungen der Einwohnermelderegister unterschiedlich verteilen und in Abhängigkeit von der Gemeindestruktur verschieden häufig vorkommen (vgl. auch Tabelle 1). So wurde festgestellt, dass Fehlerraten in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern geringer sind als in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern. Zudem ist der Saldo zwischen den beiden einander entgegenwirkenden Fehlern in kleineren Gemeinden tendenziell geringer.

Des Weiteren haben Untersuchungen aus dem Zensustest gezeigt, dass bei Anwendung der Stichprobenmethodik auf kleinere Gemeinden ein überproportional hoher Anteil der Einwohner hätte befragt werden müssen, um ein repräsentatives Stichprobenergebnis zu erhalten. Gemäß dem bereits geschilderten statistischen Grundsatz, dass nicht der proportionale Auswahlsatz, sondern die absolute Zahl der ausgewählten Einheiten zur Gewinnung belastbarer Stichprobenergebnisse ausschlaggebend ist, würde der Anteil der zu befragenden Personen mit abnehmender Gemeindegröße merklich zunehmen und in Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern nahezu einer Vollerhebung entsprechen. Damit würde die Zielsetzung eines kostengünstigen und die Bevölkerung wenig belastenden Zensusmodells und damit letztlich die Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts nach dem „milderen Mittel“ konterkariert. Zudem haben die Untersuchungen aus dem Zensustest auch gezeigt, dass durch andere Maßnahmen, wie sie letztlich in den §§ 15 und 16 ZensG 2011 umgesetzt wurden, in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern eine vergleichbare Qualitätssicherung erreichbar ist wie in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern durch die Haushaltsstichprobe.

Eine ausführliche fachstatistische Diskussion zu den Untersuchungen von Hoppe und Spandel, mit denen die Autoren eine vermeintliche Benachteiligung der Gemeinden mit wenigstens 10 000 Einwohnern durch die Haushaltsstichprobe nachgewiesen haben wollen, ist bislang noch nicht erfolgt. An den Schlussfolgerungen von Hoppe und Spandel sind aber erhebliche Zweifel angebracht. Hierauf deuten auch die Auswertungen zu den Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Volkszählung und der damaligen Fortschreibung und den aktuellen Abweichungen zwischen Zensus und den entsprechenden Fortschreibungszahlen in Bayern (vgl. Tabelle 2) hin. Bei Anwendung einer einheitlichen Methode in allen Gemeinden wiesen die Ergebnisse der Volkszählung 1987 für die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern mit +0,08 % sogar ein geringfügiges Plus gegenüber den Ergebnissen der auf der Basis der Volkszählung 1970 basierenden Bevölkerungsfortschreibung auf. Demgegenüber mussten die Ergebnisse für die Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern um 2,38 % oder 136 727 Einwohner nach unten korrigiert werden. 2011 fiel die Diskrepanz bei den Abweichungen zwischen Zensusergebnis und Fortschreibung mit -0,75 % bei den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und -1,60 % bei den Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern merklich moderater aus. Auf der Grundlage dieser bayerischen Ergebnisse lässt sich die These von Hoppe und Spandel, das Zensusmodell 2011 benachteilige systematisch die Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern, nicht aufrechterhalten.

3 Hoppe/Spandel, Everything counts! – Warum kleine Gemeinden die Gewinner der Zensuserhebung 2011 sind?, Amt für Statistik Magdeburg 9/2013, S. 18.

4.4 Relativer Standardfehler der Haushaltsstichprobe in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern

Nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 ZensusG 2011 dient die Haushaltsstichprobe „… der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl mit einer angestrebten Genauigkeit eines einfachen relativen Standardfehlers von höchstens 0,5 Prozent.“ Dieses Qualitätsziel wurde, wie die Ergebnisse des Zensus 2011 zeigen, zwar im bundesweiten Durchschnitt mit einem relativen Standardfehler von 0,49 % erfüllt, aber im Einzelfall bei rund zwei Dritteln aller Städte und Gemeinden (mit mindestens 10 000 Einwohnern) in Deutschland (in Bayern bei ca. der Hälfte) überschritten.

Seitens einiger Städte und Gemeinden wurde dahingehend Kritik geäußert, § 7 Abs. 1 Nr. 1 ZensG 2011 sei zwar nur eine Sollvorschrift, durch die hohe Zahl der Gemeinden, bei denen die Qualitätsvorgabe überschritten wurde, sei dem eigentlichen Ansinnen des Gesetzgebers, durch diese Norm eine gleichmäßig hohe Qualität der Einwohnerzahlen zu bewirken, jedoch nicht entsprochen worden. Zudem sei das Zensusgesetz dahingehend fehlerhaft, weil sowohl der Stichprobenumfang als auch das zu realisierende Qualitätsniveau festgeschrieben worden seien.

Richten wir den Blick auf die Erfahrungen früherer Volkszählungen, so zeigt sich, dass sich bei solch großen Vollerhebungen systematische Fehler, also letztlich Ungenauigkeiten bei der „Messung“ beispielsweise durch Organisations- oder Befragungsfehler nicht gänzlich vermeiden lassen. So wiesen die durch die Volkszählungen 1970 und 1987 ermittelten Einwohnerzahlen sowohl Untererfassungsfehler (z. B. weil Personen trotz mehrmaliger Versuche nicht erreicht werden konnten) als auch Übererfassungsfehler (z. B. weil Personen mit Haupt- und Nebenwohnsitz zweimal mit Hauptwohnsitz gezählt wurden) auf. Das Ausmaß dieser sogenannten „systematischen Fehler“ wurde bei den Volkszählungen 1970 und 1987 durch nachträgliche Stichprobenbefragungen festgestellt. Bei der Volkszählung 1970 wurden beispielsweise für das Bundesgebiet ein Untererfassungsfehler von 1,4 % und ein Übererfassungsfehler von 0,8 % ermittelt. Bei den Nachbefragungen zur Volkszählung 1987 wurden Über- und Untererfassungsfehler im Umfang von etwa 0,4 % festgestellt, wobei die Ergebnisse aufgrund der geringen Stichprobe und der ungleichmäßigen regionalen Verteilung (nicht alle Länder hatten sich beteiligt) nicht in vollem Umfang belastbar sind.

In dem Bestreben, eine möglichst hohe Akzeptanz des registergestützten Zensus zu erreichen, hat die amtliche Statistik in Deutschland empfohlen, beim Zensus 2011 ein Stichprobenkonzept zu verfolgen, das in etwa die gleiche Genauigkeit wie bei einer traditionellen Volkszählung gewährleistet.

Stichproben sollen grundsätzlich so konzipiert werden, dass sie einen möglichst genauen Schluss auf die Grundgesamtheit zulassen. Ein Zufallsfehler ist jedoch immer Bestandteil einer Stichprobe und daher unvermeidbar. Es ist also eine statistische Ungenauigkeit in den Daten, in diesem Fall in der ermittelten amtlichen Einwohnerzahl, vorhanden. Diese statistische Ungenauigkeit ist umso kleiner (und umso genauer ist die Güte der statistischen Schätzung), je größer der Stichprobenumfang und je kleiner die tatsächliche, aus der Stichprobe geschätzte unbekannte Streuung der Daten in der Grundgesamtheit ist. Wesentliche Bestimmungsfaktoren bei der Entwicklung eines Stichprobendesigns sind also entweder der angestrebte Stichprobenumfang oder die angestrebte Qualität. Letztere wird bei Stichproben in der Regel mit dem relativen Standardfehler gemessen, der als Gütemaß für die durchschnittliche Abweichung des aus einer Stichprobe geschätzten Parameterwertes vom wahren Parameterwert verstanden werden kann. Beide Bestimmungsfaktoren hängen hierbei also unmittelbar zusammen: Je größer der Stichprobenumfang, desto geringer der relative Standardfehler und vice versa. Standardfehler und Stichprobenumfang stehen damit in einem direkten Wechselspiel zueinander. Das Festhalten einer der beiden Größen hat direkten Einfluss auf die jeweils andere Größe.

Um bei der Entwicklung des Stichprobenverfahrens höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen, hatte das Statistische Bundesamt einen entsprechenden Forschungsauftrag vergeben. Den Zuschlag des Ausschreibungsverfahrens erhielt das Forscherteam Prof. Dr. Münnich (Universität Trier)/

PD Dr. Gabler (GESIS Mannheim). Es handelt sich um sehr renommierte Wissenschaftler mit umfassender Projekterfahrung in der statistischen Analyse großer Datenmengen und in der Entwicklung von Stichprobenverfahren. Das mehrjährige Forschungsprojekt wurde permanent von einer Projektgruppe begleitet, der neben dem Statistischen Bundesamt die Statistischen Landesämter von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin-Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt angehörten. Die Ergebnisse des Stichprobenforschungsprojektes wurden außerdem der Zensuskommission, einem Gremium, das die Zensusvorbereitung und -durchführung wissenschaftlich begleitete, zur wissenschaftlichen Begutachtung vorgelegt.

Nach Abschluss aller fachlichen und politischen Diskussionen wurden im ZensG 2011 und in der Stichprobenverordnung (StichprobenV)

- der relative Standardfehler auf einen anzustrebenden Wert von maximal 0,5 % (§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZensG 2011)
- und der Stichprobenumfang auf einen Wert von maximal 10 % der Bevölkerung (§ 7 Abs. 2 Satz 1 ZensG 2011) festgelegt, wobei letzterer in der Stichprobenverordnung auf 9,6 % der Bevölkerung konkretisiert wurde (§ 3 Abs. 1 StichprobenV).

Der direkten Wechselwirkung beider Größen wurde dadurch Rechnung getragen, dass der relative Standardfehler nicht exakt, sondern mit einem anzustrebenden Wert festgelegt wurde, von dem auf Grundlage der Voruntersuchungen im Zensustest und der dort bestimmten geschätzten unbekannten Streuung der Daten nach den Erkenntnissen des Stichprobenforschungsprojekts angenommen werden konnte, dass er bei dem in der Verordnung konkret gesetzten Stichprobenumfang nicht überschritten würde.

Aus den vorliegenden Ergebnissen des Zensus 2011 muss der Schluss gezogen werden, dass die aus den Ergebnissen des Zensustests abgeleiteten Annahmen zur Registerfehlerstruktur, aus denen letztendlich Umfang und Design der Stichprobe entwickelt wurde, bei kleineren Anschriften strukturell nicht den Verhältnissen zum Stichtag des Zensus 2011 entsprochen haben. Auf dieses Risiko haben die Auftragnehmer des Stichprobenforschungsprojekts bereits frühzeitig hingewiesen und auch der Gesetzgeber hat in der Begründung zu § 7 Abs. 3 ZensG ausgeführt: „Ob diese angestrebten Ziele mit den verfügbaren Informationen tatsächlich für alle Gemeinden erreicht werden, kann erst festgestellt werden, nachdem die Erhebung abgeschlossen ist, da in den einzelnen Gemeinden die Strukturen am Stichtag der Erhebung von den teilweise deutlich älteren, für die Planung herangezogenen Strukturen abweichen können.“

Im Hinblick auf den Wortlaut des Zensusgesetzes 2011 („anzustreben“) und den aus der Begründung ersichtlichen Willen des Gesetzgebers spricht nichts dafür, die im Rahmen des Zensus 2011 ermittelten Einwohnerzahlen unter Berufung auf einen höheren Standardfehler als 0,5 % rechtlich in Frage zu stellen. Wenn der Gesetzgeber dies gewollt hätte, hätte er dies ausdrücklich regeln können und müssen.

5. Ausblick

Für den Zensus 2011 galt es ein Verfahren zu entwickeln, das von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen anerkannt wird. Durch die Verwendung der registergestützten Methodik konnte der finanzielle Aufwand und die Belastung für die Bevölkerung im Vergleich zu einer Vollerhebung deutlich reduziert werden. Im Rahmen des Zensus 2011 wurden ca. 17,5 Millionen Eigentümer von Gebäuden und Wohnungen und ca. 10,2 Millionen Personen durch primärstatistische Erhebungen in Deutschland befragt. Die Durchführung des Zensus 2011 mit seinen völlig neuen Verfahren hat die amtliche Statistik vor eine Vielzahl von Herausforderungen gestellt. Mit Abschluss der letzten Arbeiten und der Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse werden die Vorbereitungen für den Zensus 2021 beginnen. Die mit dem Zensus 2011 gewonnenen Erfahrungen werden hierbei eine wertvolle Grundlage bilden.

Aktuelle Entwicklung der Verbraucherpreise in Bayern

Dipl.-Volksw. Karl-Heinz Merkle

Im Jahr 2014 ist der Verbraucherpreisindex für Bayern um 0,8 % gestiegen. Dies ist die niedrigste Inflationsrate seit dem wirtschaftlichen Krisenjahr 2009 (+0,5 %). Im vorangegangenen Jahr 2013 lag die Inflationsrate noch bei 1,4 %. Deutliche Preisrückgänge konnten im Jahr 2014 bei Heizöl (- 8,1%) und Kraftstoffen (-3,8 %) beobachtet werden. Spürbar beruhigt hat sich hingegen die Preisentwicklung bei Strom. Während sich der Energieträger Strom im Jahr 2013 noch um 13,3 % verteuerte, war im Jahr 2014 nur eine Steigerungsrate von 1,2 % zu verzeichnen. Deutlich abgeschwächt hat sich auch der Preisauftrieb für Nahrungsmittel. Sie verteuerten sich im Jahr 2014 nur um 1,0 %; in den vorangegangenen Jahren 2013 (+4,0 %) und 2012 (+3,2 %) waren die Preise für Nahrungsmittel noch spürbar stärker gestiegen. Weiterhin rückläufig zeigten sich im Jahr 2014 die Preise bei vielen hochwertigen technischen Produkten. So konnten die Verbraucher u. a. Fernsehgeräte (-9,2 %) und digitale Kameras (-5,4 %) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Vorbemerkungen

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Hierzu werden monatlich in allen Regionen Bayerns mehr als 30 000 Preise im Einzelhandel sowie bei ausgewählten Dienstleistungsbetrieben erhoben. Dabei werden die Berichtsstellen so ausgewählt, dass die verschiedenen Betriebs- und Handelsformen (Fachgeschäfte, Discounter, Warenhäuser etc.) repräsentativ vertreten sind. Die erhobenen Preise werden an das Bayerische Landesamt für Statistik gemeldet und dort zum Verbraucherpreisindex verdichtet.

Der Verbraucherpreisindex wird mithilfe eines Warenkorbs ermittelt, der rund 750 Güterarten umfasst. In einem ersten Schritt wird aus den vorliegenden Preismeldungen für jede Güterart monatlich die Preisentwicklung in Form von Teilindizes berechnet. Anschließend erfolgt die Aggregation der Teilindizes zum Verbraucherpreisindex, wobei jede Güterart entsprechend ihres Gewichts (Verbrauchsbedeutung) im Warenkorb berücksichtigt wird. Insbesondere auf Grundlage der fünfjährlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen werden die Gewichte alle fünf Jahre neu ermittelt. Die Indexberechnung erfolgt dabei mithilfe der Laspeyres-Formel. Dies bedeutet, dass die aus dem Basisjahr (derzeit das Jahr 2010) stammenden Gewichtsangaben bis zur Umstellung auf ein neues Basisjahr (2015) konstant bleiben. Der Verbraucherpreisindex misst somit die Ausgabenentwicklung für einen in seinen Verbrauchsstrukturen konstant gehaltenen Warenkorb.

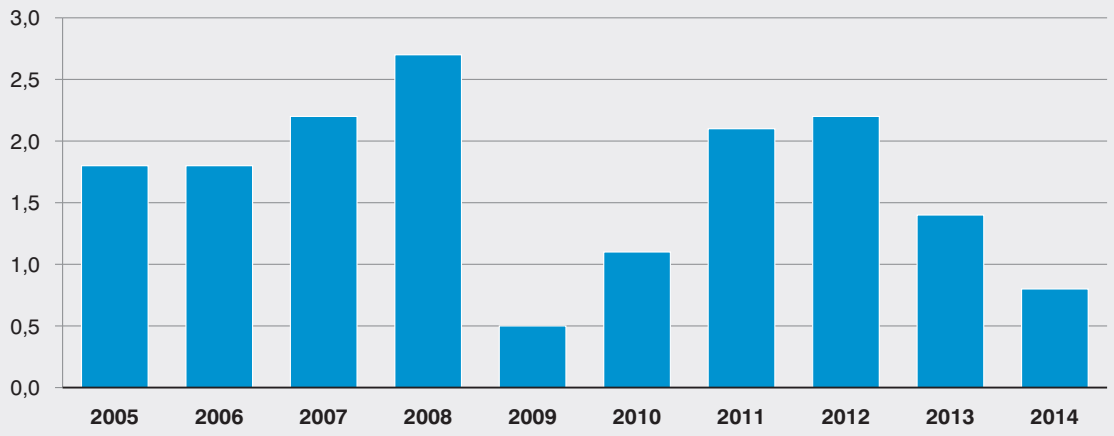
Die Inflationsrate als wichtigster Maßstab für die Geldwertentwicklung innerhalb einer Volkswirtschaft gibt dabei die Veränderung des Verbraucherpreisindex im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum – ausgedrückt in Prozent – wieder.

Niedrigste Inflationsrate seit 2009

Der Verbraucherpreisindex für Bayern hat sich im Jahresverlauf 2014 um 0,8 % erhöht; im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren 2012 (+2,2 %) und 2013 (+1,4 %) war damit erneut ein Rückgang der Inflationsrate zu verzeichnen. Eine geringere Inflationsrate wurde zuletzt für das wirtschaftliche Krisenjahr 2009 (+0,5 %) gemessen[1] (vgl. Abbildung 1). Die vergleichsweise niedrige Inflationsrate ist dabei

1 Für Deutschland wurde für das Jahr 2014 eine Inflationsrate von 0,9 % ermittelt; auch dies war die niedrigste Inflationsrate seit 2009 (+0,3 %).

Abb. 1
Verbraucherpreisindex für Bayern (2010 ≙ 100)
Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent



u. a. auf die kräftigen Preisrückgänge auf dem Energiemarkt zurückzuführen. Stagnierende bzw. zurückgehende Preise auf breiter Front sind hingegen nicht zu beobachten.

Preisauftrieb für Nahrungsmittel schwächt sich ab

Eine zwar immer noch leicht überdurchschnittliche, aber im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren doch deutlich moderatere, jährliche Preissteigerungsrate wurde für Nahrungsmittel errechnet. So erhöhten sich die Ausgaben für diesen Konsumbereich im Jahr 2014 nur noch um 1,0 %; in den beiden Jahren zuvor wurden für Nahrungsmittel noch deutlich höhere Preissteigerungsraten gemessen (2012: +3,2 %; 2013: +4,0 %). Im Zeitraum von 2010 bis 2014 haben sich die Preise für Nahrungsmittel um 10,8 % erhöht, sie sind damit in den letzten vier Jahren überdurchschnittlich gestiegen; der Verbraucherpreisindex hat sich im gleichen Zeitraum nur um 6,6 % erhöht.

Auch 2014 wiesen die einzelnen Ausgabenarten im Bereich Nahrungsmittel zum Teil wiederum sehr unterschiedliche Änderungsraten auf. Während sich im Jahresverlauf 2014 insbesondere Gemüse (-3,1 %), aber auch Obst (-0,6 %) sowie Speisefette und Öle (-0,9 %) verbilligten, stiegen die Preise für Molkereiprodukte und Eier (+6,1 %) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+2,2 %) spürbar an. Eine sehr volatile Preisentwicklung konnte in den vergangenen Jahren für Butter beobachtet werden. So erhöhte sich deren Preis im Jahr 2011 um 13,0 %, um dann im Jahr 2012 wieder um 9,6 % zu fallen und anschließend im Jahr 2013 (+12,3 %) erneut spürbar anzusteigen. 2014 war hingegen nur eine geringe Preisänderung bei Butter (-0,6 %) zu beobachten. Seit 2010 hat sich der Butterpreis um 14,0 % erhöht.

2014 kräftige Preisrückgänge auf dem Energiemarkt

Im Energiesektor sind wie schon im vorangegangenen Jahr 2013 auch im Jahresverlauf 2014 die Preise für Heizöl (-8,1 %) und Kraftstoffe (-3,8 %) weiter deutlich gefallen. Diese spürbaren Preisrückgänge sind dabei in erster Linie auf den Preisverfall am Welt-Ölmarkt zurückzuführen. Auf den Zeitraum 2010 bis 2014 bezogen weisen Heizöl und Kraftstoffe allerdings immer noch deutlich überdurchschnittliche Preissteigerungsraten auf. So haben sich in diesem Zeitraum Heizöl um 17,1 % und Kraftstoffe um 10,2 % verteuert. Dabei sind vor allem im Jahr 2011 die Preise für Kraftstoffe (+12,3 %) und Heizöl (+24,8 %) kräftig gestiegen.

Vergleichsweise geringe Preisänderungen waren 2014 bei Strom (+1,2 %) und Gas (-0,1 %) zu verzeichnen. Für Strom hat sich damit der Preisauftrieb wieder abgeschwächt. 2013 waren die Preise für den Energieträger Strom noch um 13,3 % gestiegen. Im Zeitraum von 2010 bis 2014 haben sich die Prei-

Tab. 1 **Entwicklung der Verbraucherpreise nach Hauptgruppen, Untergruppen und ausgewählten Güterarten in Bayern seit 2010**

Bezeichnung	2010	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
	2010 ≙ 100					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verbraucherpreisindex insgesamt	100	102,1	104,3	105,8	106,6	2,1	2,2	1,4	0,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	100	102,8	106,0	109,6	110,7	2,8	3,1	3,4	1,0
darunter Nahrungsmittel	100	102,2	105,5	109,7	110,8	2,2	3,2	4,0	1,0
darunter Brot und Getreideerzeugnisse	100	104,0	107,6	109,1	111,5	4,0	3,5	1,4	2,2
Fleisch und Fleischwaren	100	102,6	108,2	112,9	112,2	2,6	5,5	4,3	- 0,6
Fisch und Fischwaren	100	103,2	109,4	112,5	114,4	3,2	6,0	2,8	1,7
Molkereiprodukte und Eier	100	104,1	103,8	109,0	115,7	4,1	- 0,3	5,0	6,1
Speisefette und Speiseöle	100	112,4	111,5	118,6	117,5	12,4	- 0,8	6,4	- 0,9
darunter Butter	100	113,0	102,1	114,7	114,0	13,0	- 9,6	12,3	- 0,6
Obst	100	100,9	106,2	114,2	113,5	0,9	5,3	7,5	- 0,6
Gemüse	100	95,2	96,6	102,7	99,5	- 4,8	1,5	6,3	- 3,1
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	100	102,0	105,5	108,0	110,3	2,0	3,4	2,4	2,1
Bekleidung und Schuhe	100	101,7	104,6	106,2	107,9	1,7	2,9	1,5	1,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	100	103,1	105,5	107,5	108,3	3,1	2,3	1,9	0,7
darunter Nettokaltmiete	100	101,4	102,7	104,0	105,6	1,4	1,3	1,3	1,5
Strom	100	107,0	108,9	123,4	124,9	7,0	1,8	13,3	1,2
Gas	100	104,8	110,4	111,1	111,0	4,8	5,3	0,6	- 0,1
Heizöl	100	124,8	136,3	127,4	117,1	24,8	9,2	- 6,5	- 8,1
Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	100	100,4	101,2	102,4	102,8	0,4	0,8	1,2	0,4
Gesundheitspflege	100	100,5	103,1	98,7	100,7	0,5	2,6	- 4,3	2,0
Verkehr	100	104,9	108,2	108,2	108,2	4,9	3,1	0,0	0,0
darunter Kraftstoffe	100	112,3	118,7	114,6	110,2	12,3	5,7	- 3,5	- 3,8
Nachrichtenübermittlung	100	96,5	94,8	93,4	92,3	- 3,5	- 1,8	- 1,5	- 1,2
darunter Telekommunikationsdienstleistungen	100	96,8	95,1	93,6	92,5	- 3,2	- 1,8	- 1,6	- 1,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	100	99,5	100,6	103,2	104,4	- 0,5	1,1	2,6	1,2
Bildungswesen	100	100,9	102,8	97,3	76,8	0,9	1,9	- 5,4	- 21,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	100	100,4	102,5	105,2	108,1	0,4	2,1	2,6	2,8
Andere Waren und Dienstleistungen	100	101,5	102,8	104,2	106,1	1,5	1,3	1,4	1,8

se für Gas um 11,0 und für Strom um beachtliche 24,9 % erhöht. Die Strompreise sind damit seit 2010 deutlich stärker gestiegen als die Preise der übrigen Energieträger. Zu dem kräftigen Anstieg der Strompreise in den vergangenen Jahren hat maßgeblich die Erhöhung der im Strompreis enthaltenen EEG-Umlage[2] beigetragen.

Weiter fallende Preise für Telekommunikationsdienstleistungen

Im Vergleich zu den kräftigen Preisausschlägen im Energiebereich waren in den übrigen Ausgabenbereichen zumeist weniger starke Preisänderungen zu beobachten. Überdurchschnittlich erhöhten sich u. a. die Preise für „alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,1 %), „Bekleidung und Schuhe“ (+1,6 %) sowie die Ausgaben für die Nettokaltmiete (+1,5 %). Wie schon in den Vorjahren gingen auch im Jahr 2014 die Ausgaben für den Konsumbereich „Nachrichtenübermittlung“ (-1,2 %) zurück. Dabei wird die Entwicklung in diesem Bereich maßgeblich durch die bereits seit Jahren andauernden stetigen Preisminderungen bei Telekommunikationsdienstleistungen (u. a. Mobiltelefontarife, Festnetztarife) bestimmt. So haben sich Telekommunikationsdienstleistungen im Jahr 2014 um 1,2 % verbilligt; im Zeitraum von 2010 bis 2014 sind die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen um 7,5 % gefallen.

Sonderentwicklung im Bildungswesen

Auf den ersten Blick überraschend ist die deutliche Abnahme der Ausgaben für das Bildungswesen. Für diesen Bereich wurde im Jahr 2014 ein Ausgabenrückgang von 21,1 % gemessen. Die kräftige Abnahme ist dabei maßgeblich auf den Wegfall der Studiengebühren zurückzuführen. Die Abschaffung der Studiengebühren an den staatlichen bayerischen Hochschulen ab dem Wintersemester 2013/2014 führte dazu, dass im Oktober 2013 die Ausgaben für das Bildungswesen deutlich niedriger lagen als zuvor.

Dieser Effekt war bei der Ermittlung der jahresbezogenen Teuerungsrate bis einschließlich Septem-

2 Die EEG-Umlage (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) umfasst die Kosten, die aus der Förderung und dem Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen resultieren. Die Kosten entstehen insbesondere dadurch, dass die Erzeuger aus erneuerbaren Energiequellen eine feste und vergleichsweise hohe Einspeisevergütung erhalten.

Tab. 2 **Entwicklung der Verbraucherpreise von Dienstleistungen und Waren in Bayern seit 2010**

Bezeichnung	Gewicht[1]	2010	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
		2010 ≙ 100					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Dienstleistungen	520,23	100	101,1	102,6	103,8	105,2	1,1	1,5	1,2	1,3
darunter Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	310,30	100	100,9	102,5	103,6	104,9	0,9	1,6	1,1	1,3
Waren	479,77	100	103,2	106,2	108,0	108,2	3,2	2,9	1,7	0,2
davon Verbrauchsgüter[2]	307,89	100	105,0	109,1	111,6	111,7	5,0	3,9	2,3	0,1
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer[3]	91,05	100	101,1	103,3	104,7	105,6	1,1	2,2	1,4	0,9
langlebige Gebrauchsgüter[4]	80,83	100	98,8	98,4	98,1	97,6	- 1,2	- 0,4	- 0,3	- 0,5
darunter Fernsehgerät	3,44	100	84,7	78,9	74,6	67,7	- 15,3	- 6,8	- 5,4	- 9,2
digitale Kamera	1,27	100	90,4	84,3	78,1	73,9	- 9,6	- 6,7	- 7,4	- 5,4

1 Anteil am Warenkorb in Promille.
2 Verbrauchsgüter: u. a. Nahrungsmittel, Strom, Gas, Heizöl, Kraftstoffe, Erzeugnisse für die Körperpflege.
3 Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer: u. a. Bekleidung, Schuhe, Glaswaren, Tafelgeschirr.
4 Langlebige Gebrauchsgüter: u. a. Rundfunk-, Fernseh- und Videogeräte, Informationsverarbeitungsgeräte, Haushaltsgroßgeräte, Möbel.

ber 2014 spürbar. Der Wegfall der Studiengebühren im Oktober 2013 wirkte sich somit bis weit in das Jahr 2014 hinein aus, so dass auch die jahresdurchschnittlichen Ausgaben 2014 deutlich niedriger lagen als im Vorjahr.

Preise für Dienstleistungen 2014 stärker gestiegen

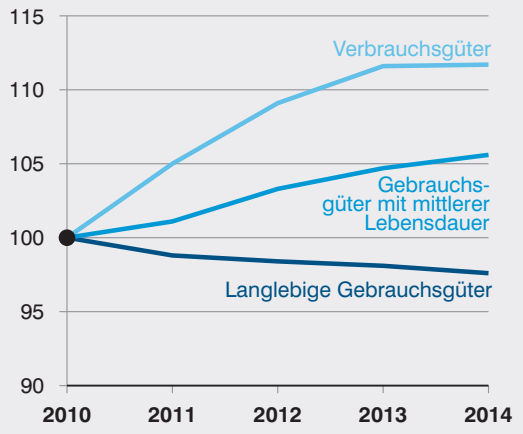
Neben der Untergliederung nach dem Verwendungszweck (vgl. Tabelle 1) lassen sich die rund 750 Güterarten des Warenkorbs auch nach „Dienstleistungen“ und „Waren“ gruppieren. Dabei umfassen die Waren rund 48 % und die Dienstleistungen rund 52 % des Warenkorbs. Die Ergebnisse in dieser Untergliederung sind in Tabelle 2 dargestellt. Sie zeigen, dass sich im Jahr 2014 die Dienstleistungen (+1,3 %) stärker verteuert haben als die Waren (+0,2 %).

Ein wesentlicher Grund für die geringe Steigerungsrate bei den Waren sind die kräftigen Preisrückgänge bei Heizöl und Kraftstoffen. Im längerfristigen Vergleich sind allerdings die Preise für Waren stärker gestiegen als für Dienstleistungen. So haben sich seit 2010 Waren um 8,2 % und Dienstleistungen nur um 5,2 % verteuert. Ohne Berücksichtigung der Nettokaltmieten sind die Dienstleistungen seit 2010 (+4,9 %) noch moderater gestiegen. Bei den Dienstleistungen verlief die Preisentwicklung zudem deutlich kontinuierlicher. So schwankte bei den Dienstleistungen die jährliche Preissteigerungsrate für die letzten vier Jahre nur zwischen 1,1 % und 1,5 %; bei den Waren lagen diese Werte hingegen zwischen 0,2 % und 3,2 %.

Stetige Preisrückgänge bei vielen hochwertigen technischen Produkten

In Tabelle 2 wird die Preisentwicklung von Waren auch in der Untergliederung nach deren Lebensdauer aufgezeigt. Üblicherweise wird dabei zwischen Verbrauchsgütern, Gebrauchsgütern mit mittlerer Lebensdauer sowie langlebigen Gebrauchsgütern unterschieden. Auffallend ist der stetige Preisrückgang bei langlebigen Gebrauchsgütern. So hat sich diese Gütergruppe im Jahresverlauf 2014 um 0,5 % verbilligt; auch in den Jahren zuvor waren bei den langlebigen Gebrauchsgütern Preisrückgänge zu beobachten. Seit 2010 sind die Preise für langlebige Gebrauchsgüter um 2,4 % gefallen. Im gleichen Zeitraum haben sich hingegen Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer um 5,6 % und Verbrauchsgüter sogar um 11,7 % verteuert (vgl. Abbildung 2).

Abb. 2
Entwicklung der Verbraucherpreise in Bayern seit 2010 nach Güterart (2010 ≙ 100)



Für den Verbraucher erfreulich sind die weiterhin kräftigen Preisrückgänge bei vielen hochwertigen technischen Produkten. So sind im Jahresverlauf u. a. Fernsehgeräte um 9,2 % und digitale Kameras um 5,4 % günstiger geworden. Seit 2010 haben sich Fernsehgeräte für den Verbraucher um fast ein Drittel (-32,3 %) und digitale Kameras um mehr als ein Viertel (-26,1 %) verbilligt.

Fazit

Nachdem sich die Verbraucherpreise in den Jahren 2011 (+2,1 %) und 2012 (+2,2 %) noch deutlich erhöht haben, hat der Preisauftrieb in den folgenden Jahren 2013 (+1,4 %) und 2014 (+0,8 %) wieder spürbar nachgelassen. Dabei haben hauptsächlich der Preisverfall am Energiemarkt, aber auch die Sonderentwicklung im Bildungswesen zu der niedrigen Inflationsrate im Jahr 2014 beigetragen. Wenn die Tendenz weiter fallender oder zumindest stagnierender Energiepreise anhält, dürfte sich das gesamte Preisniveau im Jahr 2015 sowohl in Bayern als auch im Bundesgebiet nur unmerklich verändern. In seinem aktuellen Jahresgutachten geht der Sachverständigenrat für Deutschland für das Jahr 2015 von einer Inflationsrate in Höhe von 1,3 % aus.[3]

3 Jahresgutachten 2014/2015 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 97.

Starke Zunahme der Ausländergeburten

Die Zahl der Geburten von Kindern ausländischer Mütter stieg in Bayern im letzten Jahrzehnt infolge der rasch zunehmenden Zahl von Ausländern, insbesondere von ausländischen Arbeitskräften, stark an. Im Jahre 1971 waren in Bayern bereits nahezu 8 % aller Lebendgeborenen die Kinder ausländischer Mütter. Allein rund drei Zehntel dieser Kinder hatten türkische, je knapp weitere zwei Zehntel griechische und jugoslawische Mütter. Italienerinnen, Österreicherinnen und Spanierinnen bildeten die nächst bedeutenden Gruppen ausländischer Mütter. Beim weitaus größten Teil der ehelich lebendgeborenen Ausländerkinder hatten Vater und Mutter die gleiche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder ausländischer Mütter geht seit Jahren zurück, wie in geringem Umfang auch bei der deutschen Bevölkerung. Wegen des unterschiedlichen Zahlenverhältnisses der verheirateten zu den nicht verheirateten Frauen ist die Unehelichenquote beim ausländischen Bevölkerungsteil nicht voll mit der bei der deutschen Bevölkerung zu vergleichen.

Die Zahl der Geburten von Kindern ausländischer Eltern bzw. Mütter in Bayern hatte in den 50er Jahren keine große Bedeutung. Noch bis 1962 hatten jährlich weniger als 1 % aller Lebendgeborenen eine ausländische Mutter. Die starke Zuwanderung von Ausländern seit den frühen 60er Jahren und insbesonders seit dem Konjunkturaufschwung der heimischen Wirtschaft nach der Rezession von 1966/67 führte jeweils in den darauffolgenden Jahren auch zu steigenden Geburtenzahlen im ausländischen Teil der in Bayern lebenden Bevölkerung. Während in Bayern — wie auch in den anderen Ländern des Bundesgebiets — in den letzten fünf Jahren die Zahl der Geburten insgesamt zurückging und 1971 beispielsweise nur mehr drei Viertel des Wertes von 1966 ausmachte, stieg die Zahl der Kinder ausländischer Mütter in Bayern, insbesondere in den Jahren 1970 und 1971, stark an. Dies bedeutet, daß die Zahl der Geburten von Kindern mit Müttern deutscher Nationalität in der genannten Zeitspanne noch stärker abnahm als die Zahl der Lebendgeburten insgesamt.

Neben der allgemeinen Zunahme von Ausländern spielt aber auch die Bevölkerungsstruktur sowie das zahlenmäßige Verhältnis der einzelnen Nationalitäten im ausländischen Teil der Bevölkerung Bayerns sowie die Veränderung dieser Struktur im Laufe der Jahre eine beachtliche Rolle. Obwohl Zahlen über Fruchtbarkeit, Alter, Geburtenfolge und ähnliche Angaben für den ausländischen Teil der in Bayern lebenden Bevölkerung noch nicht vorliegen, deutet der starke Anstieg der Zahl der geborenen Kinder türkischer, griechischer und jugoslawischer Mütter weit mehr auf die Änderung in Zahl und Struktur dieser ausländischen Bevölkerungsteile hin als auf unterschiedliche Fruchtbarkeit. Die weiteren zahlenmäßigen Unterteilungen der geborenen Kinder ausländischer Mütter nach der Legitimität sowie nach der Nationalität der Väter bei den ehelich Geborenen weisen in die gleiche Richtung.

Die Staatsangehörigkeit der ausländischen Eltern

Die Geburtenzählkarten, die die alleinige Grundlage für die amtliche Statistik der Geburten darstellen, enthalten selbst keine Angaben über die Staatsangehörigkeit eines Neugeborenen, sondern nur über die Nationalität der Eltern bzw., sofern das Kind nicht ehelich geboren wurde, über die Nationalität der Mutter allein. Es ist zunächst auf eine Teilgruppe besonders hinzuweisen, nämlich auf die ehelichen Kinder von ausländischen Müttern und deutschen Vätern. Obwohl die Mütter Ausländerinnen sind, besitzen diese Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie stehen als Gruppe zwischen den rein deutschgebürtigen Kindern, die den weitaus größten Teil aller im Land Geborenen ausmachen, und den rein ausländischen Kindern. Je nach dem Aufbau der Tabellen sind sie in diesen teils enthalten, teils nicht. Wie der Übersicht 2 zu entnehmen ist, bilden in der genannten Gruppe diejenigen mit einem Vater aus Bayern und einer Mutter aus dem benachbarten Österreich den bedeutendsten Teil, während beispielsweise nur sehr wenige dieser Kinder einen deutschen Vater und eine türkische oder griechische Mutter haben. Die geringe-

Übersicht 1. Lebendgeborene in Bayern seit 1959 nach der Staatsangehörigkeit der Mutter

Jahr	Lebendgeborene insgesamt	darunter von Müttern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit										
		insgesamt		davon mit der Staatsangehörigkeit des Landes								
		Zahl	% von Sp. 1	Türkei	Griechenland	Jugoslawien	Italien	Österreich	Spanien	Tschechoslowakei	USA	Übriges Ausland
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1959	168 150	806	0,5	6	6	29	60	236	12	2	48	407
1960	171 665	947	0,6	7	40	34	91	295	8	3	44	425
1961	180 000	1 097	0,6	5	114	22	124	317	54	2	51	408
1962	180 224	1 613	0,9	34	288	40	226	378	166	3	55	423
1963	184 674	2 277	1,2	54	608	63	352	412	298	4	65	421
1964	185 326	2 973	1,6	122	970	90	470	449	318	2	84	468
1965	180 739	3 642	2,0	312	1 305	101	570	422	369	2	80	481
1966	181 559	4 566	2,5	538	1 546	146	758	507	406	6	97	562
1967	176 362	4 903	2,8	746	1 553	206	855	484	404	13	57	585
1968	168 403	4 563	2,7	804	1 264	233	823	504	286	16	81	552
1969	158 394	5 446	3,4	1 225	1 322	464	911	499	292	55	90	588
1970	143 656	7 908	5,5	2 022	1 719	1 263	1 110	586	330	105	89	684
1971	137 465	10 611	7,7	3 116	2 175	1 982	1 112	743	373	124	109	877

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/1972

Übersicht 2. Lebendgeborene in Bayern 1970 und 1971 nach der Staatsangehörigkeit der Eltern bzw. der Mutter

Land der Staatsangehörigkeit der Mutter	Jahr	Ehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit des Vaters			Nichtehelich Lebendgeborene	Lebendgeborene insgesamt
		deutsch	gleiche wie Mutter	übrige Staatsangehörigk.		
Deutschland	1970	124 489	124 489	1 854	9 405	135 748
	1971	115 766	115 766	1 795	9 293	126 854
Türkei	1970	20	1 888	10	104	2 022
	1971	16	2 905	36	159	3 116
Griechenland	1970	34	1 576	8	101	1 719
	1971	48	2 026	13	88	2 175
Jugoslawien	1970	99	890	32	242	1 263
	1971	214	1 367	41	360	1 982
Italien	1970	51	1 010	8	41	1 110
	1971	57	980	6	69	1 112
Österreich	1970	259	215	21	91	586
	1971	346	260	27	110	743
Spanien	1970	21	266	15	28	330
	1971	41	295	15	22	373
USA	1970	41	32	11	5	89
	1971	44	48	10	7	109
Übrige Länder	1970	284	342	41	122	789
	1971	445	362	32	162	1 001

ren volkstumsmäßigen, religiösen und sozialen Unterschiede, vielleicht auch die unterschiedliche räumliche Entfernung der Länder führen, wie aus der Eheschließungsstatistik bestätigt wird, zu entsprechend unterschiedlich zahlreichen Ehen. So haben 1971 in Bayern 588 Deutsche eine Österreicherin geheiratet, aber nur 70 Deutsche eine Griechin und nur 50 Deutsche eine Türkin. Dies dürfte wohl der wesentliche Grund für die stark voneinander abweichende Zahl der Geburten von Kindern aus solchen Teilgruppen der Bevölkerung sein.

Übersicht 3. Ehelich Lebendgeborene in Bayern seit 1962 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit der Eltern

Jahr	Land der Staatsangehörigkeit der Mutter					
	Türkei	Griechenland	Jugoslawien	Italien	Österreich	Spanien
	Ehelich Lebendgeborene					
1962	31	267	30	198	288	149
1963	50	553	47	314	309	260
1964	107	863	69	429	339	265
1965	271	1 178	78	533	338	315
1966	496	1 381	119	714	404	368
1967	690	1 436	167	804	394	362
1968	723	1 174	188	783	417	265
1969	1 148	1 232	359	853	408	270
1970	1 918	1 618	1 021	1 069	495	302
1971	2 957	2 087	1 622	1 043	633	351
Insgesamt	**8 391**	**11 789**	**3 700**	**6 740**	**4 025**	**2 907**
	darunter Vater mit gleicher Staatsangehörigkeit wie die Mutter Zahl					
1962	31	256	24	180	187	133
1963	44	534	38	282	185	237
1964	106	835	43	354	187	235
1965	263	1 150	64	493	183	282
1966	483	1 326	101	670	204	326
1967	672	1 393	138	763	200	319
1968	705	1 130	152	740	189	224
1969	1 126	1 197	320	816	195	233
1970	1 888	1 576	890	1 010	215	266
1971	2 905	2 026	1 367	980	260	295
Insgesamt	**8 223**	**11 423**	**3 137**	**6 288**	**2 005**	**2 550**
	% der ehelich Lebendgeborenen					
1962	*100*	*95,9*	*80,0*	*90,9*	*64,9*	*89,3*
1963	*88,0*	*96,6*	*80,9*	*89,8*	*59,9*	*91,2*
1964	*99,1*	*96,8*	*62,3*	*82,5*	*58,1*	*88,7*
1965	*97,0*	*97,6*	*82,1*	*92,5*	*54,1*	*89,5*
1966	*97,4*	*96,0*	*84,9*	*93,8*	*50,5*	*88,6*
1967	*97,4*	*97,0*	*82,6*	*94,9*	*50,8*	*88,1*
1968	*97,5*	*96,3*	*80,9*	*94,5*	*45,3*	*84,5*
1969	*98,1*	*97,2*	*89,1*	*95,7*	*47,8*	*86,3*
1970	*98,4*	*97,4*	*87,2*	*94,5*	*43,4*	*88,1*
1971	*98,2*	*97,1*	*84,3*	*94,0*	*41,1*	*84,0*
Insgesamt	***98,0***	***96,9***	***84,8***	***93,3***	***50,1***	***87,7***

Die Tatsache des hohen Anteils der in Bayern ehelich lebendgeborenen Kinder türkischer, griechischer, spanischer und jugoslawischer Eltern ist bereits an sich beachtlich. Sie gewinnt aber noch dadurch an Bedeutung, daß sich bei all diesen Gruppen der jeweilige Anteil trotz unterschiedlich hoher absoluter Zahlen in den verschiedenen Jahren über ein ganzes Jahrzehnt hin nahezu konstant erhalten hat. Es ist wohl anzunehmen, daß der größte Teil der Ausländer, die als Gastarbeiter ins Land kamen, bei der Einreise bereits verheiratet war und entweder zusammen mit ihren Frauen kamen oder diese später nach Bayern holten.

Übersicht 4. Lebendgeborene mit ausländischen Eltern bzw. ausländischer Mutter in Bayern seit 1959

Jahr	Lebendgeborene				Ehelich Lebendgeborene mit ausländischen Eltern und nichtehelich Lebendgeborene mit ausl. Mutter				
	insgesamt	davon			insgesamt		davon		
		ehelich	nichtehelich				ehelich	nichtehelich	
			Zahl	% von Sp. 1	Zahl	% von Sp. 1		Zahl	% von Sp. 5
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1959	168 150	152 125	16 025	*9,5*	710	*0,4*	569	141	*19,9*
1960	171 665	156 097	15 568	*9,1*	825	*0,5*	693	132	*16,0*
1961	180 000	164 866	15 134	*8,4*	922	*0,5*	751	171	*18,5*
1962	180 224	166 201	14 023	*7,8*	1 373	*0,8*	1 139	234	*17,0*
1963	184 674	170 921	13 753	*7,5*	1 971	*1,1*	1 656	315	*16,0*
1964	185 326	172 328	12 998	*7,0*	2 534	*1,4*	2 096	438	*17,3*
1965	180 739	168 962	11 777	*6,5*	3 229	*1,8*	2 766	463	*14,3*
1966	181 559	170 004	11 555	*6,4*	4 026	*2,2*	3 487	539	*13,4*
1967	176 362	165 154	11 208	*6,4*	4 331	*2,5*	3 839	492	*11,4*
1968	168 403	157 621	10 782	*6,4*	3 968	*2,4*	3 497	471	*11,9*
1969	158 394	147 898	10 496	*6,6*	4 883	*3,1*	4 310	573	*11,7*
1970	143 656	133 517	10 139	*7,1*	7 099	*4,9*	6 365	734	*10,3*
1971	137 465	127 195	10 270	*7,5*	9 400	*6,8*	8 423	977	*10,4*

Unter den in Bayern insgesamt Lebendgeborenen geht die Zahl der nichtehelich Geborenen mit Schwankungen schon seit rund 20 Jahren zurück. Erst 1971 stieg die Zahl wieder etwas an. Der Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen zeigt jedoch schon seit 1969 wieder einen Anstieg. Diese Erhöhung des Anteils ergibt sich jedoch, abgesehen von 1971, allein rechnerisch deswegen, weil die Zahl der ehelich Lebendgeborenen in der in Frage stehenden Zeit noch stärker zurückging als die Zahl der nichtehelich Lebendgeborenen. Die Zahl der Kinder ausländischer Mütter, die in Bayern nichtehelich geboren wurden, hat im vergangenen Jahrzehnt ständig zugenommen. Dies läßt auf eine von Jahr zu Jahr erhöhte Zahl von nicht verheirateten Ausländerinnen in Bayern schließen. Wegen des wohl wesentlich stärkeren Zuwachses der Zahl der verheirateten Ausländerinnen in Bayern in der gleichen Zeit und einer entsprechend hohen Kinderzahl ist die Unehelichenquote im vergangenen Jahrzehnt kontinuierlich zurückgegangen.

Daraus ergibt sich, daß beim deutschen und beim ausländischen Teil (und dabei nach Nationalitäten) der in Bayern

Übersicht 5. Nichtehelich Lebendgeborene in Bayern 1970 und 1971 nach der Staatsangehörigkeit der Mutter

Land der Staatsangehörigkeit der Mutter	1970			1971		
	Lebendgeborene insgesamt	darunter nichtehelich		Lebendgeborene insgesamt	darunter nichtehelich	
	Zahl	Zahl	%	Zahl	Zahl	%
Deutschland	135 748	9 405	*6,9*	126 854	9 293	*7,3*
Türkei	2 022	104	*5,1*	3 116	159	*5,1*
Griechenland	1 719	101	*5,9*	2 175	88	*4,0*
Jugoslawien	1 263	242	*19,2*	1 982	360	*18,2*
Italien	1 110	41	*3,7*	1 112	69	*6,2*
Österreich	586	91	*15,5*	743	110	*14,8*
Spanien	330	28	*8,5*	373	22	*5,9*
USA	89	5	*5,6*	109	7	*6,4*
Übrige Länder	789	122	*15,5*	1 001	162	*16,2*

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/1972

lebenden Bevölkerung unterschiedliche Häufigkeiten von verheirateten und nicht verheirateten Frauen im Fortpflanzungsalter bestanden und daß sich diese Häufigkeitsverhältnisse im Laufe des letzten Jahrzehnts unterschiedlich verändert haben. Deshalb ist ein Vergleich allein der Unehelichenquoten der deutschen und der ausländischen Bevölkerungsteile nicht voll möglich.

Wegen der hohen Zahl von Ausländern in Bayern wird künftig auch mit entsprechend hohen Zahlen von Ausländerkindern zu rechnen sein, insbesondere dann, wenn Gastarbeiter in zunehmendem Maße in Bayern seßhaft werden.

Für die in Bayern zur Welt gekommenen Kinder ausländischer Eltern bzw. Mütter kann wohl unterstellt werden, daß sie — zunächst mindestens bis zum schulpflichtigen Alter — in der Muttersprache der Eltern bzw. der Mutter heranwachsen. Da weiter angenommen werden kann, daß die von Jahr zu Jahr zahlreicheren neugeborenen Kinder, die Ausländer als Eltern bzw. als Mütter haben, zu einem erheblichen Teil auch in Bayern verbleiben, werden diese auch für die schulische Ausbildung im Gastland Bayern zunehmend von Bedeutung werden. Zwar lebt ein Großteil der Ausländer in den Ballungsgebieten der großen Städte, in denen sich eine besondere schulmäßige Betreuung leichter verwirklichen läßt, jedoch trifft dies nicht in allen Fällen zu.

Dr. Josef Filser

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/1972

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 443	12 520	12 604	12 549	12 563	12 618	12 626	12 636	12 650
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen [1]	Anzahl	4 940	5 148	4 969	6 574	6 824	4 800	6 975	7 301	7 215
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	*4,7*	*4,9*	*4,7*	*6,4*	*6,4*	*4,6*	*6,5*	*7,0*	*6,7*
* Lebendgeborene [2]	Anzahl	8 641	8 921	9 131	8 832	10 746	8 941	9 037	9 384	11 403
G je 1 000 Einwohner	Anzahl	*8,2*	*8,5*	*8,7*	*8,6*	*10,1*	*8,6*	*8,4*	*9,0*	*10,6*
* Gestorbene [3]	Anzahl	10 247	10 453	10 575	9 737	10 462	10 658	9 616	9 993	10 135
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*9,8*	*9,9*	*10,1*	*9,4*	*9,8*	*10,3*	*9,0*	*9,6*	*9,4*
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	27	23	25	24	23	19	26	20	35
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*3,1*	*2,6*	*2,7*	*2,7*	*2,1*	*2,1*	*2,9*	*2,1*	*3,1*
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	12	13	13	10	10	14	11	16
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*1,7*	*1,4*	*1,4*	*1,5*	*0,9*	*1,1*	*1,5*	*1,2*	*1,4*
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 607	-1 532	-1 444	- 905	284	-1 717	- 579	- 609	1 268
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*- 1,5*	*- 1,5*	*- 1,4*	*- 0,9*	*0,3*	*- 1,7*	*- 0,5*	*- 0,6*	*1,2*
Totgeborene [2]	Anzahl	26	25	29	31	27	27	36	24	22
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	25 756	28 295	30 527	27 461	38 570	31 486	29 261	32 042	40 132
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	15 086	17 733	20 014	19 160	26 585	21 425	20 700	23 655	29 366
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 417	20 663	22 390	18 146	25 242	25 674	21 231	21 834	27 803
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 028	11 391	13 050	10 697	15 405	16 404	13 217	13 501	18 134
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 670	10 563	10 514	8 301	11 985	10 061	8 561	8 387	10 766
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 389	9 272	9 340	7 449	9 837	9 270	8 014	8 333	9 669
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	6 339	7 632	8 137	9 315	13 328	5 812	8 030	10 208	12 329
* Innerhalb des Landes Umgezogene [4]	Anzahl	41 749	42 140	43 522	36 907	45 544	42 818	40 285	41 045	46 387

		2012	2013	2012	2013				2014	
		Jahresdurchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Arbeitsmarkt[5]										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort [6]	1 000	4 843,8	4 930,7	4 858,9	4 862,8	4 913,0	5 008,9	4 938,1	5 012,2	…
* Frauen	1 000	2 211,3	2 258,9	2 231,8	2 233,6	2 242,5	2 287,4	2 272,1	2 295,0	…
* Ausländer	1 000	451,1	492,5	456,2	469,8	491,8	512,0	496,4	512,2	…
* Teilzeitbeschäftigte [7]	1 000	…	1 231,4	1200,8	1210,4	1 224,8	1 246,4	1 244,0	1 247,1	…
* darunter Frauen [7]	1 000	…	1 021,2	998,5	1005,8	1 014,1	1 032,7	1 032,3	1 036,3	…
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	23,3	24,3	20,9	23,0	26,1	26,3	21,8	25,2	…
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 647,8	1 668,4	1 646,0	1 645,7	1 665,5	1 696,1	1 666,5	1 681,4	…
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 373,5	1 391,5	1 381,1	1 380,0	1 382,4	1 404,3	1 399,2	1 404,1	…
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 304,7	1 321,2	1 312,3	1 310,9	1 312,3	1 333,0	1 328,6	1 333,7	…
* F Baugewerbe	1 000	274,3	277,0	264,9	265,7	283,1	291,8	267,3	277,2	…
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 169,6	3 235,2	3 189,1	3 191,3	3 218,8	3 283,6	3 247,1	3 305,5	…
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 072,1	1 088,8	1 075,5	1 075,3	1 081,8	1 106,0	1 092,2	1 084,4	…
* J Information und Kommunikation	1 000	168,1	172,7	170,6	171,6	172,0	174,1	173,3	177,3	…
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,8	188,9	188,3	187,9	187,2	190,6	189,7	188,9	…
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	29,3	29,9	29,6	29,8	30,0	30,0	29,9	29,8	…
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	578,3	597,7	578,6	578,9	598,7	616,5	596,8	606,1	…
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	962,5	985,5	975,1	975,7	977,6	993,6	995,3	1 047,4	…
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,6	171,6	171,3	172,1	171,4	172,9	170,0	171,5	…

		2012	2013	2014	2014			2015		
		Jahresdurchschnitt			Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar	März
* Arbeitslose	1 000	248,8	264,5	264,6	303,9	242,1	251,6	300,1	297,6	281,1
* darunter Frauen	1 000	118,7	123,5	123,2	129,4	116,6	117,0	126,9	124,1	120,2
* Arbeitslosenquote insgesamt [8, 9]	%	*3,7*	*3,8*	3,8	4,4	3,4	3,6	4,3	4,2	4,0
* Frauen	%	*3,7*	*3,8*	3,7	4,0	3,5	3,5	3,8	3,8	3,6
* Männer	%	*3,6*	*3,9*	3,8	4,7	3,4	3,6	4,7	4,7	4,3
* Ausländer	%	*8,5*	*8,8*	8,7	10,1	8,2	8,5	9,8	9,8	9,5
* Jugendliche	%	*3,0*	*3,2*	3,2	3,5	2,6	2,7	3,4	3,5	3,4
* Kurzarbeiter [10]	1 000	18,2	19,9	…	43,5	…	…	…	…	…
* Gemeldete Stellen [11]	1 000	70,1	64,4	73,1	64,9	77,3	76,1	74,0	79,9	83,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt. Daher sind die Zahlen zu den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab dem Stichtag 31.03.2014 nicht mit den Zahlen früherer Stichtage vergleichbar.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

	Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014				2015	
			Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
	Landwirtschaft										
	Schlachtungen [1]										
	Anzahl										
	Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	528,4	520,7	519,3	506,2	476,3	489,5	568,6	493,5	459,5
	darunter Rinder	1 000	75,0	74,1	75,9	78,8	70,3	70,7	81,3	75,7	68,3
	darunter Kälber [2]	1 000	1,8	1,7	1,6	1,4	1,5	1,4	2,6	1,3	1,3
	Jungrinder [3]	1 000	0,6	0,5	0,6	0,5	0,6	1,0	0,6	0,4	0,4
	Schweine	1 000	442,3	436,1	432,9	420,2	399,2	410,1	475,8	411,3	384,6
	Schafe	1 000	10,4	9,9	9,8	6,7	6,4	8,1	11,0	6,1	6,2
	darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	522,1	515,3	514,2	499,7	470,7	482,7	562,1	487,6	454,8
	darunter Rinder	1 000	74,1	73,2	75,1	78,0	69,5	69,7	80,5	75,0	67,6
	darunter Kälber [2]	1 000	1,7	1,5	1,5	1,3	1,4	1,3	2,4	1,2	1,2
	Jungrinder [3]	1 000	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,9	0,6	0,3	0,4
	Schweine	1 000	438,2	432,9	429,9	415,4	395,1	405,7	471,7	407,0	381,3
	Schafe	1 000	9,2	8,7	8,6	6,0	5,8	6,7	9,4	5,4	5,6
	Durchschnittliches Schlachtgewicht [4]										
	Rinder	kg	341,2	343,0	343,9	346,1	347,4	339,9	342,0	347,0	347,5
	darunter Kälber [2]	kg	108,1	109,7	112,5	110,0	109,7	111,8	107,1	106,5	115,7
	Jungrinder [3]	kg	186,2	177,0	183,3	188,5	171,6	188,6	175,5	182,4	183,7
	Schweine	kg	95,4	95,4	95,8	96,4	95,7	96,6	95,5	96,5	96,0
	Gesamtschlachtgewicht [5]										
	Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	68,0	67,3	67,7	67,9	62,7	63,8	73,4	66,1	60,8
	darunter Rinder	1 000 t	25,6	25,4	26,0	27,2	24,4	24,0	27,8	26,2	23,7
	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2
	Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
	Schweine	1 000 t	42,2	41,6	41,5	40,5	38,2	39,6	45,4	39,7	36,9
	Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
*	darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	67,4	66,7	67,2	67,2	62,1	63,1	72,8	65,4	60,2
*	darunter Rinder	1 000 t	25,3	25,2	25,8	27,0	24,2	23,7	27,5	26,0	23,5
*	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,3	0,1	0,1
*	Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
	Schweine	1 000 t	41,8	41,3	41,2	40,0	37,8	39,2	45,0	39,3	36,6
*	Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
	Geflügel										
	Hennenhaltungsplätze [6]	1 000	3 900	3 964	4 730	4 690	4 702	4 727	4 729	4 727	…
	Legehennenbestand [6]	1 000	3 431	3 472	4 153	4 105	4 151	4 136	4 298	4 355	…
*	Konsumeier [6]	1 000	86 410	86 782	101 881	102 262	97 547	97 175	105 634	108 688	…
*	Geflügelfleisch [7]	1 000 t	13,3	13,4	14,5	15,8	13,2	14,2	14,9	13,7	9,7
	Getreideanlieferungen [8, 9]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	8,8	5,3r	4,5	3,5r	3,8r	2,1	3,1	2,9	3,1
	Weizen	1 000 t	130,0r	53,1r	39,5r	29,4r	25,1r	28,8r	36,6r	26,8	30,2
	Gerste	1 000 t	33,6r	12,6r	7,3	4,2	4,7	8,0	4,8	5,1	6,3
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,6	0,6	0,3	0,2	0,1	0,3	0,2	0,3	0,1
	Vermahlung von Getreide [8, 9]										
	Getreide insgesamt	1 000 t	98,7r	107,4	104,5	102,0	93,9r	110,4	109,5	101,2	95,6
	darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,7r	11,5	11,1	12,0	10,4	11,7	11,1	12,0	11,1
	Weizen und -gemenge	1 000 t	87,0r	95,9	93,4	89,9	83,5	98,7	98,3	89,2	84,5
	Vorräte in zweiter Hand [8, 9]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	46,3	40,5r	45,5	40,5r	39,5r	56,2	55,1	49,0	49,3
	Weizen	1 000 t	511,3	439,6r	468,2r	485,5r	466,0r	553,2	603,8r	518,6	498,9
	Gerste	1 000 t	320,3	219,0r	257,0r	195,5r	187,3r	345,7	338,1r	315,1	298,8
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	8,7	6,7	7,5	7,1r	7,2	7,8r	8,1	5,3
	Mais	1 000 t	147,0	76,0r	52,4r	66,3r	67,4r	77,9r	98,6r	66,9	60,7
	Bierabsatz										
	Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 845	1 859	1 928	1 635r	1 522r	1 523	1 792	1 540	1 478
	dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	123	115	115	80	81	67	90	77	75
	11 bis 13	1 000 hl	1 694	1 718	1 776	1 525r	1 406	1 417	1 661	1 429	1 356
	14 oder darüber	1 000 hl	27	26	35	29	35	38	41	33	48
	dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	353	370	383	319	327	275	297	274	315
	dav. in EU-Länder	1 000 hl	235	230	236	189	179	168	198	167	177
	in Drittländer	1 000 hl	118	140	147	130	149r	106	99	107	138

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.
3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.
7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygienerecht im Besitz einer Zulassung sind.
8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.
9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

	Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014				2015	
			Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
	Gewerbeanzeigen [1]										
*	Gewerbeanmeldungen [2]	1 000	11,0	10,8	10,5	14,9	11,1	9,7	8,1	13,7	…
*	Gewerbeabmeldungen [3]	1 000	9,6	9,3	9,4	15,5	9,6	9,0	11,4	13,8	…
	Produzierendes Gewerbe										
	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden [4]										
*	Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 839	3 874	3 830	3 768	3 808	3 833	3 833	3 820	3 910
*	Beschäftigte	1 000	1 088	1 095	1 111	1 094	1 099	1 122	1 119	1 118	1 124
	davon										
	Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	372	374	386	380	382	388	387	382	385
	Investitionsgüterproduzenten	1 000	516	525	526	519	520	533	531	536	538
	Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	40	35	35	35	35	36	36	36	36
	Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	159	162	158	159	163	162	162	162
	Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
*	Geleistete Arbeitsstunden	1 000	139 399	140 284	142 141	142 769	144 455	147 172	127 266	137 774	143 527
*	Bruttoentgelte	Mill. €	4 250	4 438	4 651	4 558	4 153	5 814	4 596	4 745	4 335
*	Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 746	26 935	26 190	23 972	25 303	27 627	25 201	23 230	25 037
	davon										
*	Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 822	6 827	7 223	6 864	6 951	7 426	6 443	6 695	6 858
*	Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 217	15 427	14 315	12 477	13 864	15 809	14 420	12 367	14 010
*	Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*	Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 042	3 120	3 208	3 163	3 028	3 073	3 094	3 042	2 993
*	Energie	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*	darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 213	14 546	13 795	12 709	13 545	14 683	13 095	12 561	13 699
	Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ≙ 100) [4]										
	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*105,9*	*105,8*	*109,4*	*100,0*	*105,9*	*115,0*	*101,1*	*96,8*	*105,8*
	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*97,7*	*96,8*	*94,2*	*65,1*	*69,0*	*92,4*	*65,0*	*62,6*	*60,6*
	Verarbeitendes Gewerbe	%	*106,0*	*105,8*	*109,4*	*100,1*	*106,1*	*115,1*	*101,2*	*97,0*	*105,9*
	Vorleistungsgüterproduzenten	%	*103,9*	*104,5*	*108,3*	*100,8*	*104,1*	*111,4*	*94,2*	*98,9*	*103,2*
	Investitionsgüterproduzenten	%	*108,1*	*107,3*	*111,5*	*99,7*	*109,4*	*119,8*	*104,9*	*95,4*	*109,2*
	Gebrauchsgüterproduzenten	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Verbrauchsgüterproduzenten	%	*104,0*	*104,7*	*106,8*	*100,9*	*98,3*	*106,5*	*104,0*	*97,9*	*98,3*
	Energie	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ≙ 100) [4]										
	Verarbeitendes Gewerbe [5] insgesamt	%	*105,5*	*110,5*	*118,0*	*114,0*	*115,9*	*117,3*	*122,4*	*108,6*	*112,9*
	Inland	%	*102,4*	*104,3*	*106,5*	*104,6*	*109,3*	*105,4*	*99,1*	*100,8*	*103,4*
	Ausland	%	*107,4*	*114,6*	*125,4*	*120,0*	*120,2*	*125,0*	*137,4*	*113,6*	*119,0*
	Vorleistungsgüterproduzenten	%	*100,8*	*105,8*	*109,6*	*113,5*	*111,4*	*118,3*	*98,2*	*110,3*	*110,1*
	Investitionsgüterproduzenten	%	*107,5*	*113,1*	*122,4*	*114,4*	*117,3*	*117,9*	*134,8*	*108,4*	*113,2*
	Gebrauchsgüterproduzenten	%	*101,0*	*94,9*	*98,6*	*99,6*	*95,3*	*108,6*	*91,5*	*96,2*	*97,3*
	Verbrauchsgüterproduzenten	%	*104,7*	*105,5*	*108,8*	*117,5*	*140,5*	*101,2*	*84,8*	*103,8*	*142,0*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.
2 Vormals nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeanmeldungen insgesamt.
3 Vormals nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übergaben), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.
4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.
5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014				2015	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Baugewerbe [1]										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau [2]										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe [3]	Anzahl	130 624	139 246	141 005	126 608	127 072	144 132	138 448	128 335	127 986
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 481	13 374	13 951	7 468	9 089	15 292	10 828	6 794	7 264
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 600	6 050	6 326	3 519	4 350	6 838	4 878	3 180	3 289
* gewerblichen und industriellen Bau [4]	1 000	3 506	3 724	3 892	2 474	2 917	4 242	3 093	2 242	2 520
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 376	3 601	3 733	1 475	1 822	4 212	2 857	1 372	1 455
* Entgelte	Mill. €	310,5	338,3	357,0	285,3	259,1	421,5	360,1	291,3	259,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 482,4	1 611,0	1 678,4	845,2	983,9	1 983,1	2 039,0	770,4	857,5
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	573,4	629,1	640,2	348,6	431,9	702,0	737,2	308,0	332,2
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	507,8	524,6	582,6	284,2	349,9	720,1	770,4	270,7	334,5
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	401,2	457,4	445,5	212,4	202,1	561,0	531,4	191,7	190,7
Messzahlen (2010 ≙ 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	*124,8*	*118,4*	*123,1*	*89,7*	111,7	97,3	106,2	82,7	118,1
* davon Wohnungsbau	Messzahl	*119,3*	*125,2*	*130,5*	*101,0*	129,1	108,7	146,3	107,1	139,8
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	*130,3*	*116,8*	*126,8*	*102,4*	120,0	117,0	120,5	95,6	119,4
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	*123,2*	*115,7*	*114,2*	*68,1*	91,0	68,0	64,0	52,3	102,2
darunter Straßenbau	Messzahl	*133,9*	*127,1*	*126,7*	*43,8*	97,0	68,6	60,5	44,4	87,4
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe [5, 6]										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	50 226	59 121	59 700	.	.	.	59 100	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 110	6 065	6 034	.	.	.	18 273	.	.
Entgelte	Mill. €	122,9	148,8	153,3	.	.	.	494,4	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	514,3	621,1	635,4	.	.	.	2 518,0	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	253	253	247	249	249	246	246	262	261
* Beschäftigte	Anzahl	29 895	29 734	29 587	29 645	29 543	29 815	29 711	29 778	29 695
* Geleistete Arbeitsstunden [7]	1000	3 621	3 556	3 534	3 652	3 611	3 647	3 330	3 490	3 446
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	124	128	129	113	116	205	121	118	120
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	6 055,2	5 595,1	…	5 542,6	5 286,8	5 877,6	5 972,8	6 349,8	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	5 749,6	5 303,8	…	5 245,4	5 001,7	5 573,1	5 640,8	6 009,5	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	520,7	490,3	…	669,1	573,5	568,6	654,2	721,6	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	1014,3	1 058,3	…	1 488,7	1 274,2	1 182,1	1 458,3	1 632,5	.
Handwerk (Messzahlen) [9]										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl	.	.	.	.	.	.	*99,7*	.	.
* Umsatz [10] (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	.	.	.	.	.	.	*124,9*	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude [11] (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 901	1 980	1 995	1 668	1 931	1 774	1 497	1 548	1 743
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 681	1 733	1 744	1 450	1 688	1 554	1 238	1 393	1 517
* Umbauter Raum	1 000 m³	2 465	2 611	2 648	2 190	2 649	2 255	2 182	1 977	2 302
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	716	776	818	653	813	707	685	631	747
* Wohnfläche [12]	1 000 m²	427	453	459	378	459	393	382	343	395
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	726	709	665	565	634	520	502	476	454
* Umbauter Raum	1 000 m³	4 187	4 265	4 041	3 392	4 089	3 350	3 204	2 689	3 299
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	569	559	550	433	648	405	573	426	642
* Nutzfläche	1 000 m²	606	619	576	475	589	490	481	383	460
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 416	4 677	4 897	3 830	4 812	4 381	4 559	3 621	4 289
* Wohnräume [13] insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 922	19 747	19 966	16 333	19 594	17 170	16 872	14 845	17 389

Handel und Gastgewerbe

	Einheit	2012	2013	2014 [14]	2014 [14]					2015 [14]
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Außenhandel										
* **Einfuhr insgesamt** (Generalhandel) [15]	Mill. €	12 299,3	12 280,3	12 542,5	10 873,5	13 422,0	13 593,5	12 954,5	11 994,9	12 352,9
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	638,7	639,5	645,5	592,7	651,9	669,1	624,3	715,1	623,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 224,5	10 688,8	10 983,6	9 476,1	11 817,2	11 942,2	11 395,0	10 428,5	10 882,4
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 680,2	1 578,6	1 319,2	1 176,6	1 459,3	1 135,1	1 248,9	1 193,9	1 192,6
* Halbwaren	Mill. €	541,1	523,8	497,9	451,7	502,9	522,7	504,4	439,9	473,5
* Fertigwaren	Mill. €	9 003,1	8 586,3	9 166,5	7 847,8	9 855,0	10 284,3	9 641,7	8 794,7	9 216,3
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 007,5	954,2	805,8	714,1	800,5	946,5	852,2	651,3	756,2
* Enderzeugnisse	Mill. €	7 995,6	7 632,1	8 360,7	7 133,7	9 054,5	9 337,8	8 789,5	8 143,4	8 460,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.
3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.
4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.
5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.
6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.
7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.
8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kj/m³.
9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.
10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.
11 Einschl. Wohnheime.
12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.
13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.
14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014 [1]	2014 [1]					2015 [1]
			Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
	Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt darunter [2] aus										
*	Europa[3]	Mill. €	8 180,6	8 394,2	8 745,1	7 134,8	9 251,9	9 548,5	9 229,6	8 320,4	8 357,2
*	dar. aus EU-Ländern[4] insgesamt	Mill. €	6 803,3	7 112,3	7 497,8	6 107,1	8 008,7	8 326,9	7 893,3	7 136,5	7 120,7
	dar. aus Belgien	Mill. €	331,3	327,0	309,7	281,4	312,4	342,3	303,7	272,3	272,0
	Bulgarien	Mill. €	31,0	31,6	35,2	29,0	36,4	38,7	35,4	34,1	36,3
	Dänemark	Mill. €	61,7	59,3	61,5	50,4	62,6	64,2	64,2	60,0	50,8
	Finnland	Mill. €	38,7	37,4	40,8	36,6	38,3	50,1	41,3	34,0	36,2
	Frankreich	Mill. €	527,3	515,4	526,4	431,1	572,6	576,3	518,1	514,5	489,8
	Griechenland	Mill. €	24,9	24,1	25,4	23,5	29,1	31,0	22,1	23,6	23,3
	Irland	Mill. €	193,5	163,2	118,6	85,1	114,3	206,2	230,1	123,8	151,1
	Italien	Mill. €	853,5	859,5	869,1	744,1	874,6	951,3	871,6	774,2	766,4
	Luxemburg	Mill. €	19,0	20,1	21,0	18,0	23,6	22,4	25,3	19,5	21,3
	Niederlande	Mill. €	592,7	625,4	662,1	575,5	694,4	746,4	669,5	736,2	607,6
	Österreich	Mill. €	1 205,2	1 261,2	1 253,7	996,1	1 389,9	1 314,7	1 234,2	1 135,0	1 151,6
	Polen	Mill. €	362,3	402,2	472,7	350,0	482,5	540,0	619,9	706,5	605,9
	Portugal	Mill. €	54,1	63,6	67,0	51,4	72,8	74,7	70,9	52,7	67,5
	Rumänien	Mill. €	164,5	169,3	220,8	172,0	241,2	253,5	242,9	189,1	210,6
	Schweden	Mill. €	105,7	130,8	114,1	100,4	118,5	116,6	108,0	95,6	94,4
	Slowakei	Mill. €	240,9	238,8	247,6	229,1	282,6	285,9	246,2	208,5	228,7
	Slowenien	Mill. €	82,2	81,6	84,2	71,4	93,2	102,6	82,2	70,7	76,2
	Spanien	Mill. €	299,9	299,3	318,5	215,7	319,6	364,5	348,4	296,9	301,5
	Tschechische Republik	Mill. €	766,5	817,0	878,7	716,3	984,1	1 017,8	946,1	792,0	832,6
	Ungarn	Mill. €	442,3	484,2	633,2	472,1	711,4	694,9	697,8	511,8	608,5
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	370,9	444,8	475,0	405,4	486,8	463,4	455,7	426,9	422,9
	Russische Föderation	Mill. €	699,3	599,7	535,8	448,4	492,4	462,3	598,4	531,5	535,6
*	Afrika[3]	Mill. €	567,9	513,2	372,9	361,0	634,7	331,9	282,0	384,3	341,0
	dar. aus Südafrika	Mill. €	41,7	41,6	36,7	31,0	38,3	24,5	38,1	49,7	46,6
*	Amerika	Mill. €	996,0	925,9	962,8	907,4	990,8	1 082,4	1 015,0	918,7	996,3
	darunter aus den USA	Mill. €	831,2	768,2	815,9	784,1	809,6	918,2	837,8	779,9	842,4
*	Asien[3]	Mill. €	2 540,0	2 435,2	2 450,9	2 454,8	2 530,2	2 621,8	2 418,7	2 361,4	2 653,2
	darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 097,3	942,4	991,4	1 034,8	1 104,4	1 061,7	965,2	990,5	1 158,2
	Japan	Mill. €	275,1	246,9	240,4	198,7	260,8	320,9	244,7	226,3	211,7
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	14,7	11,8	10,9	15,5	14,3	9,1	9,3	10,2	5,2
*	**Ausfuhr insgesamt** (Spezialhandel) [5]	Mill. €	13 715,7	14 085,3	14 118,4	11 523,9	15 631,8	15 579,1	14 410,8	12 676,8	12 557,6
*	darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	696,4	692,0	711,1	679,9	737,9	721,4	674,9	681,0	658,0
*	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 865,9	12 870,1	12 896,5	10 397,7	14 346,9	14 301,9	13 213,6	11 523,0	11 369,4
*	davon Rohstoffe	Mill. €	79,5	73,2	76,5	62,0	76,5	81,9	74,4	67,0	73,4
*	Halbwaren	Mill. €	583,7	565,9	549,0	517,6	654,2	566,0	491,5	426,5	441,4
*	Fertigwaren	Mill. €	12 202,7	12 231,0	12 271,0	9 818,1	13 616,3	13 654,0	12 647,6	11 029,5	10 854,6
*	davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 023,0	995,8	988,7	895,6	1 026,0	1 056,8	931,7	836,9	962,4
*	Enderzeugnisse	Mill. €	11 179,8	11 235,2	11 282,3	8 922,5	12 590,3	12 597,2	11 715,9	10 192,6	9 892,2
	darunter [2] nach										
*	Europa[3]	Mill. €	8 540,1	8 793,5	8 751,1	7 160,3	9 528,9	9 607,3	8 927,5	7 707,2	7 890,2
*	dar. in EU-Länder[4] insgesamt	Mill. €	7 221,4	7 511,1	7 543,5	6 107,9	8 246,1	8 317,9	7 751,0	6 725,0	7 012,9
	dar. nach Belgien	Mill. €	551,8	569,0	405,1	307,5	406,2	423,3	401,4	382,9	324,3
	Bulgarien	Mill. €	34,7	29,4	30,7	27,6	37,9	34,2	31,1	30,4	26,1
	Dänemark	Mill. €	114,8	115,0	115,8	102,2	121,4	119,3	112,0	99,4	105,0
	Finnland	Mill. €	96,0	99,7	95,9	86,5	99,1	104,4	101,9	85,4	89,7
	Frankreich	Mill. €	938,6	990,1	961,1	716,7	1 028,8	1 063,2	978,3	879,8	855,7
	Griechenland	Mill. €	43,3	47,1	43,6	33,3	44,2	49,1	42,6	42,0	40,7
	Irland	Mill. €	51,1	59,6	57,0	54,9	48,3	54,0	58,5	72,3	62,3
	Italien	Mill. €	878,4	875,2	860,5	591,5	959,5	917,6	859,8	724,9	794,0
	Luxemburg	Mill. €	37,9	39,0	38,1	29,0	41,9	38,3	36,6	32,0	33,4
	Niederlande	Mill. €	476,6	476,1	485,4	422,6	510,6	537,7	489,8	476,6	446,3
	Österreich	Mill. €	1 129,0	1 117,8	1 086,4	939,6	1 216,2	1 216,4	1 078,6	942,8	948,6
	Polen	Mill. €	349,6	377,4	429,7	368,4	486,1	517,3	499,7	383,0	440,6
	Portugal	Mill. €	78,2	84,3	91,1	73,8	92,7	102,9	93,7	82,5	72,7
	Rumänien	Mill. €	125,0	129,2	142,7	127,5	156,2	161,3	138,9	119,1	133,0
	Schweden	Mill. €	254,4	255,0	270,5	223,0	286,6	301,6	266,2	232,6	232,3
	Slowakei	Mill. €	150,5	158,7	157,9	136,3	177,0	171,3	160,3	136,5	149,3
	Slowenien	Mill. €	54,2	54,0	55,3	52,1	62,4	57,0	51,8	48,9	52,4
	Spanien	Mill. €	361,9	359,0	375,7	273,7	385,2	439,5	397,9	336,9	347,6
	Tschechische Republik	Mill. €	408,3	444,0	464,4	410,2	512,2	504,4	466,4	393,6	422,0
	Ungarn	Mill. €	203,0	214,1	226,6	197,8	242,4	242,8	232,1	186,4	222,4
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	825,7	929,3	1 059,0	857,8	1 227,9	1 159,9	1 166,4	962,4	1 141,5
	Russische Föderation	Mill. €	385,9	365,5	316,5	283,3	314,6	307,2	296,7	246,1	160,7
*	Afrika[3]	Mill. €	268,6	255,4	243,9	227,8	236,9	257,8	258,8	272,7	187,4
	dar. nach Südafrika	Mill. €	122,2	116,9	94,1	81,5	105,1	97,2	84,1	93,7	78,3
*	Amerika	Mill. €	2 028,7	2 121,7	2 127,6	1 631,0	2 666,1	2 507,8	2 397,6	1 862,8	1 869,6
	darunter in die USA	Mill. €	1 524,1	1 577,0	1 644,0	1 222,8	2 162,7	1 954,5	1 914,4	1 410,0	1 461,1
*	Asien[3]	Mill. €	2 745,8	2 776,4	2 863,1	2 391,3	3 058,0	3 052,2	2 694,1	2 714,7	2 499,2
	darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 237,2	1 292,1	1 371,6	1 161,2	1 544,6	1 425,2	1 248,9	1 249,0	1 214,7
	nach Japan	Mill. €	301,8	295,2	271,5	192,6	316,3	305,2	224,7	205,2	290,5
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	132,5	138,3	132,6	113,5	142,0	153,9	132,9	119,4	111,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2012 [1]	2013 [1]	2014 [1]	2014				2015	
			Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
	Großhandel (2010 ≙ 100) [2, 3]										
*	Index der Großhandelsumsätze nominal	%	*106,4*	*105,2*	*106,9*	*97,1*	*96,1*	*108,5*	*111,0*	*95,9*	.
*	Index der Großhandelsumsätze real [4]	%	*99,3*	*98,6*	*101,6*	*92,0*	*90,9*	*104,1*	*107,9*	*93,6*	.
*	Index der Beschäftigten im Großhandel	%	*103,4*	*108,3*	*109,4*	*108,4*	*108,5*	*110,5*	*110,1*	*110,0*	.
	Einzelhandel (2010 ≙ 100) [2, 5]										
*	Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	*107,3*	*110,0*	*112,2*	*103,8*	*99,0*	*114,9*	*136,6*	*107,6*	*102,3*
	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art [6]	%	*107,3*	*111,7*	*113,8*	*108,4*	*102,5*	*111,6*	*134,0*	*111,5*	*104,1*
	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren [6]	%	*106,1*	*108,6*	*108,8*	*97,4*	*95,9*	*104,2*	*126,6*	*98,4*	*94,6*
	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln [6]	%	*105,6*	*110,0*	*118,9*	*114,0*	*110,8*	*121,3*	*137,0*	*121,2*	*118,7*
	Sonstiger Facheinzelhandel [6]	%	*107,7*	*110,5*	*113,9*	*102,5*	*96,9*	*113,1*	*135,6*	*109,9*	*104,6*
	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	*119,5*	*124,2*	*128,8*	*118,8*	*117,4*	*153,5*	*170,5*	*120,5*	*123,8*
*	Index der Einzelhandelsumsätze real [4]	%	*103,8*	*105,0*	*106,7*	*99,3*	*94,2*	*109,5*	*131,0*	*103,8*	*97,9*
*	Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	*103,4*	*105,2*	*106,1*	*106,7*	*106,6*	*106,4*	*107,1*	*107,6*	*107,2*
	Kfz-Handel (2010 ≙ 100) [2, 7]										
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	*102,6*	*102,0*	*104,9*	*87,4*	*93,2*	*106,6*	*98,4*	*86,8*	.
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel real [4]	%	*100,4*	*99,8*	*102,4*	*85,5*	*91,3*	*103,7*	*95,7*	*84,4*	.
*	Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	*105,2*	*113,0*	*113,6*	*113,1*	*113,0*	*115,1*	*114,5*	*113,7*	.
	Gastgewerbe (2010 ≙ 100) [2]										
*	Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	*111,6*	*114,4*	*117,7*	*94,6*	*94,5*	*108,4*	*116,1*	*99,6*	*99,2*
	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	*115,9*	*118,9*	*122,9*	*92,9*	*95,2*	*110,4*	*113,0*	*98,9*	*103,7*
	Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	*110,6*	*104,6*	*136,7*	*104,9*	*109,7*	*126,9*	*153,8*	*143,4*	*139,1*
	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	*107,9*	*110,2*	*113,7*	*96,0*	*92,2*	*107,9*	*121,0*	*101,1*	*95,0*
	Sonstiges Gaststättengewerbe	%	*108,0*	*110,5*	*113,7*	*94,8*	*91,0*	*106,2*	*120,1*	*99,6*	*93,5*
	Kantinen und Caterer	%	*113,1*	*116,8*	*117,6*	*105,5*	*114,2*	*122,9*	*119,9*	*105,6*	*110,5*
*	Index der Gastgewerbeumsätze real [4]	%	*107,9*	*108,0*	*108,7*	*88,7*	*88,0*	*99,3*	*106,5*	*91,0*	*90,4*
*	Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	*103,8*	*105,0*	*106,9*	*101,2*	*100,6*	*104,5*	*105,9*	*102,6*	*102,9*
	Fremdenverkehr [8]										
*	Gästeankünfte	1 000	2 596	2 634	…	1 814	1 989	2 167	2 197	1 900	2 161
*	darunter Auslandsgäste	1 000	608	631	…	438	476	476	568	444	541
*	Gästeübernachtungen	1 000	7 001	7 013	…	4 972	5 182	5 129	5 521	5 080	5 754
*	darunter Auslandsgäste	1 000	1 274	1 327	…	993	1 022	1 000	1 183	974	1 150
	Verkehr										
	Straßenverkehr										
*	Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt [9]	Anzahl	58 694	57 316	58 711	46 231	49 204	54 252	49 302	46 803	52 670
	darunter Krafträder [10]	Anzahl	2 974	2 934	3 161	916	2 248	830	1 122	810	1 735
*	Personenkraftwagen und sonstige „M1"-Fahrzeuge	Anzahl	50 208	48 962	50 141	41 418	42 650	48 312	42 769	41 912	46 605
*	Lastkraftwagen	Anzahl	3 722	3 603	3 631	2 780	2 850	3 711	3 520	2 749	2 999
	Zugmaschinen	Anzahl	1 472	1 459	1 432	858	1 218	1 058	1 464	1 036	1 069
	sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	219	242	234	159	164	224	257	181	177
	Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) [11]	1 000	106 172	105 933	107 530	.	.	.	338 520	.	.
	davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 455	92 138	92 907	.	.	.	292 201	.	.
	private Unternehmen	1 000	13 717	13 795	14 623	.	.	.	46 320	.	.
*	Straßenverkehrsunfälle insgesamt [12]	Anzahl	30 364	31 040	30 748	26 865	26 268	30 753	32 670	27 999	…
*	davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 354	4 318	4 377	3 186	3 259	3 814	3 697	2 765	…
	mit nur Sachschaden	Anzahl	26 011	26 722	26 371	23 679	23 009	26 939	28 973	25 234	…
*	Getötete Personen [13]	Anzahl	55	57	52	35	33	36	50	23	…
*	Verletzte Personen	Anzahl	5 790	5 731	5 795	4 332	4 462	5 054	5 060	3 777	…
	Luftverkehr Fluggäste										
	Flughafen München Ankunft	1 000	1 594	1 606	1 652	1 318	1 314	1 580	1 380	1 370	…
	Abgang	1 000	1 589	1 603	1 646	1 278	1 347	1 536	1 403	1 320	…
	Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	149	137	135	100	93	125	100	99	…
	Abgang	1 000	148	137	135	84	105	116	106	88	…
	Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	36	35	31	19	17	23	22	22	…
	Abgang	1 000	36	35	31	18	18	20	22	21	…
	Eisenbahnverkehr [14]										
	Güterempfang	1 000 t	2 501	2 444	2 273	2 122	1 974	2 193	1 934	…	…
	Güterversand	1 000 t	1 902	1 966	1 904	1 740	1 729	1 876	1 731	…	…
	Binnenschifffahrt										
*	Güterempfang insgesamt	1 000 t	432	415	444	403	419	437	384	314	…
	davon auf dem Main	1 000 t	252	218	210	176	195	193	162	157	…
	auf der Donau	1 000 t	181	197	234	228	224	244	222	156	…
*	Güterversand insgesamt	1 000 t	277	230	274	198	216	320	258	189	…
	davon auf dem Main	1 000 t	180	161	172	117	158	222	145	108	…
	auf der Donau	1 000 t	96	69	102	81	58	98	114	81	…

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014				2015	
		Monatsdurchschnitt[1]			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen [2, 3]										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	483 106	470 253	462 351	.	.	.	468 933	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken [4]	Mill. €	413 420	413 783	410 140	.	.	.	412 932	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	66 245	58 005	51 100	.	.	.	52 173	.	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	55 093	50 216	45 752	.	.	.	46 978	.	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	11 153	7 789	5 348	.	.	.	5 195	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [7]	Mill. €	61 530	58 885	59 317	.	.	.	60 128	.	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	58 519	56 357	57 358	.	.	.	58 105	.	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	3 011	2 528	1 959	.	.	.	2 023	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [8]	Mill. €	355 331	353 364	351 933	.	.	.	356 632	.	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	321 680	319 971	318 906	.	.	.	323 388	.	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	33 651	33 393	33 028	.	.	.	33 244	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt [9] (Monatsende)	Mill. €	578 378	574 598	572 062	.	.	.	570 433	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen [10]	Mill. €	452 972	450 479	450 183	.	.	.	448 802	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	419 187	419 195	423 349	.	.	.	422 234	.	.
von öffentlichen Haushalten [6]	Mill. €	33 785	31 284	26 833	.	.	.	26 568	.	.
Spareinlagen	Mill. €	125 405	124 119	121 879	.	.	.	121 631	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 593	49 206	48 126	.	.	.	47 685	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	31 565	30 017	27 944	.	.	.	27 784	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 382	1 294	1 284	1 285	1 272	1 243	1 288	1 040	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	109	96	93	53	126	74	82	92	…
* davon Unternehmen	Anzahl	274	252	246	213	243	256	238	196	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	77	65	64	34	83	59	57	65	…
* Verbraucher	Anzahl	825	756	741	756	730	718	738	600	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	1	1	1	-	1	-	1	…
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	251	248	245	268	255	230	251	203	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	20	16	10	26	7	13	15	…
* sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	Anzahl	32	38	52	48	44	39	61	41	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	9	13	8	17	7	12	11	…
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	490 994	391 681	351 715	310 592	302 540	172 634	207 270	220 677	…
davon Unternehmen	1 000 €	382 936	286 485	255 439	221 559	218 814	93 802	115 647	97 487	…
Verbraucher	1 000 €	44 660	43 629	41 057	37 698	38 344	38 723	45 768	33 176	…
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	50 859	48 358	46 981	45 097	41 732	31 485	33 811	75 330	…
sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	1 000 €	12 539	13 209	8 238	6 237	3 650	8 624	12 045	14 683	…
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	120,2	133,1	132,5	166,5	169,0	119,2	130,1	165,8	…
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	134,1	151,3	152,9	158,3	200,6	130,4	133,3	163,5	201,9
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) [12]										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	232,3	232,6	233,1	232,7	235,4	229,9	231,0	…	…
Leistungsempfänger	1 000	420,4	421,9	425,5	423,1	428,7	420,5	422,6	…	…
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	298,7	298,9	300,2	299,1	303,1	295,9	297,7	…	…
Sozialgeld	1 000	121,7	123,1	125,2	124,0	125,6	124,6	124,9	…	…
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 320,8	4 663,9	4 941,4	4 258,3	3 219,1	2 943,7	9 313,0	4 279,5	3 565,6
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 897,6	3 054,6	3 230,5	3 189,5	3 049,5	2 888,9	4 830,2	3 371,2	3 204,3
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	633,2	768,3	813,8	129,3	- 2,4	- 109,9	2 588,8	236,4	- 25,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	421,2	371,6	355,8	290,3	206,5	118,8	352,8	297,6	336,9
Abgeltungsteuer	Mill. €	109,3	122,8	107,9	369,6	120,4	104,2	49,8	295,4	178,5
Körperschaftsteuer	Mill. €	259,5	346,6	433,4	279,6	- 154,9	- 58,3	1 491,4	78,9	- 128,6
Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 731,0	1 905,1	2 065,9	1 914,8	2 645,9	2 301,1	2 100,9	2 124,9	2 901,8
Einfuhrumsatzsteuer ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bundessteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Solidaritätszuschlag	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Landessteuern	Mill. €	221,1	240,4	270,9	277,0	265,5	205,9	289,6	315,9	248,2
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	83,0	89,8	113,1	112,9	99,9	80,1	125,7	178,2	92,2
Grunderwerbsteuer	Mill. €	104,4	112,2	118,8	132,7	120,0	95,2	125,7	105,8	116,6
Biersteuer	Mill. €	12,5	12,3	12,9	10,9	12,1	12,9	10,9	12,4	10,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlangen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.
8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014				2015	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern [1, 2, 3]	Mill. €	779,7	830,4	861,6	.	.	.	2 455,5	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0	7,0	.	.	.	18,7	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	133,6	135,4	137,7	.	.	.	370,4	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	634,9	683,8	712,5	.	.	.	2 063,7	.	.
Steuereinnahmen des Bundes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 682,1	1 835,3	1 953,5	1 664,8	1 187,4	1 072,5	3 906,4	1 664,6	1 344,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6]	Mill. €	26,1	26,5	27,8	- 1,7	- 0,4	0,0	84,2	- 6,4	- 0,2
Steuereinnahmen des Landes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 644,9	1 796,6	1 912,8	1 664,8	1 127,8	930,0	3 906,4	1 664,6	1 244,2
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6, 7]	Mill. €	98,3	99,8	104,5	- 52,4	40,0	23,8	316,6	- 65,2	32,4
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv [2, 3, 4]	Mill. €	1 168,0	1 257,9	1 321,9	.	.	.	5 214,7	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer [4, 8]	Mill. €	466,6	506,9	540,1	479,2	365,7	348,6	1 054,3	512,7	399,8
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	51,0	51,3	52,7	.	.	.	319,3	.	.
Gewerbesteuer (netto) [1, 9]	Mill. €	507,8	558,4	580,2	.	.	.	1 214,2	.	.

Verdienste

		2013	2014	2013		2014				2015
		Jahreswert		1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
* Bruttomonatsverdienste [10] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer [11] im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	…	…	3 547	3 592	3 629	3 673	3 687	3 724	…
männlich	€	…	…	3 768	3 815	3 846	3 891	3 909	3 949	…
weiblich	€	…	…	3 016	3 053	3 108	3 141	3 147	3 181	…
Leistungsgruppe 1[12]	€	…	…	6 432	6 518	6 643	6 749	6 779	6 821	…
Leistungsgruppe 2[12]	€	…	…	4 141	4 179	4 250	4 302	4 330	4 355	…
Leistungsgruppe 3[12]	€	…	…	2 904	2 950	2 946	2 997	3 039	3 054	…
Leistungsgruppe 4[12]	€	…	…	2 374	2 422	2 441	2 509	2 549	2 549	…
Leistungsgruppe 5[12]	€	…	…	1 974	2 011	2 029	2 062	2 054	2 083	…
Produzierendes Gewerbe	€	…	…	3 640	3 698	3 754	3 843	3 832	3 871	…
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	…	…	3 192	3 171	3 068	3 147	3 176	3 204	…
Verarbeitendes Gewerbe	€	…	…	3 780	3 831	3 915	3 986	3 954	4 012	…
Energieversorgung	€	…	…	4 203	4 209	4 050	4 141	4 144	4 174	…
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	…	…	3 025	3 065	3 079	3 138	3 174	3 218	…
Baugewerbe	€	…	…	2 741	2 941	2 889	3 141	3 237	3 187	…
Dienstleistungsbereich	€	…	…	3 482	3 518	3 542	3 556	3 583	3 620	…
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	…	…	3 454	3 495	3 522	3 516	3 559	3 603	…
Verkehr und Lagerei	€	…	…	2 761	2 780	2 835	2 881	2 891	2 958	…
Gastgewerbe	€	…	…	2 130	2 141	2 249	2 292	2 282	2 317	…
Information und Kommunikation	€	…	…	4 764	4 675	4 781	4 797	4 727	4 752	…
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	…	…	4 512	4 446	4 566	4 567	4 589	4 672	…
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	…	…	4 223	4 028	3 901	3 953	3 970	3 960	…
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	…	…	4 384	4 400	4 397	4 478	4 492	4 543	…
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	…	…	2 162	2 248	2 296	2 326	2 321	2 341	…
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	…	…	3 254	3 340	3 395	3 395	3 485	3 495	…
Erziehung und Unterricht	€	…	…	3 982	4 150	4 158	4 165	4 200	4 179	…
Gesundheits- und Sozialwesen	€	…	…	3 341	3 383	3 428	3 520	3 532	3 548	…
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	…	…	3 346	3 369	3 370	3 379	3 449	3 453	…

Preise

		2010	2011	2012	2013	2014	2014	2015		
		Durchschnitt [13]					März	Januar	Februar	März
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*100,0*	*102,1*	*104,3*	*105,8*	*106,6*	*106,6*	*105,6*	*106,6*	*107,1*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*100,0*	*102,8*	*106,0*	*109,6*	*110,7*	*111,0*	*111,3*	*112,7*	*112,3*
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	*100,0*	*102,0*	*105,5*	*108,0*	*110,3*	*110,2*	*111,9*	*112,1*	*112,3*
Bekleidung und Schuhe	%	*100,0*	*101,7*	*104,6*	*106,2*	*107,9*	*110,9*	*103,5*	*105,5*	*112,7*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*100,0*	*103,1*	*105,5*	*107,5*	*108,3*	*108,0*	*107,7*	*108,1*	*108,2*
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	*100,0*	*100,4*	*101,2*	*102,4*	*102,8*	*102,9*	*103,3*	*103,3*	*103,7*
Gesundheitspflege	%	*100,0*	*100,5*	*103,1*	*98,7*	*100,7*	*99,9*	*100,9*	*101,8*	*101,9*
Verkehr	%	*100,0*	*104,9*	*108,2*	*108,2*	*108,2*	*107,7*	*103,9*	*105,0*	*106,2*
Nachrichtenübermittlung	%	*100,0*	*96,5*	*94,8*	*93,4*	*92,3*	*92,7*	*91,9*	*91,8*	*91,6*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*100,0*	*99,5*	*100,6*	*103,2*	*104,4*	*105,3*	*101,4*	*105,7*	*104,9*
Bildungswesen	%	*100,0*	*100,9*	*102,8*	*97,3*	*76,8*	*76,4*	*77,5*	*77,5*	*77,8*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*100,0*	*100,4*	*102,5*	*105,2*	*108,1*	*107,1*	*109,7*	*109,9*	*110,1*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*100,0*	*101,5*	*102,8*	*104,2*	*106,1*	*105,6*	*106,9*	*107,2*	*107,6*
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	*100,0*	*100,9*	*102,5*	*103,6*	*104,9*	*104,6*	*104,5*	*106,1*	*105,9*
Nettokaltmiete	%	*100,0*	*101,4*	*102,7*	*104,0*	*105,6*	*105,0*	*106,6*	*106,7*	*106,8*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.
4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.
11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014			2015
		Durchschnitt [1]					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke [2] (2010 ≙ 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	99,3	100,0	102,8	105,5	107,8	109,9	110,3	110,4	111,2
davon Rohbauarbeiten	%	99,4	100,0	103,2	106,0	107,9	109,8	109,9	109,9	110,3
Ausbauarbeiten	%	99,1	100,0	102,5	105,0	107,7	110,1	110,7	110,8	112,0
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	99,1	100,0	101,3	102,5	103,8	105,9	106,1	106,1	106,6
Bürogebäude	%	99,5	100,0	102,9	105,4	107,6	109,8	110,2	110,4	111,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	99,5	100,0	103,2	105,6	107,6	109,5	109,9	110,2	110,7
Straßenbau	%	99,0	100,0	102,3	105,5	107,8	109,2	109,5	109,4	108,9
							2013	2014		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	207,51	223,39	206,57	225,40	223,59	223,81	239,06	206,48	239,07
Rohbauland	€	43,27	58,59	39,61	46,96	59,72	79,97	38,57	64,56	55,32
Sonstiges Bauland	€	46,37	39,54	42,56	57,33	61,06	67,34	68,67	77,50	49,28

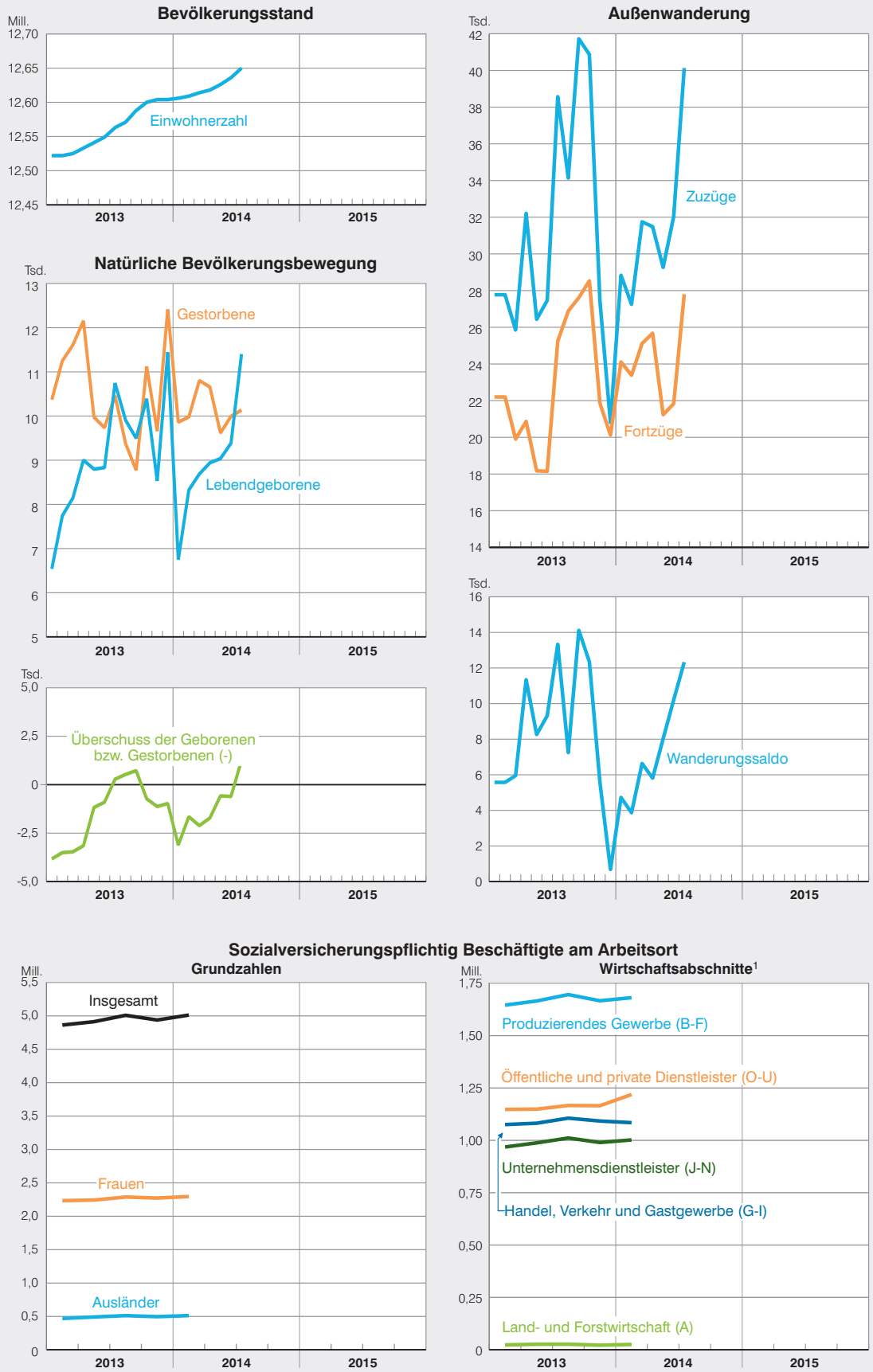
Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2014	2015		
		Durchschnitt [1]					März	Januar	Februar	März
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	100,0	102,1	104,1	105,7	106,6	106,7	105,5	106,5	107,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100,0	102,8	106,3	110,4	111,5	112,1	111,5	112,3	112,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	100,0	101,8	104,8	107,0	110,3	109,7	111,8	112,0	112,2
Bekleidung und Schuhe	%	100,0	101,2	103,3	104,4	105,5	108,0	101,3	102,2	108,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	100,0	103,1	105,4	107,5	108,4	108,2	107,7	108,1	108,2
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,0	100,4	101,1	102,1	102,5	102,6	102,8	102,7	103,0
Gesundheitspflege	%	100,0	100,7	103,2	99,4	101,4	100,6	101,2	101,6	101,9
Verkehr	%	100,0	104,5	107,7	107,5	107,3	106,8	103,3	104,3	105,7
Nachrichtenübermittlung	%	100,0	96,5	94,8	93,4	92,3	92,6	91,9	91,8	91,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,0	99,7	100,6	103,1	104,4	105,2	101,8	106,0	105,1
Bildungswesen	%	100,0	99,6	94,0	95,1	93,1	93,3	92,5	92,6	92,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100,0	101,5	103,6	106,0	108,2	107,5	109,6	109,9	110,3
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100,0	101,6	102,6	104,3	106,1	105,8	106,5	106,9	107,3
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise [3] (2010 ≙ 100)	%	100,0	106,4	108,7	105,9	103,6	104,1	100,2	101,6	…
Ausfuhrpreise [4] (2010 ≙ 100)	%	100,0	103,3	104,9	104,3	104,0	103,8	104,4	104,7	…
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte [4] (Inlandsabsatz); (2010 ≙ 100)	%	100,0	105,3	107,0	106,9	105,8	106,2	104,2	104,3	…
Vorleistungsgüterproduzenten	%	100,0	105,6	105,8	104,6	103,5	103,6	102,7	102,4	…
Investitionsgüterproduzenten	%	100,0	101,2	102,2	103,0	103,5	103,3	103,9	103,9	…
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	100,0	103,5	106,3	108,4	109,0	109,2	107,7	107,9	…
Gebrauchsgüterproduzenten	%	100,0	101,7	103,3	104,3	105,7	105,5	106,5	106,6	…
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100,0	103,8	106,8	109,0	109,5	109,8	107,8	108,1	…
Energie	%	100,0	109,7	113,0	112,0	108,5	109,7	103,8	104,5	…
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte [4] (2010 ≙ 100)	%	100,0	113,4	119,4	120,7	111,8p	120,4p	103,6p	105,5p	…
Pflanzliche Erzeugung	%	100,0	115,8	126,4	120,2	105,6	121,1	106,2	107,5	…
Tierische Erzeugung	%	100,0	111,8	114,9	121,1	115,9p	120,0p	101,8p	104,2p	…
Großhandelsverkaufspreise [4] (2010 ≙ 100)	%	100,0	105,8	108,0	107,4	106,1	106,4	103,7	104,2	105,2
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	100,0	104,9	107,7	111,5	111,8	112,4	111,0	111,4	112,1
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	100,0	114,2	121,3	115,8	110,2	111,8	91,3	93,8	98,5
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2010 ≙ 100)	%	100,0	101,6	103,3	104,4	105,0	105,2	104,0	104,6	105,4
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	100,0	102,0	104,6	107,2	108,3	108,6	107,8	108,4	108,8
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	100,0	102,3	105,7	108,8	110,1	110,2	110,7	111,2	111,3
Kraftfahrzeughandel	%	100,0	101,2	101,9	101,8	102,1	101,6	102,6	102,7	102,9

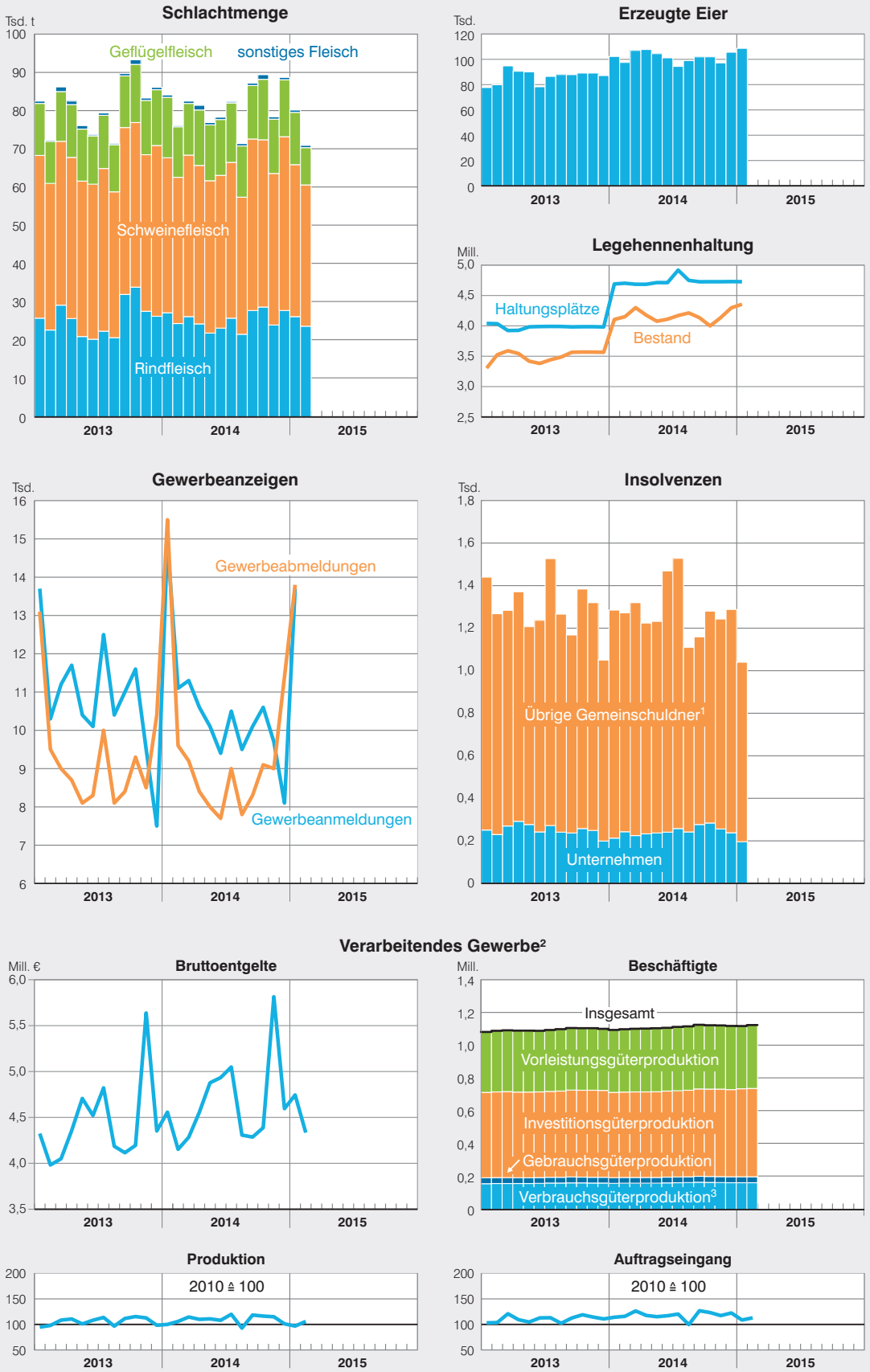
* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).
2 Einschl. Mehrwertsteuer.
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
4 Ohne Mehrwertsteuer.

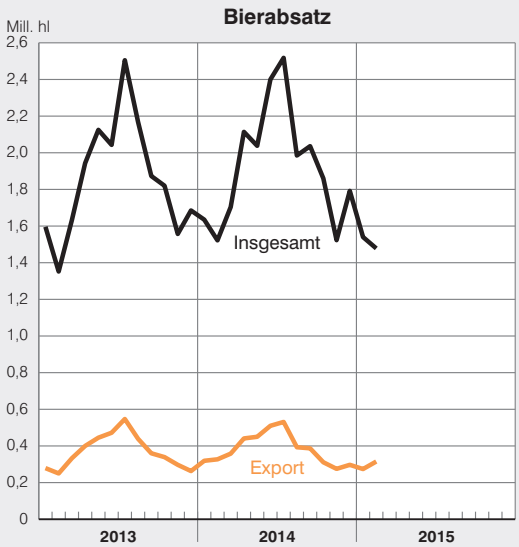
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

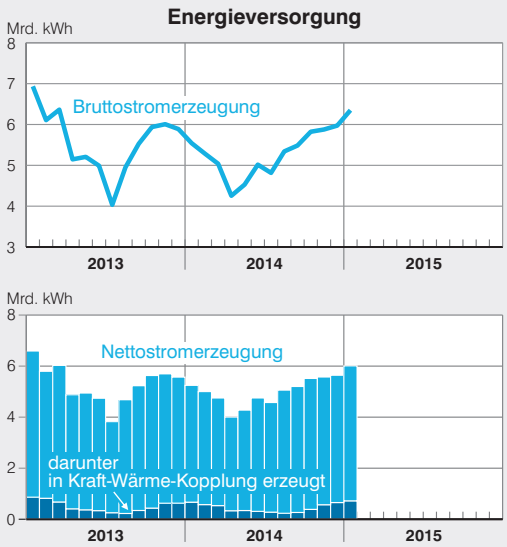


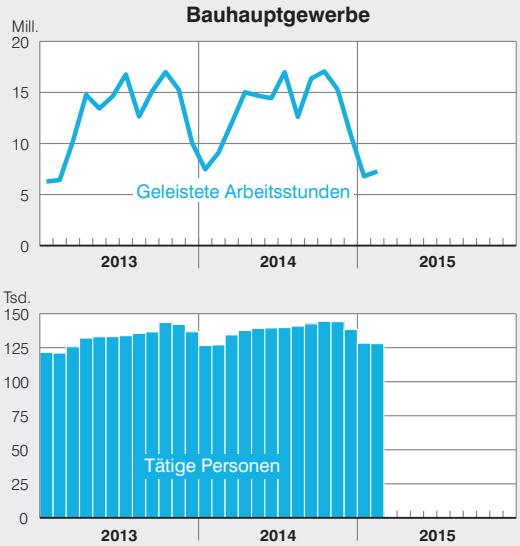
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

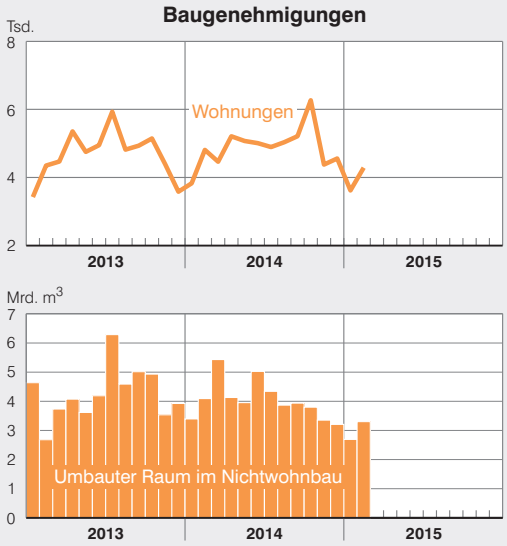


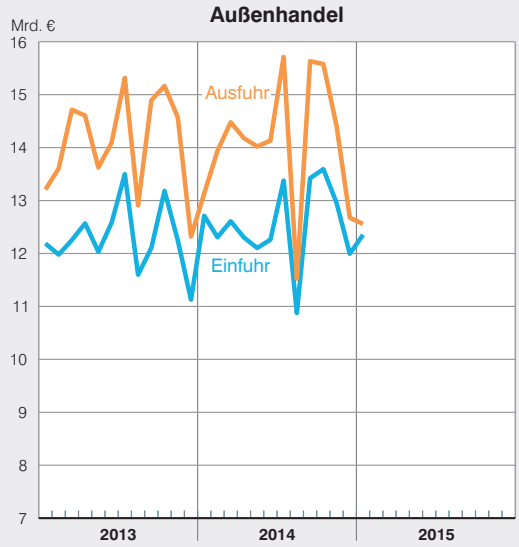
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.

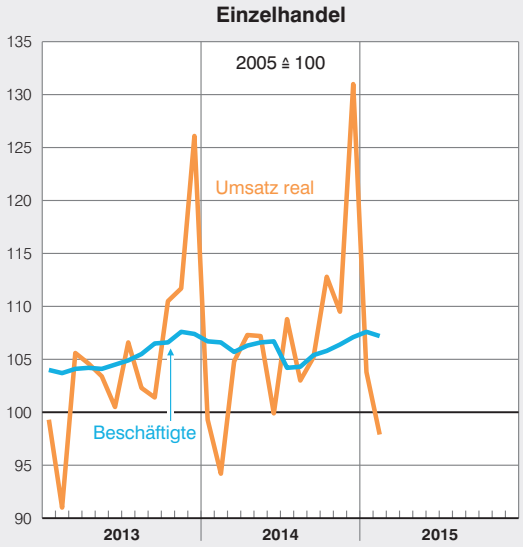

Bierabsatz
Mill. hl
2,6
2,4
2,2
2,0
1,8
1,6
1,4
1,2
1,0
0,8
0,6
0,4
0,2
0
Insgesamt
Export
2013
2014
2015

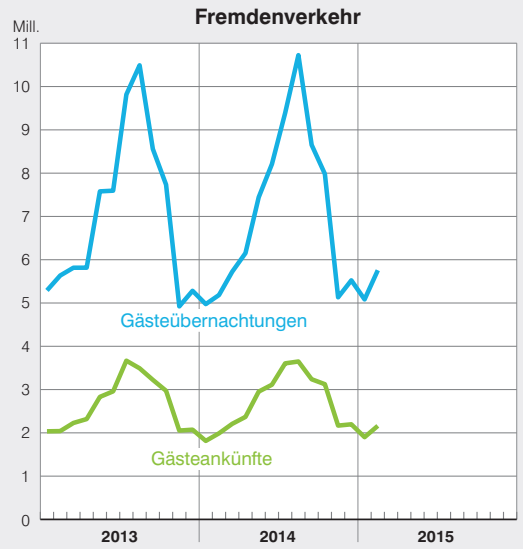

Energieversorgung
Mrd. kWh
8
7
6
5
4
3
Bruttostromerzeugung
2013
2014
2015
Mrd. kWh
8
6
4
2
0
Nettostromerzeugung
darunter
in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt
2013
2014
2015

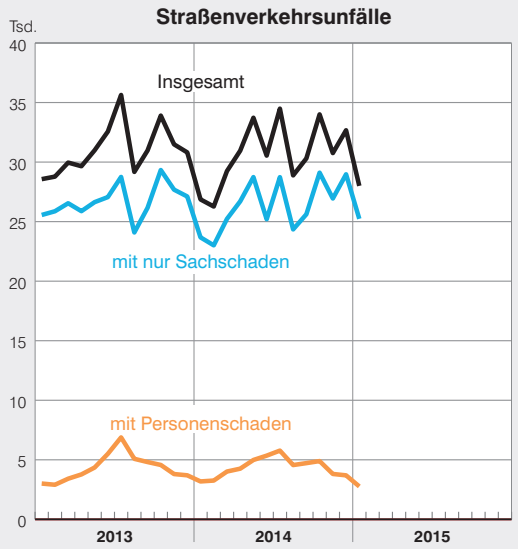

Bauhauptgewerbe
Mill.
20
15
10
5
0
Geleistete Arbeitsstunden
2013
2014
2015
Tsd.
150
125
100
75
50
25
0
Tätige Personen
2013
2014
2015

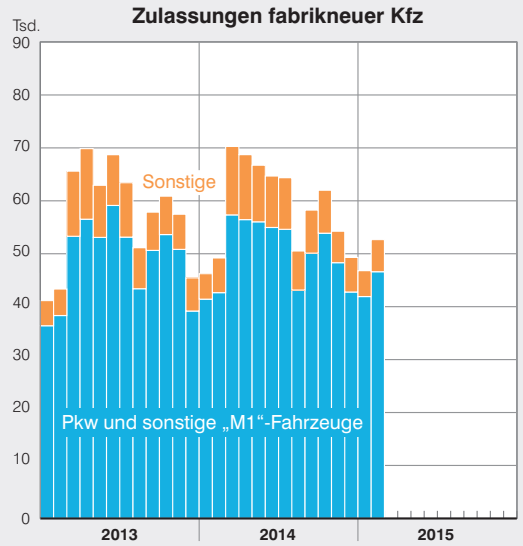

Baugenehmigungen
Tsd.
8
6
4
2
Wohnungen
2013
2014
2015
Mrd. m3
7
6
5
4
3
2
1
0
Umbauter Raum im Nichtwohnbau
2013
2014
2015

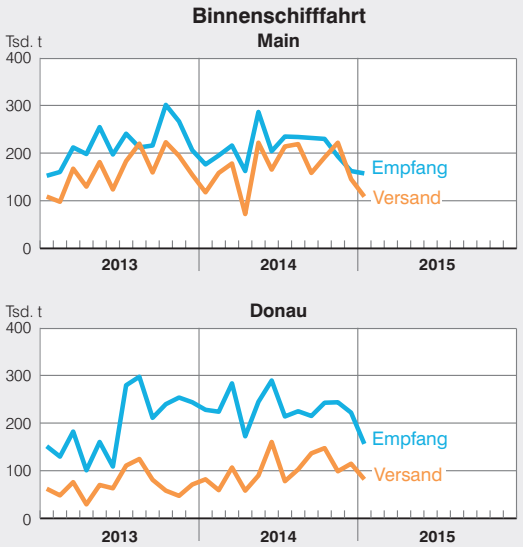

Außenhandel
Mrd. €
16
15
14
13
12
11
10
9
8
7
Ausfuhr
Einfuhr
2013
2014
2015

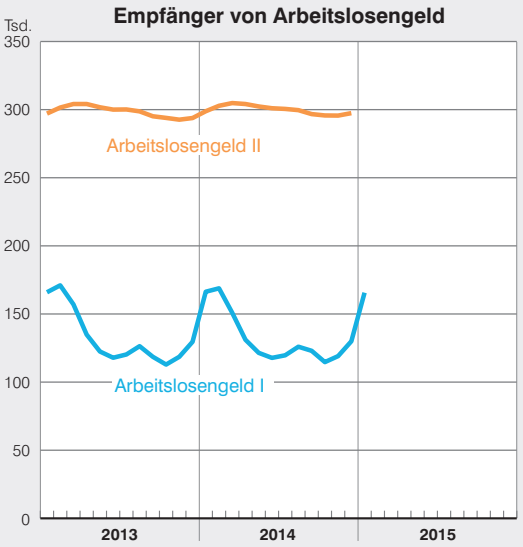

Einzelhandel
2005 ≙ 100
135
130
125
120
115
110
105
100
95
90
Umsatz real
Beschäftigte
2013
2014
2015

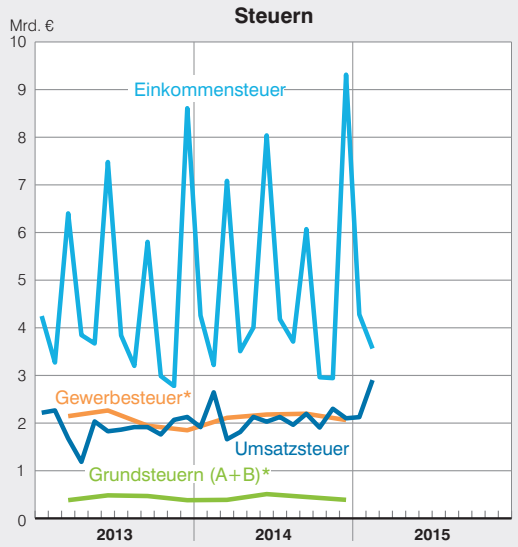






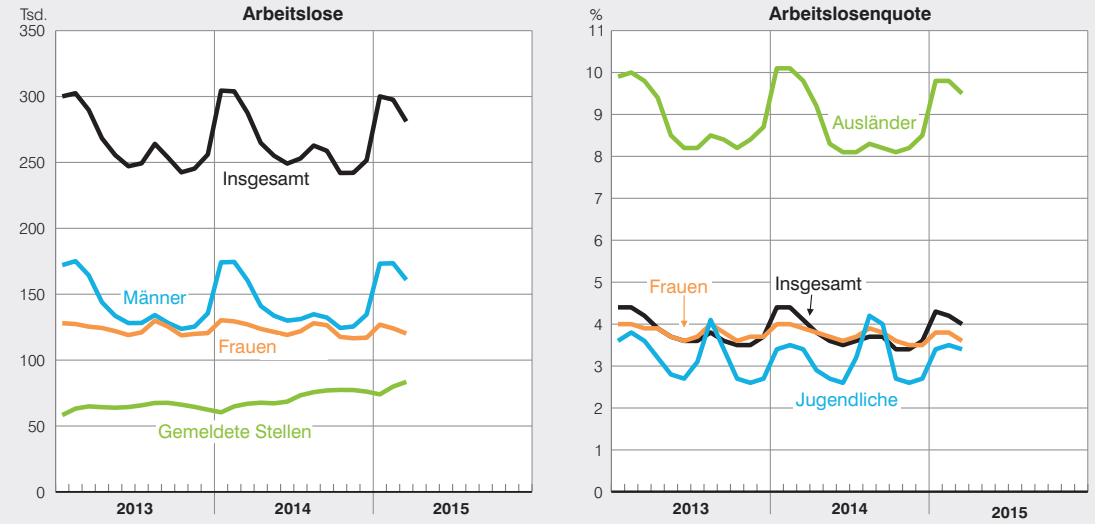




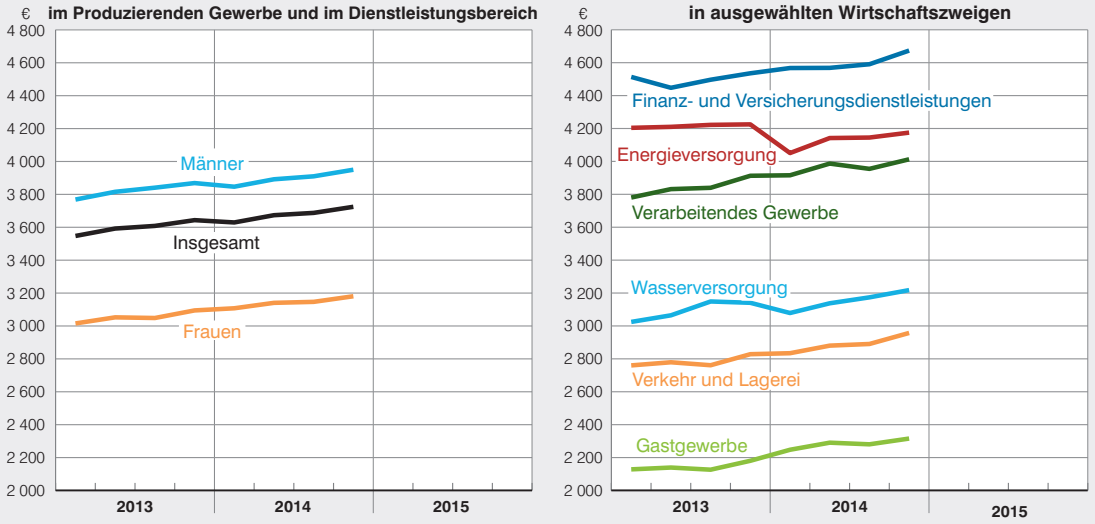


* Quartalswerte.

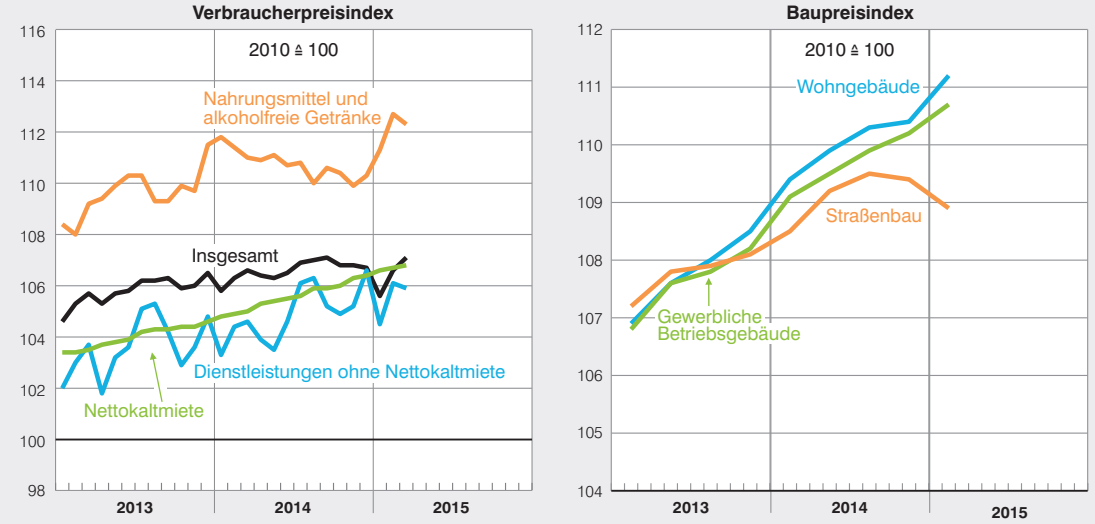
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



März 2015

Statistische Berichte

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Förderung nach dem Stipendienprogramm-Gesetz (Deutschlandstipendium) 2013 (Hochschulort)

Rechtspflege

- Tätigkeit der Sozialgerichte in Bayern 2014
- Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Bayern 2014

Wahl zum Deutschen Bundestag in Bayern 2013

- Bundestagswahlen in Bayern/Endgültiges Ergebnis (Regionalergebnisse) 22. September 2013 (Gemeinden) 22,50 €

Europawahl in Bayern 2014

- Europawahl in Bayern/Endgültiges Ergebnis (Regionalergebnisse) 2014 (Gemeinden) 20,50 €

Wachstumsstand und Ernte

- Obsternte in Bayern 2014 (Regierungsbezirke)

Viehwirtschaft

- Viehbestände in Bayern/Viehzählung im November 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Januar 2015 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Januar 2015
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Januar 2015

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im Januar 2015 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bauhauptgewerbe

- Bauhauptgewerbe in Bayern (Endgültige Ergebnisse) 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Handwerk

- Handwerk in Bayern (Ergebnisse der Registerauswertung) (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 7,70 €
- Baugenehmigungen in Bayern im Januar 2015 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 7,70 €

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Januar 2015
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Dezember 2014
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2014
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Januar 2015
- Tourismus in Bayern im Dezember 2014 und im Jahr 2014 (Gemeinden) 20,50 €
- Tourismus in Bayern im Januar 2015 (Gemeinden) 17,60 €
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Januar 2015

Verkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Dezember 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Binnenschifffahrt in Bayern im Dezember und im Jahr 2014 (Häfen)

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Februar 2015 sowie Jahreswerte von 2012 bis 2014
- Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis Februar 2015 6,10 €
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Februar 2015 (Bund) 4,40 €
- Kaufwerte für Bauland in Bayern im 3. Vierteljahr 2014 3,30 €

Verdienste

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2014

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

- Nichtöffentliche Wasserversorgung und nichtöffentliche Abwasserbeseitigung in Bayern 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Querschnittsveröffentlichungen

- Bayern Daten 2014 0,55 €
- Kreisdaten für Bayern 2014 5,00 €

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsveröffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp
Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist auf Anfrage möglich.

Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der Einzelpreis (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, bis zu der die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2014** ist als Datei verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen und kann auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen:
Im Internet unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen oder direkt über vertrieb@statistik.bayern.de (siehe auch zweite Umschlagseite).

Statistisches Jahrbuch
für Bayern 2014

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Umfassend und informativ bietet es jährlich die aktuellsten Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern an.

Auf über 600 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken oder Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen. Ebenso werden ausgewählte wichtige Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Regionen Bayerns, aber auch für alle Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten dargestellt. Daten aus Statistiken anderer Dienststellen und Organisationen vervollständigen das Angebot.

Preise

Buch	39,– €
CD-ROM (PDF)	12,– €
Buch + CD-ROM	46,– €

Information und Bestellung

Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen